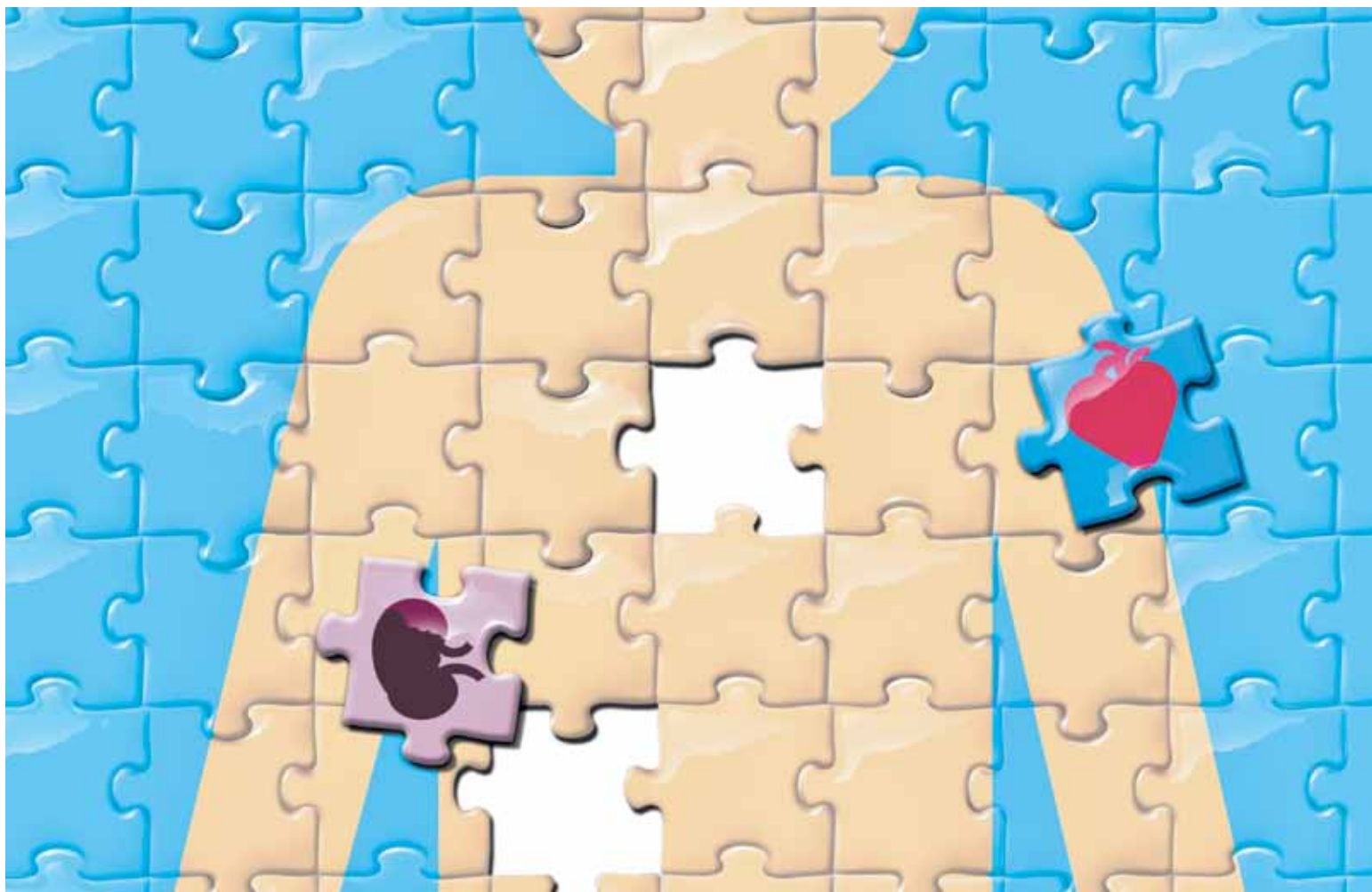


Namen: Christian Wanner, Paul Ryan, Adolf Muschg, Ursus & Nadeschkin

Nummer 35 – 30. August 2012 – 80. Jahrgang
Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4.90

DIE WELTWOCHEN



Ersatzteillager Mensch

Ist das neue Transplantationsgesetz Fluch oder Segen?

Von Alex Reichmuth

Retter der «Missen»

Die aussergewöhnliche Karriere des millionenschweren Immobilien-Unternehmers Guido Fluri aus Cham. *Von Alex Baur*

Wie Bern in Mali die Scharia förderte

Fragwürdige Friedensprojekte des Aussendepartements. *Von Kurt Pelda*



5,9 l CVT Lineartronic Dual-Range Boxer 4x4



DER NEUE IMPREZA 4x4 AB FR. 25'900.–.
MIT DEM KLEINSTEN VERBRAUCH IN SEINER KLASSE.*

- Symmetrical AWD für mehr Bodenhaftung – permanent.
- SUBARU BOXER für den tiefen Schwerpunkt.
- CVT-Automatik Lineartronic™ für stufenloses, ruckelfreies Schalten.
- Dual-Range-Reduktionsgetriebe 2x5 Gänge für optimale Kraftübertragung.
- 5,9 l/100 km (Aut., Modell Swiss one), der niedrigste Verbrauch seiner Klasse (*C-Segment, symmetrischer 4x4, CVT-Lineartronic™, 1,6-Liter-Benziner).
- Profitieren Sie von den Superpreisen, z.B. Modell Swiss one, man.: Fr. 25'900.–.



Besuchen Sie uns
auf www.facebook.com/subaru.ch



SUBARU

Confidence in Motion

Alles in Einem. Einer für alle. Mit 5 Türen. 1,6-Liter-SUBARU-BOXER-Motor. 114 PS. Vehicle Dynamics Control. ABS mit EBV und Bremsassistent. Stopp/Start-System. Anfahrthilfe (Hill Start Assist, man.). Automatische Klimaanlage mit Pollenfilter. Radio-CD-Gerät mit MP3/WMA-Leser. Als Modell Swiss one und Swiss two (mit u.a. Rückfahrkamera und Tempomat). Jetzt bei Ihrem Subaru-Vertreter.

Zum Wettbewerb:



Abgebildetes Modell: Impreza 1.6i AWD Swiss two, man., Energieeffizienz-Kategorie C, CO₂ 147 g/km, Verbrauch gesamt 6,4 l/100 km, Fr. 28'300.–. Modell Impreza 1.6i AWD Swiss one, man., Energieeffizienz-Kategorie C, CO₂ 144 g/km, Verbrauch gesamt 6,2 l/100 km, Fr. 25'900.–. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): 159 g/km.



Trezia
5-türig, Frontantrieb.
Auch mit Diesel.



WRX STI 4x4
4-/5-türig.



XV 4x4
5-türig.
Auch mit Boxer Diesel.



Forester 4x4
5-türig.
Auch mit Boxer Diesel.



Legacy 4x4
4-/5-türig.
Auch mit Boxer Diesel.



Outback 4x4
5-türig.
Auch mit Boxer Diesel.



BRZ
2-türig, Heckantrieb

Intern

Das E-Mail eines gewissen Guido Fluri traf gegen zwei Uhr in der Früh ein. *Weltwoche*-Redaktor Alex Baur sass vor dem Bildschirm und brütete über einem Text, den er vor Sonnenaufgang unbedingt noch fertigstellen wollte. Er wimmelte daher den ihm unbekanntem Fluri, der sich über Missstände bei der Solothurner Justiz beklagte, mit ein paar launigen Sätzen ab. Doch Fluri blieb hartnäckig, so dass die beiden schliesslich miteinander ins Gespräch kamen, in dessen Verlauf der Unbekannte unserem Autor eine fast unglaubliche Geschichte erzählte. Kürzlich trat derselbe Guido Fluri mit dem Kauf der Miss



Schulversager und Multimillionär: Guido Fluri.

Schweiz Organisation AG an die Öffentlichkeit. Höchste Zeit also für Baur, die verrückte Geschichte dieses Mannes endlich niederzuschreiben, der sich in wenigen Jahren vom Schulversager zum mehrhundertfachen Millionär hochgearbeitet hat. **Seite 32**

Ein Primeur in der Genfer Tageszeitung *Le Temps* bewog Reporter Kurt Pelda dazu, die Friedensförderung des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Westafrika unter die Lupe zu nehmen. Aktivisten aus Mali hatten sich laut *Le Temps* darüber beschwert, dass die Schweiz mit einer malischen Rebellengruppe fraternisiert habe. Schnell stellte sich bei der Recherche etwas Gravierenderes heraus: Während rund eineinhalb Jahren hatte das EDA das «Friedensnetzwerk» eines Tuareg-Politikers unterstützt, der heute die Nummer zwei in der Bewegung Ansar Dinne ist, der malischen Version der Taliban. Die Informations-

verantwortlichen des EDA verwickelten sich in der Folge in Widersprüche und beharrten zum Teil auf Aussagen, die nachweislich falsch sind. Im EDA von Bundesrat Didier Burkhalter (FDP) scheint die linke Hand nicht zu wissen, was die rechte tut. **Seite 22**

Der freisinnige Solothurner Regierungsrat Christian Wanner ist Bauer und einer der



Besuch im Büro: Finanzdirektor Wanner.

mächtigsten Finanz- und Steuerpolitiker des Landes. Er präsidiert die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren. In dieser Funktion steht Wanner im Zentrum aktueller Auseinandersetzungen. In seinem Büro im Solothurner Rathaus hat Wanner Inlandchef Philipp Gut Auskunft gegeben über sein enges Verhältnis zu Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, seine Positionen in Steuerfragen und zur FDP, die wieder eine «Volkspartei» werden müsse, wie Wanner fordert. **Seite 26**

Die *Yale Economic Review* bezeichnete ihn schon vor Jahren als einen der vielversprechenden «Five Hot Minds in Economics». Heute ist der Tscheche Tomáš Sedláček, 35, weltweit bekannt und sein Buch «Die Ökonomie von Gut und Böse» in vielen Ländern auf Platz eins der Bestsellerlisten angekommen. Mit demselben Witz, derselben rhetorischen Leichtigkeit und demselben Spass am Querdenken, der dieses Werk so unerhört macht, begegnete Sedláček unserem Mitarbeiter Claas Relotius in Prag. Im Interview sprach der Chefökonom der tschechischen Handelsbank bei einem Glas Wein über Zahlen und Zeitreisen, die Gemeinsamkeiten von Schulden und Alkohol – und die Frage, warum wir vom Wachstum besessen sind. **Seite 48**

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: aboservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehrigler,

Andreas Kunz, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Lucien Scherrer

Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Musciconico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Pia Reinacher, Peter Rüedi,

Kurt Schiltknecht, Sacha Verna (*New York*),

Sami Uysafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Pearlie Frisch (*Assistentin*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rüeegger

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Christine Lesnik (*Leitung Stil-Ausgaben*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Internetverkauf: Stailamedia

Tarife und Buchungen: Tel. 044 500 13 50,

info@stailamedia.com

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Dieselstrasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schont damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





Comedy im Multipack

Erleben Sie Stand-up-Comedy und musikalisches, komödiantisches Kabarett in Das Zelt. Mit einem Schuss Satire und Ironie bietet der «Comedy Club» auch in seiner dritten Auflage alles, was das Unterhaltungsherz begehrt. Weltwoche-Abonnenten erhalten 20 % Rabatt auf den regulären Ticketpreis.



Schlussmann kurz vor dem wohlverdienten Ruhestand in der totalen Krise. Gar in den komödiantischen Nahkampf geht es, wenn die Gessler-Zwillinge mit Hintersinn und spitzer Zunge durch ihre Wohltätigkeits-Gala führen. Aber immer galant nach dem Motto «Friede, Freude, Eierkuchen». Das Bewegungstalent Linaz komplettiert die illustre Runde mit seinem schier unerschöpflichen Repertoire an Rollen und Gesten und einer Bühnenpräsenz, die jede(n) in seinen Bann zieht.

Künstler aus allen Comedy-Sparten zeigen Ausschnitte aus ihren aktuellen Programmen und verbinden diese zu einem wahren Feuerwerk der Unterhaltung. Während Claudio Zuccolini Sie als Moderator durchs Programm führt, ist Hanspeter Müller-Drossaart als Oberkellner Hans Ueli

Das Publikum muss sich also nicht mehr entscheiden, welche Art von Komik es sehen möchte. Beim «Comedy Club» ist alles mit dabei – von Parodie über Kabarett bis zu Wortakrobatik. Lassen Sie sich unterhalten!

Weltwoche-Spezialangebot

Comedy im Multipack

Veranstaltungsorte
02.10. Winterthur, Wiesendangen
16.10. Aarau, Schachen
07.11. Horgen, Chilbiplatz
29.11. Luzern, Alpenquai
11.12. Bern, Allmend

Rabatt-Angebot
20 % Vergünstigung auf folgende Tickets:

Preise
Estrade Fr. 60.– statt Fr. 75.–
1. Kat. Fr. 54.40 statt Fr. 68.–
2. Kat. Fr. 46.40 statt Fr. 58.–
3. Kat. Fr. 38.40 statt Fr. 48.–

in Luzern zzgl. Billettsteuer
Estrade Fr. 66.– statt Fr. 82.50.–
1. Kat. Fr. 59.85 statt Fr. 74.80.–
2. Kat. Fr. 51.05 statt Fr. 63.80.–
3. Kat. Fr. 42.25 statt Fr. 52.80.–

Maximal 4 Tickets pro Bestellung, Angebot gültig solange Vorrat.

Tickets bestellen
Buchen Sie Ihre vergünstigten Tickets noch heute per Mail info@daszelt.ch oder per Telefon 0848 000 300, und nennen Sie das Kennwort «Weltwoche».

Veranstalter
DAS ZELT Productions AG, www.daszelt.ch

Weisses Geld, schwarzes Geld

**Undankbare Politiker:
Die Schweizer Banken haben
keine Lobby mehr. Man sollte
eine Lichterkette organisieren.**

Von Roger Köppel

Es gibt keine Schweizer Politiker mehr, die sich vor oder hinter die Schweizer Banken stellen. Eine der wichtigsten Industrien des Landes steht ohne Rückendeckung da. Aus dem Ausland hagelt es Vorwürfe und Angriffe in Form von organisierter Spionage durch den Ankauf gestohlener Bankdaten, wobei es in der Schweiz niemandem in den Sinn kommt, die Spionage als das zu sehen, was Spionage in der Regel ist: ein feindseliger Akt, der politisch auf Konflikt hindeutet und im Zivilleben zu Recht hart bestraft wird. Nicht so allerdings in der Schweiz: Deutschlands oberster Schutzherr der Datendiebe, Finanzminister Norbert Walter-Borjans, wird auf dem roten Teppich ins Schweizer Fernsehen eingeladen, um den Eidgenossen zu erklären, dass ihr Wohlstand auf kriminellen Handlungen beruht.

Die Banken haben keine Lobby mehr. Es gilt in Bern als unanständig, sich auf ihre Seite zu schlagen, ihnen beizuspringen gegen die Kaskade von Häme und Pauschalvorwürfen, die ihnen von allen Seiten entgegenschlagen. Kürzlich distanzierte sich der Schweizer Botschafter in Berlin, Tim Guldemann, in einer Fernsehsendung vom Schweizer Finanzplatz, den er nicht verteidigen wolle (warum eigentlich nicht?). Letzten Freitag verzichteten in der TV-«Arena» des Schweizer Fernsehens auch FDP-Präsident Philipp Müller und CVP-Finanzspezialist Pirmin Bischof darauf, die Banken vor pauschalen Anwürfen in Schutz zu nehmen.

Der jüngste Vorwurf lautet: Schweizer Banken würden deutschen Kunden helfen, ihr Geld am Steuerabkommen vorbei ins Ausland zu verschieben. Walter-Borjans will durch gestohlene und von ihm bezahlte Kundendaten über solche Transaktionen im Bild sein. Seine sozialdemokratischen Kollegen in Deutschland rufen «Skandal», und das Betrübliche daran ist, dass es ihnen nicht nur die Schweizer Genossen nachplappern, sondern auch bestandene Bürgerliche wie Müller und Bischof in der letzten «Arena».

Müller sagte es sinngemäss so: «Wenn Sie, Herr Walter-Borjans Beweise haben, dass Schweizer Banken deutschen Kunden helfen, ihr Geld ins Ausland zu bringen, dann haben sie mich und Pirmin Bischof mit im Boot.» Mit anderen Worten: Es ist auch für die FDP und



Umwertung der Werte.

für die CVP ein Skandal, wenn Schweizer Banken das Geld ihrer deutschen Kunden verschieben. Müller und Bischof wären also offensichtlich bereit – «mit im Boot» –, zusammen mit dem nordrhein-westfälischen Finanzminister gegen Schweizer Banken vorzugehen, wenn es denn ans Licht käme, dass sie deutschen Kunden beim Transferieren ihrer Gelder hülfe.

Spionage ist ein feindseliger Akt, der politisch auf Konflikt hindeutet.

Es gibt Momente, in denen man sich selber misstraut: ob der Unsinn, der eben im Tonfall absoluter Selbstgewissheit verbreitet wird, denn auch wirklich stattfindet. Müller und Bischof hatten sich eben mit einer derartigen Selbstverständlichkeit über die Grenzen der Vernunft hinwegbewegt, dass es niemand im Studio zu bemerken schien. Die kleine Episode allerdings zeigte in schrecklicher Klarheit, was für eine Umwertung der Werte, was für eine tragische Verdrehung der moralischen und rechtlichen Massstäbe im Steuerstreit um die Schweizer Banken sich bei führenden Schweizer Exponenten bereits vollzogen hat.

Müller irrte kolossal. Natürlich dürfen Schweizer Banken ihren deutschen Kunden, wie allen Kunden, dabei helfen, ihr Geld ins Ausland zu überweisen. Es ist nicht nur kein Skandal, sondern es ist ihre Pflicht, dies zu tun, wenn sie entsprechend angewiesen werden. Banken überweisen Geld. Banken werden von ihren Kunden angewiesen, Geld zu überweisen. Müller argumentierte, als ob alle deutschen Konten in der Schweiz bereits eingefro-

ren wären. Das ist nicht der Fall. Der Kunde ist Eigentümer seiner Bankguthaben. Er darf darüber verfügen. Die Bank ist als Dienstleister verpflichtet, den Aufträgen ihrer Kunden im Rahmen des Rechts nachzukommen. Kein Gesetz verbietet den Schweizer Banken, das Geld ihrer deutschen Kunden ins Ausland zu transferieren. Wenn ein deutscher Kunde sein Vermögen ins Ausland verlagern will, ist das weder skandalös noch widerrechtlich, sondern sein gutes Recht. Es wäre umgekehrt ein Skandal, wenn die Schweizer Banken im Hinblick auf ein Steuerabkommen, das noch nicht einmal unterzeichnet ist, ihre deutschen Kunden daran hindern würden, ihr Geld in andere Länder zu überweisen.

Die rhetorische Schleuderfahrt des freisinnigen Spitzenpolitikers Müller und seines CVP-Kollegen Bischof wirft Fragen auf. Wie ist das möglich? Wie kommen solche Denkfehler zustande? Warum machen sich Schweizer Politiker den deutschen Standpunkt distanzlos zu eigen? Die Erklärung ist einfach: Müller wie Bischof sind Sklaven der von ihnen gepredigten «Weissgeldstrategie». Wer «Weissgeldstrategie» sagt, entschuldigt sich bereits für eine angebliche «Schwarzgeldstrategie», die er mit seiner «Weissgeldstrategie» überwinden möchte. Wer «Weissgeldstrategie» sagt, hat schon verloren. Er stellt sich moralisch ins Abseits wegen früherer Sünden, für die er sich heute freikaufen möchte. Wer mit einer «Weissgeldstrategie» argumentiert, übernimmt die Argumente des Gegners.

Die Schweizer Banken können einem leid tun. Sie tragen massiv zum Schweizer Wohlstand bei. Sie zahlen Abermillionen an Steuern. Sie finanzieren die grossen Schweizer Parteien und damit indirekt auch Politiker wie Müller oder Bischof. Sie schaffen Zehntausende von Arbeitsplätzen. Natürlich gab es Fehler und Exzesse wie in allen Branchen, aber es ist unfair, von schwarzen Schafen auf eine ganze Branche zu verallgemeinern. Die Banken bewegen sich wie kaum eine andere Industrie in einem immer enger werdenden rechtlichen Korsett, das rückwirkend laufend verändert wird. Was ihnen heute als illegal vorgeworfen wird – Beachtung des Bankkundengeheimnisses nach Schweizer Recht –, galt einst als Vorbild an Gesetzestreue.

Vielleicht hat sich der eine oder andere Bankchef am letzten Freitag beim Betrachten der «Arena» überlegt, bei so viel politischer Undankbarkeit mit seiner Firma aus der Schweiz abzuwandern. Man könnte es ihm nicht verdenken. Andere dürften einfach nur fassungslos den Kopf geschüttelt haben darüber, wie auch an diesem Abend die offiziellen Schweizer Vertreter einer der wichtigsten Schweizer Industrien in den Rücken fielen. Allmählich wird es Zeit, für den Schweizer Finanzplatz eine Lichterkette zu lancieren.



Entscheidende Sekunden: Organspende. Seite 42



Erfolgskomik: Ursus & Nadeschkin. Seite 56



Berner «Friedensprojekt»: Mali. Seite 22



Gefährdete Schweizer: Gewaltopfer. Seite 14

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar Der ewige Streit um den Grippe

11 Im Auge Condoleezza Rice, Golferin

12 Familie Väter wollen keinen Vaterschaftsurlaub

12 Bundesbern Grün und gehorsam

13 Personenkontrolle Lauber, Walter-Borjans, Haller u. v. m.

13 Nachruf Neil Armstrong (1930–2012)

14 Täter aus dem Süden, Opfer aus dem Norden

Eine Untersuchung zeigt: Schweizer sind die am meisten gefährdete Bevölkerungsgruppe für Gewaltverbrechen

16 Die Deutschen Fassadenkunst

16 Wirtschaft Markt und Moral

17 Ausland Schnelle Ernüchterung in Frankreich

18 Mörgeli Im Gleichschritt Richtung links

18 Bodenmann Gas in den Birnen

19 Medien Die Saftpresse der Presse

19 Kostenkontrolle 30 Millionen für eine Solaranlage am Fels

20 Leserbriefe, Darf man das?

Hintergrund

22 Wie Bern in Mali die Scharia förderte

Das EDA unterstützte ein «Friedensnetzwerk», dessen Chef nun Krieg führt und die Scharia propagiert

25 Dienstfertige Eile

Die Banken zahlen Abermillionen, bevor die Steuerabkommen genehmigt worden sind. Und sie liefern Daten auf Vorrat

26 Der Schattenmann

Hausbesuch beim Solothurner Regierungsrat Christian Wanner, dem Präsidenten der kantonalen Finanzdirektoren

28 Spital Wil Tod durch «Organisationsversagen»

29 Cervelat «O diese Wurst»

30 Die Geschäfte mit der Empörung

Wie Skandale der Wirtschaft schaden können

32 Retter der «Missen»

Der Immobilien-Tycoon Guido Fluri kaufte die Marke «Miss Schweiz». Wer ist dieser Mann? Was will er?

36 Gülle zu Gold

Milliardäre wollen die grossen Probleme der Welt lösen

38 Der radikale Mr Ryan

Das vernünftige Wirtschaftsprogramm von Paul Ryan

40 Italien Nutzlose Solaranlagen verschandeln die Landschaft

41 EU Was hat Rumänien, was Ungarn nicht hat?

42 Ersatzteillager Mensch

Der Bund will die Bedingungen für Organtransplantationen lockern. Sind die Neuerungen Segen oder Fluch?

44 Organspende «Sie warten mit der Stoppuhr»

47 Mondlandung Pathos, Prahlerei und Missgunst



Nur ein Vorteil unserer neuen Sicherheitsbausteine: ein Selbstverteidigungskurs nach einer Beraubung.

Mit den Sicherheitsbausteinen der Basler ergänzen Sie Ihren Versicherungsschutz bei der Haushaltsversicherung um innovative Zusatzleistungen. Zum Beispiel übernehmen wir die Kosten für einen Selbstverteidigungskurs nach einer Beraubung. Das hilft Ihnen dabei, neues Selbstbewusstsein zu gewinnen und sich im Alltag wieder sicherer zu fühlen. Mehr über die neuen Sicherheitsbausteine erfahren Sie bei Ihrem Kundenberater oder unter baloise.ch.

Wir machen Sie sicherer.

www.baloise.ch



«Kredite sind nichts anderes als Schulden»: Ökonom Sedláček.

Interview

48 «Bald sind wir alle Griechen»

Ökonom Tomáš Sedláček kritisiert sein Fach, erklärt die Parallelen zwischen Schulden und Alkohol – und beantwortet die Frage, ob Wachstum wirklich nötig ist

Stil & Kultur

52 Stil & Kultur Wenn Frauen träumen

54 Bestseller

54 Als die heutige Welt Gestalt annahm

In seinem neuen Roman «Löwenstern» macht Adolf Muschg eine anstrengende, aber brillant formulierte Fahrt in die Vergangenheit

55 Jazz Masabumi Kikuchi Trio

56 Die besten Komiker der Schweiz

Ursus und Nadeschkin haben in den letzten 25 Jahren 1,8 Millionen Zuschauer angezogen. Noch mehr sahen sie in grossen TV-Shows. Wie schaffen sie das?

58 Top 10

58 Kino «The Expendables 2»

59 Radio-Kritik Hörspiel von Guy Krneta

60 Namen Sommerfest im «Baur au Lac»

61 MvH Mein Massaker

61 Gesellschaft Heilsame Gewalt

62 Die Besten Bunte Flaschen aller Art

63 Thiel Fachleute sprechen über die Liebe

63 Wein St. -Saphorin Plant du Rhin 2011

64 Sport Früher Herztod

65 Auto Volkswagen CC

66 Hochzeit Marcel Gerber und Marcus Riedl, seit sieben Jahren verheiratet

Autoren in dieser Ausgabe

Manuela Merki



Die Autorin hat im Rahmen ihrer Arbeit an der Abteilung für Wirtschaft und Politik der Universität Basel die Funktionsweise von Skandalen aus polit-ökonomischer Perspektive untersucht und Ende 2009 zu diesem Thema promoviert. Seite 30

Ulrich Schacht



Schacht, gelernter Bäcker und Theologe, sass vier Jahre in politische Haft in der DDR, studierte später in der BRD Politologie und Philosophie. Der ehemalige leitende Redaktor und Chefreporter von *Welt* und *Welt am Sonntag* lebt heute als freier Autor in Schweden und ist Theodor-Wolff-Preisträger für herausragenden Journalismus. Er geht der Frage nach, was für die EU Rumänien von Ungarn unterscheidet. Seite 41

Schweizerzeit

Das Wort zur Woche:

Arabischer Frühling

Der arabische Frühling
beschert
der Schweiz
vor allem
Kriminalität.

«Schweizerzeit» –
damit das gesagt wird,
was nicht ungesagt
bleiben darf.

Gratis-Probenummern:

«Schweizerzeit»

Postfach 23, 8416 Flaach

Tel. 052-301 31 00

Fax 052-301 31 03

abonnement@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Anders, als Sie denken.

Mehr Durchblick

Mehr Recherche

Mehr Vielfalt



Bestellen Sie jetzt ein Probe-Abonnement à 10 Ausgaben für nur Fr. 40.–.
Telefon: 043 444 57 01, E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch,
oder unter www.weltwoche.ch/abo.

GURUS WAREN GESTERN.



HEUTE ZÄHLEN FACTS AND FIGURES

Dynamik und Unsicherheit der Finanzmärkte verlangen nüchterne Analysen statt emotionale Entscheide. Deshalb setzt **STOCKS** jetzt noch stärker auf Recherche, Hintergründe und glasklare Empfehlungen und erscheint neu jeden Monat.

Abonnieren Sie das neue **STOCKS**, das Schweizer Anleger-Magazin, das Papier, das in jedes Portfolio gehört.

Alle aktuellen Kurse und News unter www.finanzen.ch

DAS NEUE STOCKS
Jetzt monatlich, jeweils am Mittwoch



Abos unter
www.stocks.finanzen.ch/abo

Ein Volk von Piloten

Von Urs Gehrig — Der Wehr-Etat macht einen kleinen Teil des Staatsbudgets aus. Die Aufregung um neue Kampfjets ist trotzdem gross. Und jeder ist Experte – neuerdings auch der FDP-Präsident.



«Massive Zweifel»: FDP-Präsident Müller.

Die Zweifel am Gripen-Deal wachsen. Unklarheiten bei den Kosten machten Schlagzeilen, angebliche Verzögerung bei der Lieferung und politische Unwägbarkeiten in Schweden, wo das Parlament über den Bau des modernen Kampfjets erst im Dezember entscheidet. Alles in allem sind das keine *breaking news*, trotzdem scheint nun auch in der bürgerlichen Mitte die Stimmung zu kippen.

Von «finanziellem Abenteuererum» und «massiven Zweifeln» sprach FDP-Präsident Philipp Müller in einem Interview mit der NZZ. In dem am Samstag unterzeichneten Abkommen mit Schweden fehlten offenbar Vertragsstrafen und Rücktrittsrechte, falls die vereinbarten Leistungen nicht oder nicht fristgerecht eingehalten würden.

Das sind relevante Punkte. Allerdings wurde bisher erst ein Rahmenabkommen unterzeichnet. Man darf Maurer zutrauen, dass er keinen Vertrag unterschreibt, ohne verbindliche Rückversicherungen. Aber prinzipiell schadet politischer Druck, auch an die Adresse der beobachtenden Schweden, nicht.

Profilschliff in eigener Sache

Dennoch wird man den Eindruck nicht los, der neue FDP-Präsident kümmere sich bisweilen mehr um den eigenen Profilschliff als um die Sache. Jedenfalls stünde es Müller gut an, sich

und die Parteispitze bei direkt Involvierten auf den neusten Stand zu bringen, bevor er ins mediale Horn bläst.

Wenn seine Partei die Jets (Gripen C/D), die von 2016 bis 2020 als Übergangslösung zum Einsatz kommen sollen, als «völlig veraltet» bezeichnet, ist dies Humbug. «Es macht überhaupt keinen Sinn, Schweizer Piloten auf veralteten Flugzeugen trainieren zu lassen, die mit dem zu kaufenden Gripen E kaum etwas gemeinsam haben», liess seine Partei am Dienstag verlauten.

Diese Aussage steht im Widerspruch zu dem, was aktive Piloten selbst sagen. Von ihrer Seite wird klar signalisiert, dass der Gripen C/D eine willkommene Zwischenlösung sei und zur Vorbereitung auf den Nachfolger vom Typ E bestens geeignet sei.

Die Profilierung auf Kosten der Armee ist beliebt und billig. Politiker, welche die Armee mit Verve und Überzeugung vertreten, ducken sich. Selbst der Bundesrat fräst gerne am Armeebudget herum, als sei die Armee der grosse Kostentreiber im Land und der Erhalt einer funktionsfähigen Luftwaffe ein unsinniger Luxus.

Jeder dritte Franken für die Wohlfahrt

Von einer bürgerlichen Partei erwartet man, dass sie für ihre Werte einsteht und die Dimensionen wahr. Auch finanzpolitisch. 64,3 Milliarden Franken gab der Bund im letzten Jahr aus. Davon floss jeder dritte Franken in die soziale Wohlfahrt, 20 Milliarden Franken total. Damit liessen sich problemlos viereinhalb Schweizer Armeen parallel finanzieren. Oder 141 Gripen, jedes Jahr.

Misst man diese Fakten am Rummel um den anstehenden Fliegerkauf, wird klar, welche absurde Dimension die Debatte angenommen hat. Einerseits nimmt das Sachverständnis für die Armee unter Parlamentariern (vor allem auch unter bürgerlichen) stetig ab. Andererseits gebärdet sich die Schweiz wie ein Volk von acht Millionen Piloten. Militär ist – neben Fussball – das einzige Thema, bei dem jede Schweizerin und jeder Schweizer sich berufen fühlt mitzudiskutieren.

Ein Präsident einer bürgerlichen Partei, ohne die im Parlament ein Fliegerkauf nicht möglich ist, sollte nicht in das Palaver einstimmen, sondern hinter den Kulissen wirken – eingedenk, dass jedes Wort vom politischen Gegner aufgesogen wird, um es mit Häme für eigene Interessen zu instrumentalisieren.

Prinzessin Magnolie



Condoleezza Rice, Golferin

Sie wuchs auf im damals noch streng rassengetrennten Birmingham, Alabama, und sie kann und erreicht alles, weil ihre Eltern ihr einimpften, sie müsse als Frau, als Schwarze, immer doppelt so gut sein wie die andern. Schon mit drei war sie eine bewunderte Eislaufprinzessin, als 15-Jährige übersprang sie zwei Jahre am College und ging gleich auf die Universität, als 18-jährige Pianistin erwarb sie das Konzertdiplom. Ihre Liebe zum Golfball erwachte allerdings erst mit fünfzig, als ihr Tennis zu langweilig wurde.

Die fünfte Spielbahn des legendären Golfkurses in Augusta, Georgia, heisst Magnolia Lane, benannt nach den sechzig Magnolienbäumen an der Strasse beim Eingang zum Klubhaus, die dort noch vor dem amerikanischen Bürgerkrieg gepflanzt wurden, in der Sklavenszeit, und unter diesen rosa Blütendächern wird jetzt eine schwarze Lady ihren Schläger schwingen. Condoleezza Rice, 57, die sich in ihrer Karriere den Spitznamen «Stählerne Magnolie» verdiente, ehemalige Sicherheitsberaterin, Aussenministerin, Sportskameradin und Mitbeterin des Präsidenten George W. Bush, ist als erste Frau überhaupt zum Mitglied des Augusta National Golf Club berufen worden, zusammen mit einer weissen Dame aus der Finanzbranche. Der Klub existiert seit achtzig Jahren als eine Art Geheimbund und ist so exklusiv, dass er keine Wartelisten führt. «Die Spieler sind weiss, die Caddies schwarz, solange ich lebe», verfügte der Gründer, und erst 1990 erhielt der erste Farbige das dunkelgrüne Mitgliedsjackett.

Sie spiele «aggressiv», gesteht Condoleezza Rice; mit Präsident Bush vermied sie den direkten Wettkampf diplomatisch. Als Professorin in Stanford kann sie heute etwas mehr üben als damals im Weissen Haus, sie schwebt zwischen Handicap 14 und 16.

Augusta ist Austragungsort und Schaufenster des Masters, des meistgesehenen Turniers der Golfwelt. Der Hauptsponsor des Masters ist der Computerriese IBM, und Chef von IBM ist neuerdings eine Frau, Virginia Rometty, und das erklärt vielleicht diesen Zeitsprung unter Magnolien. *Peter Hartmann*

Zwangsurlaub

Von Rico Bandle — Väter sollen nach der Geburt zu Hause bleiben. Bloss: Sie wollen nicht.

Letzte Woche verkündete Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP), sie wolle sich im Bundesrat für einen Vaterschaftsurlaub einsetzen. Heute steht den Vätern nach der Geburt ein einziger bezahlter Urlaubstag zu, viele Arbeitgeber sind aber weit grosszügiger. Gemäss *Tages-Anzeiger* schwebt Sommaruga aber nicht einfach eine Erhöhung der bezahlten Ferien auf eine oder zwei Wochen vor: Die Männer sollen noch länger zu Hause bleiben, schliesslich sei es «im Interesse der Gesellschaft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern». Das heisst: Der Vaterschaftsurlaub soll helfen, dass Frauen rascher zurück ins Arbeitsleben finden.

Kaum irgendwo wird so viel geheuchelt, wie wenn es um berufliches Zurückstecken zugunsten von Kinderbetreuung geht. In Umfragen behauptet regelmässig eine Mehrheit der Männer, gerne mehr Zeit für die Kinder aufwenden zu wollen – und folgt damit dem gesellschaftlichen Erwartungsdruck. Bei der konkreten Umsetzung sieht dann plötzlich alles anders aus: In Deutschland verzichten drei Viertel der Väter auf die Möglichkeit, ein paar Wochen oder Monate aus dem Job auszustiegen und Elterngeld in Anspruch zu nehmen. Und vom restlichen Viertel hört man immer wieder, dass er während des Elternurlaubs alles andere macht, als sich um das Kind zu kümmern: dem Bruder beim Hausrenovieren helfen, mit Kumpels in die Ferien fahren, einem befristeten Nebenerwerb nachgehen. Doch darüber wird lieber geschwiegen.

Auch in der Schweiz kommt es auffallend oft vor, dass ein Mann, der zuvor Teilzeit arbeitete, plötzlich auf hundert Prozent aufstockt, sobald ein Kind da ist. Die üblichen Erklärungen, dass man auf das Geld angewiesen sei oder dass der Arbeitgeber keine andere Möglichkeit gelassen habe, sind meist bloss willkommene Vorwände. Die klare Ablehnung der Sechs-Wochen-Ferien-Initiative deutet ebenfalls nicht darauf hin, dass der grösste Wunsch der Väter mehr Zeit mit der Familie sei.

Dies kann man alles beklagen, ist aber eine Realität – selbst wenn Gleichstellungsbeauftragte und Politiker immer wieder beteuern, es liege in erster Linie an den Firmen und der Politik, dass Familien- und Erwerbsarbeit nicht gleichmässiger zwischen den Geschlechtern verteilt seien. Der Versuch, die Lebenseinstellung der Menschen mit politischen Massnahmen in eine gewünschte Richtung zu lenken, ist zum Scheitern verurteilt.

Grün und gehorsam

Von Peter Keller — Wer sich ökologisch unkorrekt verhält, soll bestraft werden. Eveline Widmer-Schlumpf plant den grünen Umverteilungsstaat – und 13,6 Milliarden neue Abgaben.

Und bist du nicht willig, so zahlst du halt Steuern. Am vergangenen Mittwoch hat Eveline Widmer-Schlumpf im Bundesrat ihr Konzept für eine Ökosteuer vorgelegt. Mit einem ausgeklügelten System von «Lenkungsabgaben» soll der Atomausstieg vorangetrieben werden. Strom, Benzin und Heizöl würden nach dem Willen der Bündner BDP-Politikerin bis 2050 massiv teurer werden. Energiesparen mit der Fiskalpeitsche: Ein Liter Benzin würde bis gegen 5 Franken kosten, eine Tankfüllung folglich rund 300 Franken statt einer Hunderternote wie heute.

«Lenkungsabgaben» heisst das Zauberwort. Der Bundesrat beschliesst über Nacht den Atomausstieg, setzt Sparziele, verabschiedet Massnahmen – und der Bürger hat entsprechend zu parieren. Politik als Umerzählung, und da alles, was mit dem Etikett Ökologie versehen ist, umgehend moralisch aufgewertet wird, darf die grüne Grossreform auch etwas kosten: Von bis zu 13,6 Milliarden Franken ist laut *Sonntagszeitung* die Rede. Rund ein Viertel des heutigen Bundesbudgets würde also zusätzlich in die öffentlichen Kassen sprudeln.

Lichter löschen für alle

Und bist du willig, bekommst du Geschenke. Gemäss Widmer-Schlumpfs Aussprachepapier



Mobilität als Privileg: Widmer-Schlumpf.

soll die Ökosteuerreform «haushalts- und möglichst fiskalquotenneutral» erfolgen. Was eingenommen wird, soll wieder an die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zurückfliessen. Wer Energie spart, profitiert. Rosige Zeiten für grünen Gehorsam: «Die Einnahmen werden durch eine Kombination von Rückverteilung an private Haushalte über Krankenkassen oder Steuergutschriften, Senkung der Gewinnsteuer (für Unternehmen) und Senkung der AHV-Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer kompensiert werden», ist dem Papier zu entnehmen.

Rückkehr des Feudalismus

Das sind soziale Zückerchen – aber zu welchem Preis? Bislang konnte das Hochpreisland Schweiz seinen Konsumenten wenigstens tiefe Energietarife bieten. Wer den Strom um fünfzig Prozent verteuert, den Preis für Benzin und Heizöl um den Faktor 3 erhöhen will, nimmt einen Kahlschlag im Industrie- und Gewerbeland Schweiz in Kauf. Produktionsintensive Betriebe können nur bedingt Energie sparen – ausser sie machen den Betrieb dicht. Dann heisst es aber ganz allgemein Lichter löschen. Wer die real existierende 2000-Watt-Gesellschaft begutachten will, kann sich in den Entwicklungsländern umsehen: weniger Wohlstand für alle inklusive.

Machen wir uns nichts vor: Lenkungsabgabe heisst vor allem, dass Gelder zum Staat gelenkt werden. Auch diese Öko-Umverteilung wird wieder als Wirtschaftsreform verkauft. Wegen der von der Lenkungsabgabe zu erwartenden Innovationsschübe sei sogar mit «insgesamt positiven wirtschaftlichen Auswirkungen» zu rechnen, wollen die Bundesbeamten und ihre Chefin glauben machen. Ein Blick in die serbelnde deutsche Solarindustrie (und leider auch auf das schweizerische Unternehmen Meyer Burger) zeigt, dass subventionierte Wirtschaftszweige nur kurzfristig blühen.

Die letzten hundert Jahre haben der Welt eine beispiellose Demokratisierung des Wohlstandes beschert. Mobilität und Zivilisationsgüter wie Kühlschrank, Waschmaschine oder Auto sind für breite Schichten erschwinglich geworden, aber nur dank erschwinglicher Energiepreise. Widmer-Schlumpfs Pläne laufen auf eine Rückkehr des Feudalismus unter ökologischen Vorzeichen hinaus: Mobilität wird zum Privileg von Reichen. Und mit Kernseife zu waschen, ist auch nicht wirklich eine prickelnde Alternative.

Personenkontrolle

Lauber, Walter-Borjans, Schifferli, Frisch, Widmer, Haller, Schmidt, Merz

Rund dreissig Stunden brauchte Bundesanwalt **Michael Lauber**, um sechs Fragen der *Weltwoche* zur Passivität der Strafverfolger während des Schweiz-Besuchs des deutschen Bank-CD-Ankäufers **Norbert Walter-Borjans** nicht zu beantworten: «Strafverfahren unterliegen grundsätzlich dem Amts- und Untersuchungsgeheimnis.» Tatsache ist, dass der Minister des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, der öffentlich und mit Geldgeschenken zum Diebstahl und zur Verletzung des Bankgeheimnisses anstiftet und keine Immunität genießt, in der Schweiz nicht einmal befragt wurde. Der Bundesanwalt, der im April noch



Anzeige: NRW-Finanzminister Walter-Borjans.

mutig drei Haftbefehle gegen Walter-Borjans' Steuerbeamte ausgestellt hatte, gibt keinen Kommentar ab zur Vermutung, dass er aus politischen Gründen von Bundesräten, die jede Eskalation vermeiden wollen, gebremst wird. Dass Walter-Borjans im Schweizer Fernsehen dreist bekräftigen konnte, weiterhin illegale Ankäufe zu tätigen, hat nun den Genfer Anwalt **Pierre Schifferli** auf den Plan gerufen. Der frühere Vize der Genfer SVP hat eine Strafanzeige gegen den Minister eingereicht und dabei sieben Gesetzesverstöße von Diebstahl bis Wirtschaftsspionage aufgelistet. Es bleibt allerdings offen, ob dies genügt, den Schweizer Rechtsstaat wieder walten zu lassen. (*upe*)

Seit der frühere Katastrophen-Chef des Bundes, **Toni Frisch**, das Präsidium der Stiftung Pro Senectute übernommen hat, wird unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit plumpe Parteipolitik betrieben. So mischt Pro Senectute sich zur allgemeinen Überraschung erstens in den Abstimmungskampf um die Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» ein und zweitens erst noch ablehnend. Dies, obwohl über 50 Prozent der Rentner, deren Interessen Pro Senectute zu wahren vorgibt, von der kleinen steuerlichen Entlastung profitieren könnten, die das Volksbegehren verlangt. Hin-



Übergelaufen: Pro-Senectute-Präsident Frisch.

tergrund der Aktion ist Frischs Parteizugehörigkeit. Der frühere SVP-Mann ist zur BDP übergelaufen, sitzt im Berner BDP-Vorstand und handelt im Sinne der etatistischen Finanzministerin **Eveline Widmer-Schlumpf** (BDP), die keine Senkung von Steuern anstrebt, sondern nur deren Erhöhung. (*upe*)

In der BDP ist Bewegung. In der «Tagesschau»-Hauptausgabe vom 11. Juli konnte man BDP-Nationalrätin **Ursula Haller** beobachten, wie sie Kartons mit Unterschriften für die Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» deponierte. Im Ja-Komitee sucht man sie jetzt aber vergeblich. «Ja, ich bin nicht auf der Liste», bestätigt Haller ihr Abtauchen – was umso mehr erstaunt, als sie selber im Vorstand des (Berner) Hauseigentümergebietes sitzt, der die Initiative eingereicht hat. Gab es Druck von der Partei, die gegen das Anliegen kämpft? Haller verneint: «So etwas gibt es in der BDP nicht.» (*gut*)

Der Direktor der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV), **Alexandre Schmidt**, ergreift jede Gelegenheit, sein monopolistisches Amt für Trinksprit in die Medien zu bringen. Mitte Juli lancierte er die Gründung eines Schweizerischen Brennereimuseums mit alten Destilliergeräten. Am Freitag feiert er mit allerlei Festivitäten («Im Zentrum die Kultur») ein 125-Jahr-Jubiläum der EAV. Am 8. September folgt ein schöner «Tag der offenen Tür». Zweck der hektischen Anstrengungen auf Bundeskosten: FDP-Mann Schmidt, vormals persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat **Hans-Rudolf Merz** (FDP), kandidiert im November für einen Sitz in der Stadtberner Exekutive. (*upe*)



Kandidiert: FDP-Mann Schmidt.

Nachruf



Kolumbus der Fortschrittsoptimisten.

Neil Armstrong (1930–2012) — Was hat er getan, dass alle von ihm reden? Er hat allen Mondsüchtigen und allen kalten Kriegern einen Helden geschenkt. Doch einen Helden aus sich machen war das Letzte, was der erste Mann auf dem Mond gewollt hatte.

Alles hatte Neil Armstrong tun können nach seinem Sieg, nach seinem Satz am 21. Juli 1969, der trockener nicht hätte sein können: «Das ist ein kleiner Schritt für einen Menschen, aber ein grosser Sprung für die Menschheit.» Der Mann, für den Fliegen die grösste Leidenschaft war, hätte in die Politik gehen können, in die Wirtschaft, ins Showbusiness, doch er wollte lieber unterrichten und sich ins Familienleben zurückziehen. Der Mann, der so ungern Held war, er war eben doch einer.

Neil Armstrong war aber auch der Kolumbus der Fortschrittsoptimisten. Seine Tat auf jenem toten Trabanten machte uns glauben, dass nun die Zeit der Schwerelosigkeit anbrechen würde, des Glücks für alle, der Weltraumreisen für jedermann – oder wenigstens der Schale Reis für alle Kinder Afrikas. Dass Armstrong selbst über wenig so ungern sprach wie über seine Mondlandung, das hätte uns zu denken geben müssen.

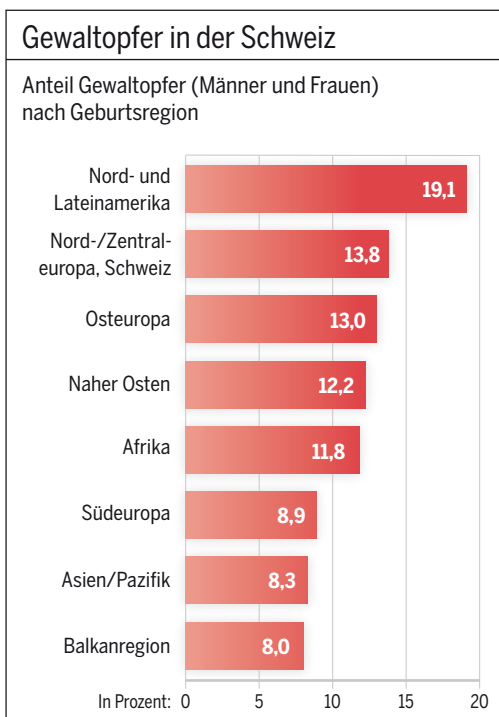
Denn dem «grossen Sprung für die Menschheit» sind wenig andere Schritte nachgefolgt, die die Fortschrittsprognosen der 60er Jahre erfüllten. Hatte Armstrong das geahnt? Er war schweigsam nach seiner Rückkehr und abweisend. Vielleicht hatte er dort oben ja erfahren, dass es leichter war, auf dem Mond spazieren zu gehen, als auf der Erde glücklich zu sein. *Daniele Muscionico*

Täter aus dem Süden, Opfer aus dem Norden

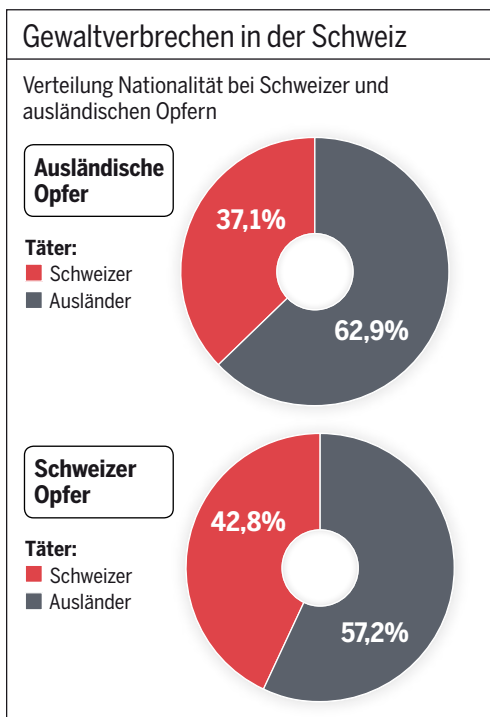
Von *Andreas Kunz* — Eine exklusive Studie der Universität Zürich beleuchtet erstmals die Herkunft der Opfer von Gewaltdelikten. Zu den am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen gehören die Schweizer. Am wenigsten betroffen sind Personen aus dem Balkan.



Jeder Zehnte war in den letzten fünf Jahren Opfer einer Tötlichkeit oder Drohung.



Leute aus dem Balkan sind am wenigsten betroffen.



Ausländer begehen häufiger Gewaltdelikte.

Jeden Frühling wird sie mit Spannung erwartet: die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die sämtliche Straftaten des letzten Jahres detailliert auswertet und präsentiert. Wie viele Personen welcher Nationalität haben in welchem Kanton gegen welches Gesetz verstossen? Die PKS weiss Antwort.

Während über die Täter seitenlange Tabellen mit zig Grafiken und Interpretationshilfen erscheinen, bleibt das Profil der Opfer im Ungewissen. Ihre Daten werden von der Polizei nicht herausgegeben, und die Beratungsstellen verweigern gerne jegliche Auskunft. Sei es aus Datenschutzgründen (Alter, Wohnort) oder aus politischer Korrektheit (Nationalität der Opfer).

Für die *Weltwoche* hat der Zürcher Strafrechtsprofessor Martin Killias (SP) nun exklusiv erstmals aufgeschlüsselt, wie stark die einzelnen Bevölkerungsgruppen des Landes von Gewaltdelikten betroffen sind. Anhand einer bei 15 000 Einwohnern durchgeführten Opferbefragung kann Killias zeigen, welche Ethnien in der Schweiz besonders stark von Raub, sexuellen Übergriffen, Körperverletzung, Tötlichkeit und Drohung betroffen sind.

Killias und sein Team vom Kriminologischen Institut der Universität Zürich stützen sich in ihrer Studie nicht auf die Zahl der polizeilichen Verzeigungen, sondern auf die Erfahrungen der Opfer, die sie telefonisch und per Internet befragt haben. Die ersten Resultate wurden 2011 veröffentlicht und zeigten: 2,2 Prozent aller Einwohner waren in den letzten fünf Jahren Opfer eines Raubs geworden, 2,9 Prozent Opfer eines sexuellen Übergriffs und 10 Prozent bezeichneten sich in der Befragung als Opfer einer Tötlichkeit oder Drohung.

Doch damals enthielten die Resultate noch keine Angaben zur Herkunft der Opfer. Im Auftrag der *Weltwoche* haben Killias und sein Team die gesammelten Daten nun nochmals ausgewertet – mit erstaunlichen Resultaten.

Am wenigsten von Gewaltdelikten betroffen sind Einwohner aus der Balkanregion. Lediglich 8 Prozent von ihnen sind in den letzten fünf Jahren Opfer entsprechender Taten geworden (siehe Grafik, u.l.). Auch Übergriffe auf Menschen aus dem südlichen Europa (8,9 Prozent) sind verhältnismässig selten. Stark betroffen sind hingegen Einwohner, die in der Schweiz oder im zentralen und nördlichen Europa geboren worden sind. 13,8 Prozent von ihnen haben in den letzten fünf Jahren Erfah-

rungen mit Raub, sexuellen Übergriffen, Körperverletzung, Tötlichkeit oder Drohung gemacht. Mehr Gewalt erleben hierzulande nur Menschen aus Nord- und Lateinamerika, wobei die Angaben zu dieser Gruppe aufgrund ihrer geringen Zahl nicht besonders aussagekräftig sind. Zusammengefasst: Während fast jeder siebte Schweizer schon einmal Opfer eines Gewaltdelikts geworden ist, ist es bei Personen aus dem Balkan nur jeder Dreizehnte.

Wo gibt es etwas zu holen?

Belegen Einwohner aus Afrika, Südeuropa oder dem Balkan in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik regelmässig die Spitzenplätze, sind sie als Opfer vergleichsweise untervertreten. Genau umgekehrt verhält es sich mit den Schweizern, den Zentral- und Nordeuropäern: Während sie in der Täterstatistik regelmässig die hinteren Plätze einnehmen, sind sie als Opfer weit vorne anzutreffen. Die Gewaltdelikte finden also meist nicht innerhalb einer Bevölkerungsgruppe statt. Vereinfacht formuliert, lautet der Befund: Die Täter kommen mehrheitlich aus dem Süden, die Opfer aus dem Norden Europas.

Die Resultate unterscheiden sich von ähnlichen Studien, beispielsweise aus den USA, wo Gewaltdelikte mehrheitlich innerhalb derselben ethnischen Gruppierungen stattfinden. «In Amerika ist die Gettoisierung viel stärker

ausgeprägt als in der Schweiz, wo die Bevölkerungsgruppen durchmischter leben», erklärt Killias. Gewalttäter schlugen hierzulande vor allem dort zu, wo es etwas zu holen gibt und die Gegenwehr als gering vermutet wird. Auch seien Ausländer eher in Gruppen unterwegs als Schweizer, die allein oder zu zweit auf der Strasse ein viel einfacheres Angriffsziel abgaben. Eine Ausnahme bildet die Mordrate: Bei Schweizer Opfern sind 71 Prozent der Täter Einheimische und nur 29 Prozent Ausländer. Und bei ausländischen Op-

«Gewaltkriminalität in der Schweiz ist nur in geringem Masse eine Sache unter eigenen Landsleuten.»

fern sind nur 17 Prozent der Täter Schweizer und 83 Prozent Ausländer. «Im Gegensatz zu den übrigen Gewaltdelikten stammen bei Morden die Täter und Opfer meist aus dem gleichen Umfeld», sagt Killias. Rund die Hälfte der Morde verübten Partner oder Familienangehörige. «Opfer einer Straftat auf der Strasse wird man hingegen meistens einfach deshalb, weil man zur falschen Zeit am falschen Ort ist.»

Das Team der Universität Zürich fragte die Opfer auch nach «verschiedenen Merkmalen des Täters». Dabei haben Schweizer Opfer

den Täter zu 57 Prozent als «mutmasslich ausländisch» charakterisiert (Grafik, S. 14, u.r.). Die ausländischen Opfer beschrieben den Täter zu 63 Prozent als ausländisch. Die Zahlen decken sich mit dem Befund der PKS, wonach mehr als die Hälfte aller Gewaltdelikte von Ausländern begangen werden. «Bezogen auf den Bevölkerungsanteil von 23 Prozent, sind ausländische Tatverdächtige stark übervertreten», sagt Killias. Schweizerische Opfer würden 4,6-mal häufiger von einem Ausländer angegriffen, als dies aufgrund der Zusammensetzung der Bevölkerung zu erwarten wäre. Doch obwohl die Täter mehrheitlich Ausländer sind, ist die ausländische Bevölkerungsgruppe nur unwesentlich stärker von dieser Tätergruppe betroffen. Sie werden 5,9-mal häufiger von einem Ausländer angegriffen, als dies aufgrund des Ausländeranteils zu erwarten wäre.

«Gewaltkriminalität in der Schweiz ist nur in geringem Masse eine Sache unter eigenen Landsleuten», bilanziert Killias. Hauptgrund dafür sei die Durchmischung der Bevölkerung, die in der Schweiz viel ausgeprägter sei als in anderen Ländern. «Damit wird einerseits die Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gefördert», sagt Killias. Die Kehrseite davon sei jedoch, dass Täter ihre Opfer in allen Bevölkerungsgruppen suchen und finden könnten. ○

Zwei Standpunkte, zwei Meinungen.



Live in Winterthur

Ort: Bolero Club, Untere Vogelsangstrasse 8, 8400 Winterthur

Datum: 3. September 2012

Zeit: 18 Uhr bis 18:50 Uhr, Türöffnung 17 Uhr

Eintritt: nur mit Anmeldung unter tickets@radio1.ch (Platzzahl beschränkt)

Live in
Winterthur!

Fassadenkunst

Von Henryk M. Broder — Die Paradestrecke der Kanzlerin: «Ich will Europa.»



Wissen Sie, was eine Paradestrecke ist? Nein, nicht die Zürcher Bahnhofstrasse, nicht die Champs-Élysées in Paris und auch nicht der Canal Grande in Venedig.

«Paradestrecke» war ein Begriff in der DDR, ebenso wie «Salatgarnitur» und «Sättigungsbeilage», nur aufwendiger, grösser, pompöser. Es war eine Strasse oder ein Strassenzug, der für Staatsbesuche hergerichtet wurde. Die Fassaden der heruntergekommenen Häuser wurden angestrichen, die Laternen geputzt, die Bürgersteige repariert. Die Paradestrecke führte vom Gästehaus der DDR-Regierung zum Amtssitz des Staatsratsvorsitzenden. Wer sie in einem Auto passierte, sollte den Eindruck gewinnen, so sähe es in ganz Berlin, Hauptstadt der DDR, aus.

Es gibt keine Paradestrecke mehr in Berlin, Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, aber das bedeutet nicht, dass die Regierung Ihrer Majestät, Angela der Ersten, darauf verzichten würde, Fassaden anzustreichen, um darüber hinwegzutäuschen, wie baufällig die Häuser sind.

Vor kurzem hat die Kanzlerin die Kampagne «Ich will Europa» gestartet. Dahinter stehen die «Engagierten Europäer», elf deutsche Stiftungen, «die sich für ein starkes Europa» einsetzen. Weil Stiftungen weder ein Gesicht noch eine Stimme haben, hat man Bürgerinnen und Bürger gebeten, zu sagen, warum sie Europa wollen. So sind kurze, lustige Testimonials entstanden, wie man sie aus der Fielmann-Werbung kennt. Eine junge Frau, die Rita S. heisst, sagt: «Ich will Europa, weil wir damit auch in Zukunft politisch und wirtschaftlich gegen Asien bestehen können!» Ein junger Mann namens Kolja geht noch weiter: «Ich will Europa, weil wir nur gemeinsam unsere demokratischen Werte von Freiheit und Gerechtigkeit in die Welt transportieren und ökonomisch gegen Asien und die USA bestehen können.» Bertold, 74, will Europa, damit «ich meine Enkelin in Spanien besuchen kann – wann immer ich will». Und Benno bekennt vor der Blauen Lagune in Island: «Europa ist für mich ein Lebensgefühl.»

Da mussten wirklich die besten Köpfe der führenden deutschen Stiftungen zusammenkommen, um das «Lebensgefühl» der vereinten Europäer zu artikulieren. So, jetzt wissen Sie, was eine Paradestrecke ist.

Markt und Moral

Von Silvio Borner — Der freie Markt hat keinen guten Ruf. Deshalb will man ihn korrigieren, regulieren oder gar überwinden. Aber was bedeutet schon «fairer Handel»?

Gutmenschen haben wenig übrig für den Marktmechanismus. Im besten Fall ist er effizient bei der Zuteilung knapper Güter und Ressourcen. Aber freie Märkte richten grossen Schaden an: Sie verderben die intrinsische Motivation für Kooperation, sie schaffen krasse Ungerechtigkeiten und schüren soziale Spannungen. Märkte gehorchen niedrigen Instinkten und verkörpern zweit- und drittrangige Werte. Sobald es um kulturell, politisch oder neuerdings ökologisch Wichtiges geht, müssen wir den Markt korrigieren, regulieren oder gar überwinden.

Man kann doch Bücher, Filme, Milch, Wohnungen, Lernen oder Heilen nicht wie eine «gewöhnliche Ware» behandeln und dem freien, aber unethischen, unkulturellen und unsozialen oder unökologischen Markt überlassen. Mit der Berufung auf höhere Werte wie Versorgungssicherheit (oder neuerdings Ernährungs-Souveränität), Kulturförderung, Chancengleichheit, Mieterschutz und, ganz zuoberst, mit dem Ruf nach Nachhaltigkeit werden Märkte eliminiert, gelenkt und verdammt. Statt freie Preise gibt es dann «faire» Preise. Von «Fair Trade» mit tropischen Produkten bis zu «Fair Banking» wird uns auf Schritt und Tritt weisgemacht, dass alles «Marktliche» eben a priori «unfair» sei.

Was fair ist und was nicht, ist im Sport einigermassen klar. Und Preise bringen entweder Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht oder nicht. Das ist sonnenklar. Wenn sie aus Fairnessgründen zu hoch oder zu tief sind, dann gibt es Angebots- oder Nachfrageüberschüsse, zum Beispiel im Fall von Mietwohnungen sichtbar als Warteschlangen oder bei der Milch als Milchseen oder Butterberge.

Besonders verwerflich erscheinen den Moralisten «Zukunftsmärkte», wie etwa der Handel mit Futures in Rohstoffen oder Grundnahrungsmitteln. Wann immer in diesen Märkten die Preise wegen Angebotsverknappungen oder Nachfragesteigerungen steigen, dann sind die bösen Spekulanten schuld. Weil es in den USA extrem trocken ist und vierzig Prozent der Maisproduktion für grünen Sprit verwendet werden muss, wird der Mais halt teurer. Spekulanten mit Futures können langfristig ja nur verdienen, wenn sie billig kaufen und teuer verkaufen und so ungewollt, aber wirksam die Preisschwankungen glätten.

Besonders amüsant finde ich die Verteufelung der sogenannten Sekundärmärkte für Sportanlässe, Open-Air-Konzerte oder, wie gerade gehabt, Olympische Spiele. Hier haben wir das besondere Problem, dass viele Tickets an Sponsoren vorverteilt werden, aber leere Stadien oder Konzertplätze das Erlebnis schmälern. Es ist jedoch schwierig, im Voraus abzuschätzen, wie gut das Wetter oder wie spannend die Meisterschaft sein wird. Gerade bei der Olympiade in London war oft eine gähnende Leere auf den Rängen nicht zu übersehen, was stark auf die Stimmung drückte.

Das alles müsste nicht sein, wenn der Wiederverkauf oder noch besser der freie Billett-handel bis vor Veranstaltungsbeginn erlaubt wäre. Aber das scheint eine bedauerliche Fairnessverletzung zu sein, die verboten werden muss und kürzlich von unserer obersten Konsumentenschützerin scharf verurteilt wurde. Weil die Anbieter möglichst vor vollem Haus

spielen möchten – sei es nun Fussball oder Hardrock –, bieten sie die Tickets eher zu billig an. Das sieht man schon daran, dass sich jeweils lange Warteschlangen im Vorverkauf bilden.

Aber wer kommt eigentlich zu Schaden, wenn Herr A ein Ticket für fünfzig Franken ergattert hat und es vor Konzertbeginn für hundert an Frau B verkauft?

Schlicht und ergreifend niemand, denn beide sind besser dran als vorher. Das Billett ist von A, dem es weniger wert ist, zu B gewandert, der es mehr wert ist. Dabei ist aber auch das Gegenteil möglich, nämlich dass der Preis auf dem Sekundärmarkt tiefer liegt als der Erstaussgabepreis. Wenn ich ein Ticket für fünfzig Franken erworben, aber inzwischen für die betreffende Zeit etwas Lohnenderes gefunden habe, bin ich doch besser dran, wenn ich es für zwanzig Franken an jemanden «verscherbele», dem das Konzert eben nur zwanzig Franken wert ist. Wieder sind beide besser dran als vorher. Und die ausgegebenen Tickets werden dank dem Sekundärmarkt auch effektiv genutzt. Wenn ich etwas verwerflich finde, dann die Ticketverscherkeri, beispielsweise auf DRS 3. Das XY-Open-Air sei längst ausverkauft, aber wenn man jetzt anruft, könne man Tickets geschenkt erhalten. Das ist nichts weiter als versteckte Werbung für den betreffenden Event, die wir so mit unseren Gebühren mitfinanzieren.



Schnelle Ernüchterung

Von Hansrudolf Kamer — Frankreichs Präsident hatte einen kurzen Honeymoon. Der Lack ist ab. Kaum jemand traut Hollande Reformen zu, die Frankreich aus der Krise führen.



Gebraunt aus den Ferien zurück, hat Frankreichs Präsident François Hollande dort weitergemacht, wo er aufgehört hatte: beim Nichtstun. So jedenfalls sieht es die Konkurrenz von links. Der

Chef des Parti de gauche, Jean-Luc Mélenchon, resümierte Hollandes Startphase bündig mit der Feststellung: hundert Tage für fast nichts.

Das ist stark untertrieben. Hollande hat mehr als nichts gemacht. Er hat einen Stilwechsel in Szene gesetzt, der gut ankam, weil Sarkozy die Franzosen mit seiner Hektik genervt hatte. Dann hat er sogar einige seiner Wahlversprechen eingelöst: die Senkung der Präsidenten- und Ministergehälter um dreissig Prozent, die Ankündigung des Rückzuges der französischen Truppen aus Afghanistan, die Einstellung von tausend Lehrern zum Schulbeginn, die Erhöhung des Mindestlohns um zwei Prozent und die Wiedereinführung der Rente mit sechzig für Erwerbstätige mit langer Beitragszeit.

Dazu kamen Massnahmen, die sich gegen ausländischen Besitz von Immobilien in Frankreich richten. Neben den Reichen sollen auch die Ausländer zur Kasse gebeten werden. Der neue Präsident sucht das Geld, wo immer er es auftreiben kann. Somit wäre Hollande auf Kurs. 35 von 60 Programmpunkten seien vom Tisch, hiess es triumphierend aus den Reihen der Sozialisten.

Merkwürdigerweise zeigen die Umfragen an, dass die Franzosen mit Hollande bereits unzufrieden sind. Sie hatten ja in Kenntnis der Sachlage und des Programms der Sozialisten Hollande gewählt – und nicht nur ihn. Auch in der Nationalversammlung und im Senat hat der PS die Mehrheit. Ausserdem regiert er in der Mehrzahl der Regionen, der Départements und der grossen Städte. Mit der eindrücklichen Machtfülle kommt Verantwortung, jedenfalls politische.

Bei Sarkozy hatte es um einiges länger gedauert, bis Ernüchterung einsetzte. Das alles hat wohl damit zu tun, dass die Franzosen schnell gemerkt haben, dass die von Hollande löblich erfüllten Wahlversprechen Frankreich stärker in die Krise drücken werden, statt es aus ihr zu befreien.

Die Wirtschaft stagniert, Massenentlassungen für den Herbst sind angekündigt. Die Benzinpreise steigen und werden künstlich tief gehalten, die Kaufkraft des «normalen» Franzosen nimmt ab. Während der Sommerpause gab es heftige Krawalle in den Vororten von Amiens. Und die Abschiebung der Roma geht weiter, wofür Sarko einst von europäischen Moralwächtern heftig gescholten worden war – von der Brüsseler Kommission, der katholischen Kirche und diversen Menschenrechtlern. Wenn zwei das Gleiche tun ... Diesmal war die Stille ohrenbetäubend.

Sieg über Merkel

Was Europa betrifft, so hat Hollande unter Beifall und Mitwirkung des unsoliden Südens im Juni am Gipfeltreffen einen Sieg über Angela Merkel errungen. Hollande, der Italiener Monti und der Spanier Rajoy zwangen die deutsche Kanzlerin, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (EMS) für bankrottgefährdete Banken der Euro-Zone zu instrumentalisieren und den vereinbarten Stabilitätspakt mit einer Wachstumsvereinbarung zu ergänzen.

Das war weniger ein Durchbruch als ein Pyrrhussieg. Die deutschen Wähler interpretierten das Geschehen so, dass Merkel den Forderungen der Geldverschwender nachgegeben hat, ohne die strikten Bedingungen über die

Kontrolle der Gelder durchsetzen zu können. Das Fass ohne Boden nimmt aus deutscher Sicht immer mehr Gestalt an.

Hollande kann sich darüber aber nicht richtig freuen. Sein Pulver hat er mit leerer Wachstumsrhetorik verschossen. Französische Banken sind stärker als deutsche in Griechenland engagiert. Frankreich ist nach Deutschland der zweitwichtigste Bürge im EMS und ist auf das Nachbarland angewiesen. Deshalb wird Hollande in der Europapolitik kaum auf Konfrontationskurs mit Deutschland gehen.

Einen Ausweg bietet die Nahostpolitik. Hollandes Drohung – die Ankündigung einer möglichen Militärintervention in Syrien – weist den Weg, auf dem Frankreichs Grösse trotz allem den Wählern demonstriert werden könnte. Sarkozys Führungsrolle im Libyen-Krieg dient als Modell, hat diesem aber dennoch kaum geholfen.

Das eigentliche Problem, die ungenügende Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft, fasst Hollande nicht an. Die bevorstehenden Verhandlungen um den Haushalt 2013 könnten zur Stunde der Wahrheit werden.

Der Sozialist Hollande drapiert sich als Vertreter einer moralischen Linken, als Teil des normalen Frankreich, das sich von der Macht ungebändigter Märkte und vom «Herrschaftssystem» Sarkozys befreit. Doch Sarko hat die Fünfte Republik nicht erfunden, und die globalisierten Märkte lassen sich – wenn überhaupt – nur um den Preis klarer Wohlstandsverluste bändigen.

Nach den ersten hundert Tagen zeigt sich, dass Hollande nicht jener Präsident Frankreichs sein wird, der seine Landsleute von der Notwendigkeit von Reformen wirklich überzeugen kann. Gestylte Normalität genügt nicht.



Das eigentliche Problem fasst er nicht an: Frankreichs Präsident Hollande.

Im Gleichschritt Richtung links

Von Christoph Mörgeli

Der Sommer neigt sich dem Ende entgegen. Doch noch immer fallen die Hüllen. Und zwar immer schamloser: Eveline Widmer-Schlumpf plant mit ihrer Ökosteuer Benzinspreise von fünf Franken pro Liter und Stromverteuerungen von fünfzig Prozent. Unmittelbar nach Fukushima hat der Bundesrat dank opportunistischem Umfaller der Ex-Atomlobbyistin Doris Leuthard den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen.

Simonetta Sommaruga will unbedingt einen Vaterschaftsurlaub. Sogar der *Tages-Anzeiger* wundert sich über ihre Propaganda für das «linke Vorzeigeprojekt». Derweil bastelt ihr Parteigenosse Alain Berset ebenfalls an neuen Modellen des Elternurlaubs. «Der richtige Weg», kommentiert der Gewerkschaftsbund. Und wird genauso frohlocken, wenn Berset mit seinem «Gegenvorschlag» der rot-grünen Einheitskrankenkasse weit entgegenkommt.

Das Bankgeheimnis befindet sich im freien Fall. Der Bundesrat gibt Bankkunden und Bankangestellte zum Abschuss frei. Ein Ex-Marxist und früherer Gewerkschaftsökonom leitet die Eidgenössische Finanzverwaltung. Mit speichelleckerischen Briefen an die «Exzellenzen» in Brüssel schlägt unsere Regierung den nachträglichen EWR-Beitritt und die Anerkennung der EU-Gerichtbarkeit vor. Weil es sich beim EWR um einen Kolonialvertrag handelt, bei dem künftiges Recht ohne Mitsprache übernommen werden muss, ist der nächste Schritt klar: Der Bundesrat wird den EU-Beitritt vorschlagen, weil es unwürdig sei, nicht mitstimmen zu dürfen.

Das Asylwesen läuft völlig aus dem Ruder. Unter der aktuellen Linksregierung hat sich die Zahl der Asylgesuche verdreifacht. Die jährlich 30 000 Wirtschaftsflüchtlinge und Kriminellen werden grosszügig an die Gemeinden weitergereicht. Der Bundesrat weigert sich strikt, die SVP-Ausschaffungsinitiative umzusetzen.

Niemand, wirklich niemand darf heute noch behaupten, Christoph Blocher sei 2007 wegen ungenügender Stilnoten oder mangelnder Kollegialität abgewählt worden. Hämmerle, Wyss, Darbellay und Konsorten wollten eine Änderung der Politik. Es ging ihnen mit ihrer Hintertreppenintrige darum, die SVP Blochers aus der Regierung zu eliminieren. Jetzt sind sie am Ziel. Dank Widmer-Schlumpfs Charakter. Aber auch dank ihrer Politik. Heute haben wir links statt bürgerlich. EU-Integration statt Unabhängigkeit. Griechenland statt Schweiz.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Gas in den Birnen

Von Peter Bodenmann — Nach 15 Jahren Moritz Leuenberger: Die Schweizer Stromdealer verstehen die Welt nicht mehr.



Energie der Zukunft: Gasleitung im Kanton Bern.

Endlich hat das parastaatliche Schweizer Fernsehen reagiert. «10 vor 10» zeigte mit einem Beitrag: Die Schweizer Stromhändler verstehen die Welt nicht mehr. Sie bleiben auf ihrem teuren Spitzenstrom sitzen. Weil die bösen Deutschen ausgerechnet über Mittag viel zu viel Solarstrom produzieren. An sonnigen Tagen so viel wie bisher zwanzig Atomkraftwerke zusammen. Die Deutschen haben im Alleingang den alternativen Energien zum Durchbruch verholfen. Anstatt den Deutschen für dieses nicht ganz billige industriepolitische Meisterwerk zu gratulieren, jammern die parastaatlichen BKW-Stromdealer über «Marktverzerrungen».

Die nächsten Revolutionen stehen vor ihren Haustüren.

Revolution 1 — Gas kostet in den USA pro Kilowattstunde zurzeit nur mehr einen Rappen. Dies weil dank «Fracking» immer mehr Gas auf den Markt kommt. Kohlekraftwerke gehen vom Netz. Gaskraftwerke gehen ans Netz. In Atomstrom will niemand mehr einen Dollar investieren. Kein Detail: Frankreich allein sitzt auf neuen Gasreserven, die für die nächsten hundert Jahre reichen.

Revolution 2 — Gas kann man dank Verflüssigung mit grossen Tankern immer kostengünstiger über die Weltmeere transportieren. Neue, teure Pipelines aus dem unsicheren Nahen und Mittleren Osten Richtung Europa rechnen sich nicht mehr.

Revolution 3 — Die bestehende grosse Nord-Süd-Gasleitung durch die Schweiz wird künftig Gas in beide Richtungen transportieren. Von Norden nach Süden. Aber auch von Süden nach Norden.

Revolution 4 — Wenn es zu viel Solar- und Windstrom hat, kann man diesen Strom in Methan und Gas umwandeln. Das Gasnetz und seine Speicher werden künftig als Solar- und Windstromspeicher dienen.

Revolution 5 — Die grün dominierte Regierung von Baden-Württemberg will statt teure Pumpspeicherwerke günstigere Gaskraftwerke subventionieren. Diese sollen nur wenige hundert Stunden im Jahr laufen. Wenn für einmal Sonne und Wind zu wenig Strom liefern.

Alles bewegt sich erfreulich schnell. So denkt der neue deutsche Umweltminister Altmaier laut über eine Abwrackprämie für alte Öl- und Gasheizungen nach.

Schnelle Wechsel mit vielen Variablen überfordern Doris Leuthard und ihre Beamten. Deshalb will die Nachfolgerin von Moritz Leuenberger den Ausbau der Solarenergie weiter bremsen. Und die Atomkraftwerke laufen lassen, bis sie durchgerostet sind.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Die Saftpresse der Presse

Von Kurt W. Zimmermann — Der Unterschied zwischen einem Leser und einem Kunden ist vitaminreich.

Mein Leben lang habe ich von der perfekten Saftpresse geträumt. Jetzt habe ich sie gefunden. Sie heisst «Comfortjuicer». Der Comfortjuicer, so sagt mir der Anbieter, liefert «bis zu 30 % mehr Saft und 50 % mehr Vitamine als bei herkömmlichen Saftpressen».

Das Ding kostet mich derzeit nur 168 Franken statt 399 Franken. Ich bekomme damit, so rechnet mir der Anbieter vor, einen Rabatt von vollen 57,9 Prozent. Ein Fruchtfleischbehälter und eine Reinigungsbürste sind erst noch im Preis inbegriffen.

Der Comfortjuicer ist ein sogenanntes Schnäppchen. Das Schnäppchen verdanke ich der *Neuen Zürcher Zeitung*. Die NZZ betreibt seit kurzem Schnäppchen-Portale im Internet. Ostdeal.ch heisst ihre Plattform, die mir die perfekte Saftpresse nahegebracht hat.

Andere Grossverlage der Schweiz sind ebenfalls ins Geschäft mit den rabattierten Angeboten eingestiegen. Bei Deideal.ch von Ringier finde ich zum Beispiel die verbilligte «Malie-Kaltschaummatratze», die ich mir schon immer von einem Medienunternehmen gewünscht habe. Auf Deal.suedostschweiz.ch bekomme ich den günstigen «Diamond-Massagestuhl in zwei Farben». Tamedia wiederum verkauft über Sites wie Annabelle.ch das preiswerte «Mavala-Set für Nagel- und Fusspflege».

Saftpressen, Matratzen, Massagestühle und Nagelsets: Das wachsende Warenangebot aus den Verlagshäusern illustriert einen der wichtigsten Wertewandel der jüngeren Mediengeneration: Aus Lesern sind Kunden geworden.

Zweihundert Jahre lang waren Leser Leser. Die Verlage stellten ihren Lesern täglich die Zeitung zu, liessen sie aber sonst in Frieden. Die Verlage sassen zwar auf einem Schatz. Sie hatten die Kundenkontakte zu Hunderttausenden von Lesern. Sie kannten ihre Postadresse, oft auch die Telefonnummer oder das Alter aufgrund der Abo-Dauer. Sie wussten um die hohe Loyalität ihrer Leser zu ihrer Zeitung und zu ihrem Unternehmen. Aber sie nutzten den Schatz nicht.

Chromstahlpfannen für die Abonnenten

Allenfalls machten die Verlage in der Vergangenheit etwas Cross-Selling quer durchs eigene Portfolio. Sie offerierten beispielsweise den Lesern des *Tages-Anzeigers* die hauseigene *Schweizer Familie* oder den Lesern des *Blicks* die *Glückspost*. Vielleicht boten sie ihren Abonnenten auch mal eine Leserreise ins Burgund oder ein Pfannen-Set aus Chromstahl. Aber sie taten es nicht, um damit Geld zu verdienen. Das



«50 % mehr Vitamine»: der «Comfortjuicer».

Geld verdienen sie mit Werbung. Die Burgund-Reise und das Pfannen-Set nannte man Leserbindung.

Dann, als das Internet kam, brachen die Auflagen der Blätter zusammen und, unglücklicherweise, erodierte gleichzeitig das Werbevolumen. Es brauchte neue Einnahmequellen. Viele Verlage wandelten sich darum in den letzten Jahren von Presseunternehmen zu Handelsunternehmen. Leser wurden zu Kunden.

Am aktivsten und schnellsten drang Ringier in den Mailorder vor. Im Online-Shop *Geschenkidee.ch* bietet man inzwischen zwei Millionen Produkte an, von Plüschtieren bis hin zu Sexspielzeugen. Dass nun auch die alte Tante NZZ in dieses Deal-Business einsteigt, zeigt uns, wie stark die Branche sich im bestehenden Geschäftsmodell unter Druck fühlt.

Ehemalige Leser können gute Kunden der Zukunft sein. Es gibt kaum vergleichbare Markenprodukte, denen Konsumenten so treu sind wie ihren Blättern. Sie nutzen sie oft über Jahrzehnte, und sie nutzen sie täglich. Ein ähnlich intensives Vertrauen in eine Marke und einen Anbieter gibt es sonst nur bei Zigarettenrauchern. Diese Bindung, so die Hoffnung der Medienhäuser, soll von Druckprodukten auch auf andere Versandprodukte überspringen.

Ich sehe das genauso. Ich kaufe darum meine Saftpressen prinzipiell nur noch bei der NZZ.

30 Millionen für eine Solaranlage am Fels

Von Alex Reichmuth

Spieglein, Spieglein an der Wand, wird man künftig wohl murmeln, wenn man dem Walensee entlang ins Bündnerland fährt. Zumindest, falls die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) ihre Pläne wahr machen und an der Felswand über einem stillgelegten Steinbruch bei Quinten die grösste Fotovoltaik-Anlage der Schweiz erstellt. Diese soll eine Felsfläche von etwa 400 mal 200 Meter bedecken – so viel wie elf Fussballfelder. Das 30 Millionen Franken teure Projekt ist technisch sehr ambitioniert, denn die Solarmodule müssen nicht nur absturzsicher befestigt werden, sondern selber vor Steinschlag geschützt sein. Es ist vorgesehen, sie hängend an horizontalen Drahtseilen anzubringen, was an Veloketten erinnert.



Wird die Anlage realisiert, geschieht dies natürlich im Namen der Umwelt. Schliesslich geht es um den Ausstieg aus der Atomenergie. Ob aber die Solaranlage am Walensee wirklich für mehr Nachhaltigkeit sorgt, ist zu bezweifeln. Bereits zur Produktion der Fotovoltaik-Module ist so viel Energie nötig, dass diese Jahre in Betrieb sein müssen, um den Aufwand zu kompensieren. Am Walensee kommt ein zusätzlicher Aufwand hinzu, um die Module an den senkrechten Fels zu montieren. Man stelle sich all die dafür notwendigen Maschinen und Anlagen vor, die Treibstoff verschlingen und Strom verbrauchen. Kommt hinzu, dass der Steinbruch am Walensee zum Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung zählt. Die Naturschutzorganisation Pro Natura hat darum bereits gegen eine Testanlage Einsprache erhoben.

Die Begeisterung für Solarprojekte – als Wundermittel gegen die Energielücke – erinnert an die Euphorie, mit der einst Biosprit gegen den Klimawandel propagiert wurde. Inzwischen ist klar, dass Treibstoffe aus Nahrungsmitteln den CO₂-Ausstoss nicht verringern, sondern in vielen Fällen sogar vergrössern. Zudem verknappt die Subventionierung von Spirit aus landwirtschaftlichen Produkten das Nahrungsangebot und fördert den Hunger.

Es ist zu hoffen, dass man bei der Förderung von Solaranlagen zur Besinnung kommt, bevor auch hier die Umwelt Schaden nimmt.

«Über die sehr traurige Geschichte müsste einmal ein Buch geschrieben werden.» Erich Loser



«Unseliger Zwist»: Widmer-Schlumpfs Brief an EU-Kommissions-Präsident Barroso.

Immer staatsnäher

Nr. 34 – «Aus Nein wird Ja»; Urs Paul Engeler über die Schweiz und den EWR

Dass (fast) alle Schummeleien unserer Regierung und Verwaltung «unter dem dicken politisch-medialen Deckel gehalten» werden, ist nicht zuletzt dem immer noch lodernden, unseligen Zwist zwischen FDP und SVP zu verdanken. Über die sehr traurige Geschichte des Aufbaus des Hasses zwischen diesen beiden liberalen Parteien während der letzten Jahrzehnte müsste einmal ein Buch geschrieben werden. Inzwischen ist der politisch-mediale Deckel immer dicker geworden, da inzwischen die NZZ und andere Leitmedien noch staatsnäher wurden. Als seit je Parteiloser kann ich nicht nachvollziehen weshalb die auf sich selbst gestellte, grösste Partei von allen anderen Parteien sowie vor allem von fast allen grossen staatlich geförderten und – zum Teil – geführten Medien bekämpft und geächtet wird. Wie kam das zustande? Erich Loser, Boll

Endlich an der Öffentlichkeit

Nr. 34 – «Der Krebs ging vergessen»; Christoph Landolt über das Spital Wil

Wo gearbeitet wird, da passieren Fehler. Leider werden Fehler in der Medizin nur zu oft nicht aufgearbeitet oder überhaupt bekannt. Die medizinische Fehlleistung ist in diesem Fall weniger schockierend als der bedingungslose Gehorsam des Personals. Unterwirft man sich

dem Chefarzt oder der Chefarztin, stehen die Karrierechancen besser. Diesem Missstand zuegunsten der Patientinnen und Patienten hat sich nun indirekt endlich ein Gericht und ein Medium angenommen.

Marcel Stoessel, per E-Mail

Einseitige Perspektive

Nr. 34 – «Breivik kann nichts für seine Taten»; Interview mit Hirnforscher Gerhard Roth

Gerhard Roth betrachtet die Ursachen von Straftaten aus einer allzu einseitigen Perspektive und zeichnet ein unzutreffendes Bild von der Aufgabe der Strafpraxis. Die therapiebedürftigen, rückfälligen Gewalttäter, auf die Roth sich bezieht, bilden eine Minderheit in der Gesamtheit der Straftäter und sind deshalb nicht repräsentativ. Die grosse Mehrheit der Straftäter braucht keine Therapie. Unsere Gesellschaft beruht auf rechtlichen Normen. Der Schutz dieser Normen ist Aufgabe des Strafrechts. Eine Norm verliert an Geltungskraft, wenn ihre Verletzung nicht sanktioniert wird. Die Strafe zielt denn auch nicht auf Vergeltung, sondern dient der Wiederherstellung der verletzten Norm. Sie ist eine institutionalisierte Reaktion der Rechtsgemeinschaft auf den Bruch ihrer Normen und wird als Restauration der Norm von der Gesellschaft akzeptiert. Voraussetzung für die Schuldfähigkeit ist nicht eine Willensfreiheit im Sinne eines Andershandelnskönnens oder Handelns «gegen die eigenen Motive» (Roth), sondern die

grundsätzliche normative Ansprechbarkeit des Täters bei Begehung der Tat. Erst wenn diese gänzlich fehlt, ist der Täter schuldunfähig.

Mit der Abschaffung des Schuldprinzips und der Strafe würden die rechtlichen Normen an Geltungskraft verlieren, wodurch unsere Gesellschaft nicht sicherer, sondern unsicherer würde. Eine Therapie (auch wenn sie in gewissen Fällen sinnvoll ist) kann die Strafe nicht ersetzen, da sie allenfalls nur den Täter heilt, aber nicht die verletzte Norm wiederherstellt. Eine voreilige Pathologisierung verhindert ausserdem die Suche nach Gründen, warum sich ein Attentäter wie Breivik zu einer solch abscheulichen Tat motivieren liess.

Regina Langensteiner, Zürich

Schreckensszenarien

Nr. 33 – «Thomas Minder hat recht»; Essay von Hansrudolf Schmid

Der Autor schreibt in seinem Essay, eine Annahme der «Abzocker»-Initiative «wäre für die Schweiz Propaganda feinsten Art» – namentlich, weil die Initiative vorsehe, dass die Aktionäre börsenkotierter Gesellschaften verbindlich über die Vergütungen der Unternehmensleitung abstimmen. Beidem möchte ich widersprechen.

In der Initiative steht nirgends, dass die Abstimmung über Vergütungen verbindlich sein müsse. Dieses Ergebnis lässt sich auch durch juristische Interpretation nicht herbeischreiben. Herr Ständerat Minder sieht dies zwar anders, doch ist seine Meinung nicht ausschlaggebend, denn nicht er ist der Verfassungsgeber, sondern Volk und Stände. Falls die Initiative angenommen wird, kann und sollte der Gesetzgeber es den Gesellschaften erlauben, für Konsultativabstimmungen zu optieren.

Verbindliche Abstimmungen über Vergütungen liegen kaum im Interesse der Aktionäre. Eine Ablehnung der Vergütungen hätte nämlich einen Rattenschwanz rechtlicher Konsequenzen. Namentlich müsste der Verwaltungsrat eine neue Generalversammlung (GV) einberufen, und in gewissen Fällen dürfte die Gesellschaft (vorerst) keine Dividende ausschütten. Stimmt die GV den Vergütungen hingegen zu, könnte jeder Aktionär diesen Beschluss vor Gericht anfechten und dadurch die Vergütungen jahrelang in der Schwebe halten. Dies lädt zu Missbrauch ein. Im Falle einer Konsultativabstimmung bestehen diese Probleme nicht, weshalb die Aktionäre eher zu einem Protestvotum bereit sein dürften. Überdies wird sich kaum ein Verwaltungsrat erlauben können, einen solchen Schuss vor den Bug zu ignorieren.

Auch wenn ich davor gewarnt habe, die Initiative zu verteufeln (Weltwoche Nr. 48/11, S. 49), wird eine Annahme dem Ruf des Wirtschaftsstandortes Schweiz kaum helfen. Dies

Darf man das?

Leser fragen, die Weltwoche antwortet



Darf man mit den Erstkommunionigästen zum «Türken» essen gehen?

Anne Seiterle, Schaffhausen

Dafür verdienen die Spender des postkommunionistischen türkischen Mahls sogar ein dreifaches ökumenisches Hiphiphurra. In einer Zeit, in der Kreuz- nicht mit Turbanträgern können und Agnostiker mit Atheisten ums grosse Nichts streiten, gebührt Brückenschlägern höchstes Lob, religiösen ebenso wie kulinarischen. Das Seelenheil ist so wichtig wie das leibliche Wohl. Wenn Letzterem eher mit Kebab und Safranreis gedient ist, darf man auf päpstlich gesegnete Pasta getrost verzichten. Dasselbe gilt für Rösti-Variationen und andere Cervelat-Prominenz, da sich Calvin und Zwingli angesichts einer beweihräucherten Festgesellschaft sowieso im Grab umdrehen würden. Also: Guten Appetit! Oder besser: *Afiyet olsun!*

Sacha Verna

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

liegt weniger am Inhalt der Initiative (der Umsetzungsspielraum ist beträchtlich) als an der Art und Weise, wie der Abstimmungskampf geführt wird. Versuchen nämlich die Gegner das Volk mit Schreckensszenarien für sich zu gewinnen, wird der Reputationsschaden für die Schweiz umso grösser sein, wenn die Initiative angenommen wird.

Daniel M. Häusermann, St. Gallen

Sicher auf dem See

Nr. 28 – «Im Reich der Süsswasserkapitäne»; Lucien Scherrer über die Zürichsee-Schiffahrtsgesellschaft

Der Artikel ist etwas vom Oberflächlichsten, was ich in der *Weltwoche* je gelesen habe. Die ZSG ist Teil des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) und ist damit von der Tarifgestaltung her den übrigen Erbringern von Transportleistungen gleichgestellt. Wenn Sie auf Betreiben eines 69-jährigen Schiffhändlers, der kaum mit dem Leistungserbringer ZSG verglichen werden kann, behaupten, die Motor- und Dampfschiffe auf dem Zürichsee hätten viel zu tiefe Billettpreise, die ja vom Steuerzahler subventioniert würden, dann vergleichen Sie einmal mit den Zürcher Trams oder mit den Tarifen der SBB. Bei den SBB werden gute fünfzig Prozent der Transportkosten vom Steuerzahler berappt, und wenn die SBB versuchen, ihre Tarife bescheiden zu erhöhen, dann empören sich vom Pendler bis zum Senior alle Benutzer, und sofort wird auch der Preisüberwacher eingeschaltet. Warum sollen also die Schiffe auf dem See, die dem gleichen Tarifsystem untergeordnet sind, plötzlich ihre Billettpreise im Alleingang erhöhen müssen?

Ich war vor dem Beitritt zum Verkehrsverbund im Verwaltungsrat der ZSG und habe unter dem damaligen Direktor Fritz Fleischmann sehr genau in den Betrieb hineinschauen können. Sie machen sich offensichtlich keine Vorstellung, mit welcher Hingabe und Arbeitsfreude im administrativen, technischen und im Fahrten-Dienst gearbeitet wird. Ich stelle immer wieder fest, mit welcher Freund-

lichkeit auf den Schiffen und im Restaurationsbetrieb der Schiffe gewirkt wird.

Offensichtlich haben auch Ihre Journalisten keine Ahnung von grösseren Wasserfahrzeugen. Wenn ich von meinem eigenen Schiff aus beobachte, wie manchmal Schwimmer bei Anlegestellen oder kleinere Boote und Pedalos vor den Schiffsstationen die Ausfahrt der Motor- und Dampfschiffe behindern, dann kann ich nur meine Anerkennung ausdrücken, dass die verantwortlichen Schiffsführer so sicher auf dem See verkehren. Mein Rat: Bevor Sie über die ZSG lästern, benutzen Sie einmal bei jedem Wetter die vielen Angebote der ZSG auf dem See, und Sie werden Ihre Meinung gewaltig korrigieren können.

Max S. Schaad, Thalwil

Presserat

Nr. 2 – «Ehrenhafte Verräter»; von Alex Baur

Gemäss einem Entscheid des Presserates (Nr. 29/12) durfte die *Weltwoche* Rudolf Elmer, einen ehemaligen Mitarbeiter der Bank Julius Bär, als «Datendieb» und «Erpresser» bezeichnen. Jedoch hätte darauf hingewiesen werden müssen, dass Elmer diese Vorwürfe dementiert – was an dieser Stelle nachgeholt wird.

Die Redaktion

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Mit diesem Schuh kommen Sie überall hin. Und schneller wieder weg.

THE SHOE PEOPLE



FREIE STRASSE
229 CHF



NAVYBOOT
SWITZERLAND



Nähe zu al-Qaida: Kämpfer der Ansar Dine («Verteidiger des Glaubens») ausserhalb der malischen Oasenstadt Timbuktu, im April.

Wie Bern in Mali die Scharia förderte

Das Schweizer Aussendepartement wollte im Norden von Mali Frieden und Entwicklung bringen. Erreicht hat es das Gegenteil: Bern unterstützte ein «Friedensnetzwerk», dessen Chef nun Krieg führt und die Scharia in ihrer krudesten Form propagiert. *Von Kurt Pelda*

Das Rauchen und Trinken haben die Islamisten in der malischen Sahara bereits verboten. Vor wenigen Tagen untersagten sie den lokalen Radiostationen auch das Senden westlicher Musik, denn das seien Klänge des Satans. Unverheirateten Schwangeren drohen Schläge oder die Exekution. In Aguelhok, im äussersten Nordosten, steinigten Kämpfer von Ansar Dine (arabisch für «Verteidiger des Glaubens») ein Pärchen, dessen «Verbrechen» ausserhehlicher Sex war. Dieben werden die Hände abgeschnitten, und öffentlich vollzogene Prügelstrafen gehören schon fast zur Tagesordnung. Bestätigt werden entsprechende Berichte von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen wie der amerikanischen Human Rights Watch (HRW). So beschuldigte HRW die Islamisten von Ansar Dine unter anderem, einer Frau in der Stadt Gao ein Ohr abgeschnitten zu haben, weil sie einen zu kurzen Rock getragen habe.

Was hat Bern damit zu tun? Seit Jahren bemüht sich die Schweiz mit ihren Guten Diensten, die vielschichtigen Konflikte in Malis Norden zu schlichten. Dabei hat die Abteilung Menschliche Sicherheit des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) blauäugig auch ein sogenanntes Friedensnetzwerk unterstützt, dessen Präsident heute die Nummer zwei von Ansar Dine ist.

Alghabass Ag Intallah, die «Friedenstaube», die man mit Schweizer Steuergeldern zu fördern glaubte, entpuppte sich plötzlich als Opportunist, Islamist und bekennender Terrorist. Auf die Nähe von Ansar Dine zur Terrororganisation al-Qaida im islamischen Maghreb (Aqmi) angesprochen, antwortete Intallah der burkinischen Tageszeitung *Le Pays* kürzlich lapidar: «Wo liegt das Problem? Wenn Aqmi für eine Terroristenbewegung

gehalten wird, dann ist es Ansar Dine vielleicht auch.» Etwas anderer Meinung ist das EDA. Laut dessen Informationschef Jean-Marc Crevoisier ist Ansar Dine bloss eine Organisation, die ihre religiösen und politischen Vorstellungen mit Gewalt durchsetzen will.

«Nützliche Kontakte»

Das Dreijahresbudget der Schweizer Friedensförderung in der Region betrug vier Millionen Franken. Für das Friedensnetzwerk und für Vermittlungsbemühungen im Rahmen der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Cédéao hat das EDA laut Crevoisier 400 000 Franken ausgegeben. Damit seien unter anderem Seminare von Intallahs «Réseau de plaidoyer pour la paix» finanziert worden. In Bern hat man sich die Karriere des umtriebigen Tuareg-Politikers sicher ganz anders vorgestellt. Auf die ersten Fragen der *Weltwoche*

teilte EDA-Sprecherin Carole Wälti etwas betreten mit, dass die aktuelle Situation im Norden Malis die Fortsetzung der Aktivitäten des Friedensnetzwerks beeinträchtigt. Das EDA stehe aber immer noch in Kontakt mit einzelnen Mitgliedern. Es sei klar, dass all diese Kontakte der Schweiz nützlich blieben.

Tatsächlich erzählt ein gewöhnlich gut-unterrichteter Informant aus Kidal am Telefon, dass Intallah und dessen Bewegung massgeblich dazu beigetragen hätten, die im April aus Timbuktu entführte Basler Missionarin Beatrice Stöckli zu befreien. Als die *Weltwoche* nachhakte, schaltete sich Informationsschef Crevoisier ein. Er wolle sich zwar nicht zu Geiselnahmen äussern, doch unterhalte die Schweiz generell keinerlei Kontakte zu terroristischen Gruppen. Bern bezahle auch keine Lösegelder und Kommissionen an Vermittler in Geiselsituationen. Man darf also davon ausgehen, dass der Einsatz des frischgebackenen Islamisten Intallah zugunsten der Missionarin aus purer Liebe zur Schweiz erfolgte.

In Widerspruch zu Wältis schriftlichen Aussagen erklärte Crevoisier dann weiter, dass man die Zusammenarbeit mit dem fraglichen Friedensnetzwerk schon im letzten Dezember beendet habe, weil sich die Organisation damals als Folge des Kriegsbeginns aufgelöst habe.

Das kann aber gar nicht stimmen, denn der jüngste Tuareg-Aufstand begann erst im Januar 2012. Ausserdem wird das Netzwerk im Strategiepapier «Mali 2012–2015» ausdrücklich erwähnt, wobei die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) dieses Dokument noch im Dezember verabschiedet hatte. Dort ist nachzulesen, dass Intallahs Netzwerk darauf abziele, die Ethnien und deren Anführer in Nordmali in Friedens- und Sicherheitsfragen zu sensibilisieren und zu mobilisieren. In einer zweiten Phase solle die Organisation dann auch Themen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung anpacken und den Entwicklungspartnern, darunter der Deza, Empfehlungen abgeben.

Vielleicht schweben den Schweizer Entwicklungshelfern ja Workshops vor, in denen Intallah und Konsorten die Segnungen der Scharia in politisch korrekter Sprache schmackhaft machen.

Mali ist ein Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungshilfe. Als General Amadou Toumani Touré, genannt ATT, 2002 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, jubelte man das Armenhaus schon bald zum Hort der Demokratie in Westafrika hoch. Mali wurde zum Vorzeigeland der Entwicklungshelfer. Während der zehnjährigen Amtszeit von ATT hat die Schweiz – das laufende Jahr eingerechnet – etwa 160 Millionen Franken an Entwicklungshilfe nach Mali gepumpt. Über die allgegenwärtige Korruption und die Verwicklungen

der Entourage von ATT in den internationalen Kokainhandel sah man stillschweigend hinweg, das hätte ja nur die fruchtbare Entwicklungsarbeit gestört.

Im März dieses Jahres wurde ATT durch einen Militärputsch gestürzt, und die Rebellen übernahmen kurz danach die Macht im gesamten Norden. Dieser erstreckt sich auf einer Fläche von rund 800 000 Quadratkilometern, was zwei Dritteln des Staatsterritoriums entspricht. Mali hatte in seiner ursprünglichen Form zu existieren aufgehört, und das jahrzehntelange schweizerische Engagement war grösstenteils nutzlos verpufft:

Die Schweiz hat etwa 160 Millionen Franken an Entwicklungshilfe nach Mali gepumpt.

ein Desaster für die Bevölkerung ebenso wie für die Erfolgsbilanz der Entwicklungshelfer in Bern.

Fast der ganze Norden besteht aus Wüste, doch mit Gao und Timbuktu befinden sich jetzt auch zwei grössere Städte in der Hand der muslimischen Eiferer. Um ihre archaische Interpretation vom Gesetz Gottes durchzusetzen, liess Ansar Dine in Timbuktu, einer einstigen Wiege der islamischen Kultur, eine ganze Reihe von Mausoleen islamischer Gelehrter zerstören, die in der Bevölkerung höchstes Ansehen geniessen. Die Gräberschändung war eine Reaktion auf die Entscheidung der Unesco, ebendiese Schreine als Weltkulturerbe unter Schutz zu stellen. Für Ansar Dine ist aber jede Heiligenverehrung Gotteslästerung. Fatou Bensouda, die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, drohte daraufhin, die Vandalenakte als Kriegsverbrechen zu werten.

Das Märchen von der «Marginalisierung»

Für die Friedensförderung in Mali war seit 2006 unter anderem Carol Mottet zuständig, eine Spezialistin für internationales Recht und Menschenrechte in der Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA. Mottet, die früher für das Bundesamt für Statistik gearbeitet hatte, leitete zuerst das Programm für Friedenspolitik in West- und Zentralafrika. Im Oktober 2009 wurde sie Beraterin für friedenserhaltende Massnahmen in Westafrika bei der Schweizer Botschaft in Senegal, wobei sich ihr Sitz im Kooperationsbüro der Deza in der malischen Hauptstadt Bamako befand.

Zu Mottets ersten Amtshandlungen gehörte es, 200 000 Franken an Schweizer Steuergeldern für ein Friedensprojekt mit dem schwerverständlichen Titel «Programme de gouvernance partagée de la sécurité et de la paix au Mali» lockerzumachen. Im Magazin *Swiss Peace Supporter*, für das unter anderem das EDA und das Verteidigungsministerium

in Bern verantwortlich zeichnen, gab die Friedensspezialistin ihre Analyse der lokalen Verhältnisse zum Besten: In Mali und Niger gebe es wegen der Marginalisierung gewisser Gemeinschaften und Regionen [Anm.: gemeint waren die hellhäutigen Tuareg im Norden] eine lange Tradition der Rebellion gegen die Herrschenden. «Die Aufstände [Anm.: der Tuareg] treten zyklisch auf und flammen wieder auf, wenn die gestellten Forderungen nicht erfüllt werden: Respektierung der Identität, stärkere politische Einbindung, verbesserte sozioökonomische Förderung der Regionen und Teilung der Erlöse aus Ressourcen.»

Es war auch Mottet, die entschied, Intallahs «Friedensnetzwerk» in Kidal, der Hochburg der Tuareg, unter die Arme zu greifen. Entwicklungshelfer lieben komplizierte Bezeichnungen, und so wurde die Organisation «Réseau de plaidoyer pour la paix, la sécurité et le développement dans le nord du Mali» genannt. Der erste Workshop fand im Juli 2010 in Bamako statt. Ein im *Swiss Peace Supporter* abgedrucktes Foto zeigt den schnauzbärtigen Intallah in einem schneeweissen Gewand mit einem ebensolchen Turban. Ein Teil des Gesichts wird vom Tuch verhüllt, wie das bei Tuareg-Männern üblich ist. Damals sagte Mottet der Nachrichtenagentur SDA, dass es sich um eine echte Bürgerinitiative handle,

Pensionierung

- Wie spare ich Steuern?
- Wie sichere ich mein Einkommen?
- Wie regle ich meinen Nachlass?

Sprechen Sie mit uns und überzeugen Sie sich von unserer Expertise. Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

Tel. 044 207 27 27 (Hauptsitz)

www.vermoegenszentrum.ch

VZ VermögensZentrum



Antwortalon

Ja, ich habe Fragen zur Pensionierung.

- Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.
- Senden Sie mir Ihre Unterlagen.

Vorname/Name

Jahrgang

Strasse

PLZ/Ort

Tel. (tagsüber)

Talon bitte einsenden an unseren Hauptsitz:

VZ VermögensZentrum, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich



«Friedenstaube»: Islamist Intallah.

die einen Friedensdialog in den Gemeinden, aber auch mit den nationalen Behörden und den anderen Regionen des Landes zum Ziel habe.

Im *Swiss Peace Supporter* schrieb die Beraterin für friedenserhaltende Massnahmen dann weiter, dass in Malis Norden seit einigen Jahren auch ein Zerfall der Autorität der traditionellen Herrscher [Anm.: zu denen die Familie des Netzwerk-Präsidenten Intallah gehört] zu beobachten sei. Hinzu komme eine Identitätskrise der jungen Generation, die grösstenteils arbeitslos sei und sich mangels Alternativen in dubiose Machenschaften verwickeln lasse. Damit meinte Mottet den Kokainschmuggel durch die Sahara. Der «Schnee» aus Südamerika wird gleich tonnenweise durch die Wüste in Richtung Europa und Ägypten transportiert. Besonders hervortat sich in diesem schmutzigen Geschäft einer von Intallahs Nefen. Ohne dies zu erwähnen, fügte Mottet ihrer Analyse hinzu, dass die mit dem Drogenschmuggel verbundenen Interessen Konflikte zwischen den Ethnien schürten und die Kleinkriminalität förderten, zum Nachteil der Lokalbevölkerung. Das war eine leichte Untertreibung, denn beim Konflikt in Nordmali geht es vor allem um die Kontrolle der Schmuggelwege im millionenschweren Kokainhandel – und nicht um Marginalisierung, wie die Friedensspezialistin des EDA weismachen wollte.

Wein, Weib und Gesang

Dem EDA war es offenbar auch entgangen, dass Libyens Diktator Gaddafi enge Kontakte mit den malischen Tuareg pflegte. Tausende von ihnen kämpften als gutbezahlte Söldner für Gaddafi und gegen die Revolutionäre



«Echte Bürgerinitiative»: EDA-Beauftragte Mottet.

im letztjährigen libyschen Bürgerkrieg. Diesen Söldnern wurden schreckliche Kriegsverbrechen zur Last gelegt. Als Gaddafi realisierte, dass der Krieg verloren war, erlaubte er einem gewissen Mohammed Ag Nadschem aus Kidal, einem seiner Armeeobersten, Waffen in grossem Stil nach Nordmali zu schmuggeln. Damit sollte wohl eine Reservarmee für eine spätere Gegenrevolution vor den Luftangriffen der Nato in Sicherheit gebracht werden.

Dem EDA war es offenbar auch entgangen, dass Gaddafi Kontakte mit den malischen Tuareg pflegte.

Gaddafi gab Oberst Nadschem auch das Plazet, sich mit den libyschen Waffen die Unabhängigkeit eines Tuareg-Staats namens Azawad zu erkämpfen. Die Vorbereitungen für den Aufstand der Nationalen Bewegung für die Befreiung von Azawad (MNLA) erfolgten zumindest mit dem Wissen, wenn nicht gar mit offener Unterstützung des Friedensbewegten Intallah, wie es in einem Bericht der Brüsseler Denkfabrik International Crisis Group (ICG) heisst. Der vom EDA gehätschelte Tuareg-Parlamentsabgeordnete beteiligte sich demnach an den Kriegsvorbereitungen gegen Malis Regierung.

Dass ausgerechnet der Chef des Friedensnetzwerks hinter dem MNLA steckte, deren Ex-Söldner schon bald marodierend und vergewaltigend durch die Sahara ziehen sollten, darüber hatte die malische Zeitung *Nouvelle Libération* schon im letzten November berichtet. Dennoch verabschiedete Deza-Direktor Martin Dahinden das erwähnte Strategie-



Weitere Unterstützung: Deza-Direktor Dahinden.

papier «Mali 2012–2015», das weiterhin Unterstützung für das vermeintliche Friedensnetzwerk vorsah.

Dabei war Intallah nicht der Einzige, der sich dem MNLA anschloss. Wie die ICG weiter schrieb, traten «viele Mitglieder» des Friedensnetzwerks den MNLA-Rebellen bei. Zu ihnen zählte zum Beispiel auch der Vizepräsident des «Réseau de plaidoyer pour la paix», Ibrahim Ag Mohammed Assaleh. Allerdings dauerte es nicht lange, bis ein Teil von Gaddafis ehemaligen Söldnern zur plötzlich aufgetauchten Islamisten-Gruppe Ansar Dine überlief. Zusammen mit zwei Ablegern der Terrororganisation al-Qaida drängte Ansar Dine den MNLA zurück, nicht zuletzt weil deren Ruf nach Unabhängigkeit unter der betroffenen Bevölkerung nicht immer auf Gegenliebe gestossen war. Auch Intallah, die «Friedenstaube» des EDA, vollzog diesen Seitenwechsel gerade noch rechtzeitig und wurde die Nummer zwei von Ansar Dine.

Anlässlich der kürzlich von der Schweiz mitfinanzierten Friedensgespräche, die in Malis Nachbarland Burkina Faso stattfanden, beklagte sich der frischgebackene Verfechter der Scharia gegenüber der Nachrichtenagentur AFP, dass er in der Hotellobby «unfreiwillig schöne Frauen ansehen und Musik hören müsse». Ausserdem sei es eine Prüfung für gute Muslime, wenn man sich dauernd in der Nähe einer mit Schnaps- und Likörflaschen ausgestatteten Bar aufhalte, meinte der Wendehals Intallah weiter. Man könnte fast Mitleid haben mit dem Mann, wäre da nicht der Gedanke an die unglücklichen Malier, die seine Islamisten-Gruppe steinigen oder auspeitschen lässt. ○

Dienstfertige Eile

Die Banken zahlen widerstandslos Abermillionen, bevor die umstrittenen Steuerabkommen genehmigt worden sind. Und sie liefern brisante Daten auf Vorrat. Von Urs Paul Engeler

Die miserabel verhandelten Steuerabkommen mit Deutschland und mit Grossbritannien pflügen die Schweizer Finanzwelt um, selbst wenn sie gar nie in Kraft treten werden. Unter der Fuchtel von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) und der bürokratisch agierenden Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) werden sämtliche Bankinstitute gezwungen, ihre Kundenbeziehungen in diese Länder bis ins Detail darzulegen, von externen Revisionsgesellschaften kontrollieren zu lassen und den Umfang dieser Vermögen der SBVg-Zentrale zu melden. Die Folgen sind schlimm, doch ohne jede Gegenwehr, wie es scheint, machen alle mit.

Angelpunkt ist der Passus in den Abkommen, wonach die Schweiz, sollte der Vertrag genehmigt werden, bereits im Februar 2013 Deutschland zwei Milliarden Franken und Grossbritannien 500 Millionen Franken überweisen muss. Um diese Transaktion und weitere Tranchen bereits heute zu garantieren, treibt die SBVg als Erfüllungsgehilfin bei den Banken vorsorglich vier Milliarden für Berlin und 1,3 Milliarden für London ein. Die Befehle dazu wurden in zwei Rundschreiben («for internal use only») samt detaillierten Beilagen mit Zeitplänen ausgegeben.

Seit Wochen gilt für die Informatikabteilungen aller Schweizer Banken nur eine Priorität: die lückenlose Erfassung ausländischer Kundinnen und Kunden nach Herkunftsländern, Geschäftsbeziehungen, einzelnen Vermögensbestandteilen (Geldkonten, Edelmetallkonten, Treuhandanlagen, physischen Edelmetallbeständen, Wertpapieren, Optionen, Termingeschäften, Schuldtiteln, Zertifikaten, Anteilen an kollektiven Kapitalanlagen etc.). Der Aufwand ist gewaltig; sogar mittelgrosse und relativ kleine Geldinstitute, die nicht zitiert werden wollen, sprechen davon, zu Auslagen im Millionenbereich gezwungen zu werden. In einem Interview mit der *Berner Zeitung* erklärte der Chef der Berner Kantonalbank für seine Gesellschaft: «Die Kosten dürften sich auf mehrere Millionen Franken belaufen.» Und er fügte an, dass diese Arbeiten und Aufwendungen auch für die Katz sein könnten: «Damit müssen wir rechnen, falls das Steuerabkommen mit Deutschland abgelehnt wird.» Die Banken haben nicht nur das Geld ihrer verratenen Klienten auszuhandigen. Sie müssen mit grossem Aufwand Daten erheben und melden.

Dieser Tage, letzter Termin ist der 7. September, sind die fünfzig Finanzdienstleister mit den grössten ausländischen Vermögenswerten

per SBVg-Rundbrief gehalten, der Bankiervereinigung sämtliche Vermögenswerte ihrer Kunden aus Deutschland (inklusive der Bewohner der Exklave Büsingen) sowie Grossbritannien anzuzeigen – wobei die Briten, die sich in den eigenen Steueroasen (Cayman Islands, den Kanalinseln Jersey und Guernsey, Bermuda, Falklandinseln, Gibraltar oder Isle of Man) aufhalten, interessanterweise vom neuen Regime ausgenommen werden. Für sie gelten weiterhin die örtlichen Steuerprivilegien.

Geheime Liste

Aus diesem Kreis der fünfzig Banken – die Liste wird von der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) als Geheimnis behandelt – werden im Verlaufe des Monats September diejenigen dreissig Geldinstitute ermittelt, die am meisten deutsches und britisches Geld verwalten. Diese dreissig wiederum haben, anteilmässig, auf Vorrat vier Milliarden Franken für Deutschland und 1,3 Milliarden für Grossbritannien bereitzustellen. Im Oktober werden die Verträge für diese «Vorauszahlungen» unterzeichnet; im November verlangt der Bundesrat dann die verbindlichen Kreditzusagen zuhanden der ESTV, damit Anfang Februar – sollten die Verträge tatsächlich zustande gekommen sein – bereits die ersten Milliarden die Schweiz verlassen können, genau wie von Berlin und London gefordert.

Irritierend an diesem Vorgehen sind drei Elemente: die dienstfertige Eile, mit der vor einem definitiven Entscheid *Faits accomplis* geschaffen werden, die willig getragenen Zusatzkosten, die möglicherweise nutzlos sind und mittlere und kleine Banken erheblich belasten, und drittens der langfristige Effekt der eingeleiteten Massnahmen.

Es entsteht eine ganz neuartige Datensammlung, die zentral abgerufen werden kann. Zwar müssen die einzelnen Finanzinstitute der Bankiervereinigung (und damit indirekt den Bundesbehörden) nur die Summe der deutschen und britischen Vermögen melden und noch keine Namenslisten liefern. Doch die SBVg verlangt, dass die Methoden zur Erfassung ihrer ausländischen Kunden offengelegt und vollständig nachgewiesen werden: «Der angewandte Prozess zur Ermittlung der massgeblichen Vermögenswerte ist schriftlich festzuhalten. Es ist darzulegen, welche Abteilungen involviert waren, welche IT-Systeme verwendet wurden und welche Massnahmen ergriffen und welche Kontrollen durchgeführt wurden.» Damit händigen die Banken den Schlüssel aus, der den Blick in ihre neuerstellten Kundenkarteien erlaubt.

Die erste Basis für den automatischen Informationsaustausch ist gelegt. Umgehend werden die Schweizer Steuervögte wieder «gleich lange Spiesse wie die ausländischen Behörden» verlangen. Und erhalten. ○



Die erste Basis für den automatischen Informationsaustausch: Banken am Zürcher Paradeplatz.

Der Schattenmann

Der Solothurner Regierungsrat Christian Wanner steht als Präsident der kantonalen Finanzdirektoren im Brennpunkt aktueller Auseinandersetzungen. Mit Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf verstehe er sich blind. Die FDP müsse wieder zu einer «Volkspartei» werden. Von Philipp Gut und Manuel Zingg (Bild)

Wer ihm begegnet, mag an vieles denken, aber gewiss nicht an einen Finanzfachmann. Wie Christian Wanner (FDP) in seinem Regierungsratsbüro in der Solothurner Altstadt sitzt, einen Arm auf den Tisch gestützt, den rundlichen Körper vornübergebeugt, verbreitet er die Aura grossväterlicher Milde. Am auffälligsten aber sind seine Hände mit den imposanten Fingern: Sie zeugen nicht vom Bleistifthalten, sondern von der Arbeit auf seinem Hof. Von Haus aus ist er Bauer und Bienezüchter.

Gleichzeitig ist Wanner als Präsident der Finanzdirektorenkonferenz einer der wichtigsten Finanz- und Steuerpolitiker des Landes. In der gediegenen Umgebung des Solothurner Rathauses wirkt er fast wie ein Fremdkörper. Und doch ist dies seine Domäne, hier amtiert und regiert er seit 1995. Zuvor sass Wanner während zwölf Jahren im Nationalrat. Seine politische Karriere begann er als Gemeinderat in Messen und dann als Kantonsrat. Ein Leben für die Politik.

Messen liegt in der Region Bucheggberg (solothurnisch: «Buechibärg»), die als Zipfel in den Kanton Bern hineinragt. Der grosse Nachbar ist bis heute präsent: Die *Buechibürger* sind protestantisch, «eine kulturelle Minderheit» im katholischen Kanton, wie Christian Wanner sagt. Noch heute befolgen die Bewohner die Berner Festtagsordnung, die katholischen Feiertage sind ihnen fremd. Wanner preist das tolerante Nebeneinander als Vorbild: «Wären die Berner mit dem Jura so umgegangen wie die Solothurner mit ihrer eigenen kulturellen Minderheit, hätte es wahrscheinlich nie ein Jura-Problem gegeben», vermutet er.

Der typische Solothurner sei «offen, konsensfähig, aber auch stolz». Obgleich der Kanton «keine einfache geografische Einheit» bilde (Bern und Basel wirken als Magnete an den Rändern), sei der Zusammenhalt stärker, als es von aussen scheine. Solothurn, der klassische Brückenbauerkanton? Ja, das sei schon «gäng» so gewesen, meint Wanner. Seine eigene politische Rolle interpretiert er ähnlich, und so wird er auch wahrgenommen. «Er sucht nach Lösungen, die keine Extremlösungen sind, sondern tragfähig», sagt Wanners Kollege Peter Hegglin (CVP), Finanzdirektor des ungleich potenteren Tiefsteuernkantons Zug, der längst nicht immer dieselben Interessen verfolgt wie Wanners Solothurn.

Es ist eine eigentümliche Mischung, die Wanner und seine Politik ausmacht: Bei aller



«Wir müssen einfach besser sein»: Christian Wanner, Präsident der kantonalen Finanzdirektoren.

Konsensrhetorik sitzt er nicht auf seinem Mund, immer ist er für ein knackiges Statement gut («Das Bankgeheimnis hat längst Schwindsucht», sagte er der *Schweizer Illustrierten*). Er ist ein sanfter *Polteri*, der in den Auseinandersetzungen um das Schweizer Finanz- und Steuerregime zwischen einer flexiblen Bodenständigkeit und knorriger Elastizität changiert. Am Ende, so scheint es, gibt er lieber nach, als dass er erbittert Widerstand leistet. Oder täuscht der Eindruck?

«Sie ist ja eine von uns»

«Wenn wir nichts machen und auf dem Status quo beharren, ist das einfach zu gefährlich», sagt Wanner. Die Aussage bezieht sich auf die sogenannte Weissgeldstrategie des Bundes, aber sie darf generell für seine Einschätzung der Lage gelten. An allen Fronten – Bankgeheimnis, Steuerabkommen, Unternehmensbesteuerung, Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich – mahnt er Entgegenkommen und Kompromisse an. Um die Weissgeldstrategie, vor kurzem noch ein Berner Zauberwort, ist es in den letzten Monaten ruhiger geworden. Hat man sie, vielleicht aus taktischen Gründen, auf Eis gelegt? Geht Finanzministerin Widmer-Schlumpf bewusst etwas in Deckung?

Das sei «insofern richtig», sagt Wanner, als wir «umzingelt» seien von finanz- und steuerpolitischen «Baustellen». Doch der sanftmütige Klartexter macht kein Hehl daraus, dass er Sympathien für das Anliegen hegt. «Die Weissgeldstrategie könnte, vergleichbar mit den Fortschritten bei der Geldwäscherei, auch ein Verkaufsargument der Banken sein», so Wanner. Von Kontern und Gegenoffensiven etwa gegen Deutschland hält er wenig. Es nütze nichts, zu sagen, dass auch die Deutschen Schwarzgeld entgegennähmen: «Das ist egal. Wir müssen einfach besser sein.»

Sollten Bundesrat und diplomatische Verhandlungsführer in ihrer Argumentation nicht stärker darauf hinweisen, dass hier immer noch die Schweizer Gesetze gelten? Gibt es in Europa nicht den freien Kapitalverkehr? Geben wir nicht allzu schnell klein bei?

Das möge schon stimmen, sagt Wanner. «Aber», fragt er zurück, «was machen wir, wenn die USA den Schweizer Grossbanken plötzlich die Lizenz entziehen?» Wanner wird grundsätzlich: «Es ist in der Politik häufig so, dass man nicht zwischen einer guten und einer schlechten Lösung wählen kann. Man muss von allen schlechten Lösungen die beste nehmen.» Da ist es wieder: Wanners Bekenntnis zum Kompromiss.

Wiederholt benutzt Wanner dasselbe Wort: «vernünftig» – offenbar so etwas wie sein Lieblingsbegriff. Er ist für eine «vernünftige Weissgeldstrategie» und für einen «vernünftigen Steuerwettbewerb» zwischen Kantonen und Ländern. «Vernünftig» heisst im politischen Kosmos des Christian Wanner so viel wie

«massvoll», «ausgeglichen», «kompromissfähig». Es steht für die zwar bürgerliche, aber nach allen Seiten austarierte politische Mitte. Vielleicht kein Zufall, dass diese Politik im Mittelland-Kanton Solothurn formuliert wird.

Was immer Wanner sagt und tut, eines fällt auf: Seine Äusserungen und Aktionen gleichen einem perfekt getimten Synchronschwimmen mit Finanzministerin Widmer-Schlumpf. Ein Beispiel unter vielen: Als Wanner im Februar 2010 erstmals laut darüber nachdachte, die Unterscheidung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug auch im Inland aufzuheben, vergingen nur zehn Tage, bis Widmer-Schlumpf dasselbe forderte. Wanner und Widmer-Schlumpf scheinen wie kommunizierende Röhren zu funktionieren. Stets sind sie gleicher Meinung.

Wanner kontert den Verdacht mit entwaffnender Ehrlichkeit: «Das ist die gemeinsame Vernunft», sagt er. Und die sei «halt nicht teilbar». Die Zusammenarbeit mit Widmer-Schlumpf sei «ausgezeichnet», so Wanner: «Sie ist ja eine von uns.» Damit spielt er auf Widmer-Schlumpfs Vergangenheit als Bündner Finanzdirektorin an. Und als Präsidentin der kantonalen Finanzdirektoren war sie seine direkte Vorgängerin im Amt. Man arbeite eng zusammen und sei sich auch «persönlich nah», sagt Wanner. Als er im Frühjahr einen Herzin-

«Es ist in der Politik häufig so: Man muss von allen schlechten Lösungen die beste nehmen.»

farkt erlitten hatte, besuchte ihn Widmer-Schlumpf im Spital. Die Frage, ob er täglich oder nur alle drei Wochen mit ihr telefoniere, beantwortet er mit einem diplomatischen: «Je nach Problemlage». Es rührt auch von dieser geschmeidigen Nähe zur Finanzministerin und Bundespräsidentin her, dass Wanner als «heimlicher König» und als «Schattenmann» der Schweizer Finanzpolitik gilt.

Zusammengeschweisst hat die beiden der Kampf gegen ein Steuerreduktionspaket des Bundes im Jahr 2003. Damals ergriffen elf Kantone, einmalig in der Geschichte der Eidgenossenschaft, erfolgreich das Referendum gegen ein Bundesgesetz, angeführt von Widmer-Schlumpfs Graubünden und Wanners Solothurn, die beide den Verlust von Einnahmen fürchteten. Der Widerstand richtete sich, wohlgerichtet, gegen den freisinnigen Finanzminister, was in der FDP für einiges böses Blut sorgte. Wanner rechtfertigt sich: In der zuständigen Kommission, erinnert er sich, seien sie «ziemlich in die Ecke gedrängt» worden. Das hätten sie sich nicht bieten lassen wollen. «Wir gingen raus und sagten: «Jetzt machen wir das Referendum.»» In Bern, schiebt Wanner kämpferisch nach, werde «nur wahrgenommen, wer referendumsfähig ist».

Vom legendären Kantonsreferendum bis zur aktuellen Forderung, das Bankgeheimnis auch im Inland abzuschaffen: Läuft diese Wanner-Widmer-Schlumpf-Linie nicht darauf hinaus, die Steuerzahler weiter zu schröpfen und den gläsernen Bürger zu erschaffen? Vertritt sie nicht allzu einseitig die Sicht der Staatsmacht und des Fiskus? Ist das nicht eher eine Politik von oben als von unten?

Er wolle nicht wissen, was der Nachbar auf dem Konto habe; es gehe nicht darum, «die Privatsphäre des Bürgers à tout prix zu vernichten», entgegnet Wanner. Allerdings sollten die Steuerbehörden «handeln können, wenn jemand erwischt wird». Wanner hat, wiederum im Gleichklang mit Widmer-Schlumpf, längst klargemacht, dass die Schweizer Behörden «die gleich langen Spiesse» haben wollen wie die ausländischen. Im Klartext: Auch bei Fällen von (schwerer) Steuerhinterziehung von Schweizer Bürgern sollen die Behörden Daten austauschen dürfen. Es gehe um den Anspruch des Staates, Recht und Gerechtigkeit durchzusetzen».

Aktuell arbeiten die Finanzdirektoren vornehmlich an zwei «Baustellen». Im Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich, das mehr Geld von seinen in der Schweiz ansässigen Bürgern verlangt, habe er «nichts Anstössiges» erkennen können, sagt Wanner. Auf Nachfrage räumt er freilich ein, dass «jetzt bei der Umsetzung gewisse Probleme aufgetreten» seien.

Der heisseste Tanz der nächsten Zeit wird sich um die Unternehmensbesteuerung drehen. Der EU, der Widmer-Schlumpf bereits einschlägige «Verhandlungen» in Aussicht gestellt hat, sind die unterschiedlichen Sätze für in- und ausländische Holdinggesellschaften ein Dorn im Auge. Wäre es da nicht eine Chance für den Standort Schweiz, die Steuern für juristische Personen generell auf das tiefere Niveau für ausländische Gesellschaften zu senken? Wanner winkt ab. «Oberflächlich» betrachtet, möge das zutreffen, doch es gebe noch andere Standortfaktoren, die mindestens so wichtig seien. Wanner gibt folgende Anekdote zum Besten: Ein Bauer habe Futter sparen wollen und zur Geiss gesagt, sie bekomme wieder mehr zu essen, wenn es ihm besser gehe. «Dummerweise» sei die Geiss dann verhungert. Die Moral von der Geschichte: Aus Christian Wanner wird auch gegen Ende seiner Politlaufbahn – Mitte nächsten Jahres will er abtreten – kein Steuersenker werden. Der mild-markige FDP-Etatist will sich, wie er betont, unter keinen Umständen «irgendeinen Neoliberalismus über den Kopf ziehen» lassen. Die FDP, sagt er, dürfe keine Kader- und Elitenpartei sein. Sie müsse zurück zu ihren Wurzeln und wieder eine «Volkspartei» werden. Wie zu Wanners Zeit als junger Lokalpolitiker in Messen, als die Partei sechs von sieben Gemeinderäten stellte. ○

Tod durch «Organisationsversagen»

Der zweite Prozess nach dem Tod einer siebenfachen Mutter im Spital Wil zeigte auf: Die Führung im Krankenhaus war mangelhaft. Und die St. Galler Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann kommuniziert immer rätselhafter. Von Christoph Landolt



«Informationsbedürfnis unterschätzt»: Spital-Verwaltungsratspräsidentin Hanselmann.

Es kommt selten vor, dass der stückverzierte Saal des Kreisgerichts Wil in Flawil SG voll besetzt ist. Ob es, wie in den nächsten Wochen, um eine von Blumenkisten verstellte Garagenzufahrt oder einen tätlichen Angriff mit einer fünfzinkigen Mistgabel geht – Publikum findet selten den Weg hierher. Dies war auch Anfang Juni nicht anders, als sich Cécile Leimgruber, Chefärztin am Spital Wil, wegen fahrlässiger Tötung verantworten musste.

Diesen Dienstag aber lauerten vor dem Gericht Kamerateams. Der zweite von vier Prozessen, mit denen der tragische Tod von Monika Stähelin* aufgearbeitet werden sollte, fand vor versammelter Presse statt. Auch Witwer Martin Stähelin* war da. Vom Schuldspruch gegen die Hauptbeschuldigte, Cécile Leimgruber, hatte er erst nach zwei Monaten von der *Weltwoche* erfahren (Nr. 33/12).

Die Anwesenden erhofften sich mehr Erkenntnisse zur grossen Frage: Wäre der Tod der siebenfachen Mutter vermeidbar gewesen? Hat die ganze Ärzteschaft versagt, oder nur die Gynäkologie-Chefärztin?

Die Urteile wurden erst nach Redaktionsschluss bekanntgegeben. Die Verhandlungen machten jedoch deutlich, dass an diesem traurigen Oktobertag im Jahr 2007 kein kleiner Kunstfehler passiert ist, wie er jedem Arzt einmal passieren kann. Staatsanwalt Paul Frei

sprach von «Organisationsversagen». Die Gynäkologie sei «zu engherzig, zu stur und zu starr» geführt worden. Dem angeklagten Anästhesie-Oberarzt warf er vor, sich nicht gegen die Hierarchie aufgelehnt zu haben.

Der Anästhesist schilderte, wie er beharrlich versucht hatte, den Zustand von Monika Stähelin im Hinblick auf eine Notoperation zu stabilisieren. Auf Seiten der Gynäkologie habe er aber keinerlei Ansprechpartner gehabt. «Da kam nichts.» Obwohl er, der Anästhesist, Chefärztin Leimgruber auf die Möglichkeit eines Gebärmutterrisses hingewiesen hatte, beharrte diese auf ihrer Fehldiagnose. Die Gynäkologie-Oberärztin wiederum weigerte sich, vor dem Eintreffen ihrer Vorgesetzten einen Entscheid zu treffen. Dafür bekundete der Staatsanwalt Verständnis. Die Oberärztin sei zuvor immer wieder diszipliniert worden, wenn sie selbständig entschieden habe. «Da muss man sich nicht wundern, wenn sie nur noch Dienst nach Vorschrift macht.»

«Fachliche Kompetenz»

Chefärztin Cécile Leimgruber ist auch am Freitag das grosse Thema, wenn der Spital-Verwaltungsrat zusammentritt. Obwohl die Behörden mantraartig wiederholen, dass das Vertrauen intakt sei, dürfte es für die Gynäkologin eng werden. Zu gross ist der Image-

schaden für das Spital Wil, der durch die häppchenweise Informationspolitik des St. Galler Gesundheitsdepartements noch verstärkt wurde. Spital-Verwaltungsratspräsidentin und Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann (SP) sah sich letzte Woche gar dazu gezwungen, doch noch eine Medienkonferenz abzuhalten. Zum ersten Mal räumte die Regierungsrätin dabei ein, das «Informationsbedürfnis unterschätzt» zu haben.

Zufall oder nicht – gelobt wurde an der Pressekonferenz nur die «fachliche Kompetenz» der Chefärztin. Kein Wort fiel zu ihren organisatorischen Fähigkeiten und ihrem Führungsstil. Genau hier offenbarte Leimgruber Defizite. Monika Stähelin starb nicht wegen einer Fehldiagnose, sondern weil die Chefärztin, erstens, nicht bereit war, den Fehler zu korrigieren, und weil, zweitens, nie klar war, wer sich um die todkranke Patientin kümmern sollte.

Keine fachlichen, sondern organisatorische Mängel lagen auch vor, als Cécile Leimgruber vergessen hatte, einer Patientin eine Krebsdiagnose mitzuteilen. Die *Weltwoche* hatte kurz vor Beginn der Pressekonferenz vom letzten Mittwoch berichtet, dass Gesundheitsdirektorin Hanselmann von Patientin Maria Gisel* über dieses fatale Versäumnis informiert worden war, aber nichts unternommen hatte.

Die Regierungsrätin ging an der Pressekonferenz nicht direkt auf diesen zweiten Fall ein. Sie begnügte sich damit, einen Brief zu verlesen, der angeblich von der betroffenen Krebspatientin stammte. Bei ihrer Mitteilung an das Gesundheitsdepartement habe es sich «um die Klärung eines kleinen Missverständnisses» gehandelt, das «von allen Seiten geklärt, bereinigt und abgeschlossen» worden sei, hiess es darin. Den eigentlichen Sachverhalt – die vergessene Krebsdiagnose – dementierte die Regierungsrätin nicht. Nachfragen der Journalisten konterte Hanselmann, indem sie wiederholt aus dem Brief zitierte – als ob damit alle Fragen beantwortet wären.

Das Zustandekommen des Briefs bleibt im Dunkeln. Fakt ist: Die «aufgebauchte» Geschichte mit den «völlig frei erfundenen Details», wie es im Brief hiess, wurde von niemand Geringerem als Maria Gisel selbst bestätigt. Warum sie ihre eigenen Erlebnisse nun als «Fantasie-Schilderung» bezeichnet, bleibt schleierhaft. Gisel war nicht zu erreichen.

*Namen geändert

«O diese Wurst»

Gemäss «Kassensturz» enthalten fast die Hälfte der Cervelats zu viele Keime. Die Konsumenten reagieren erstaunlich gelassen. Der Schweizer lässt sich seine Nationalwurst nicht miesmachen – zu Recht. *Von Rico Bandle*

Mit hängenden Schultern stand der Vertreter von Coop dem «Kassensturz»-Moderator Ueli Schmezer Rede und Antwort. Ja, man sei nicht erfreut über das Resultat. Ja, man habe es nicht geschafft, den eigenen Qualitätsansprüchen gerecht zu werden. Und ja, man wasche die Wurstschneidemaschine nun nicht mehr dreimal täglich, sondern alle ein bis zwei Stunden. Das waren die reumütigen Worte eines Mannes, der bezichtigt worden war, die Schweizer Nationalwurst verunreinigt unters Volk gebracht zu haben.

Seit dem legendären Ravioli-Test in den 1970er Jahren trumpfte der «Kassensturz» nur noch selten so gross auf wie letzte Woche. 36 bei Metzgereien und Grossverteilern gekaufte Cervelats liess die Konsumentensendung testen, 15 davon enthielten mehr Keime, als der Toleranzwert zulässt – für das Schweizer Fernsehen ein «vernichtendes Resultat». Ueli Schmezer setzte jene kämpferisch-empörte Miene auf, die er immer dann aufsetzt, wenn wieder einmal eine Oma eine überteuerte Heizdecke angedreht bekommen hat. Es folge nun «eine *grusige* Geschichte über verdorbene Ware, die so nicht in den Verkauf gehört», kündete er den Beitrag an. Sein Urteil war klar: «Das ist mehr als unappetitlich!» Und, als zweifelte er an der Auffassungsgabe der Zuschauer, fasste er nach dem Beitrag noch einmal zusammen: «Wir haben viele *grusige* Würste gesehen.»

Die angeblich so *grusigen* Würste lösten die erwünschte Reaktion aus – vorerst zumindest: Die Zuschauerzahl lag über dem «Kassensturz»-Durchschnitt, andere Medien griffen das Thema auf. Zwei Tage lang waren die keimhaltigen Cervelats ein Quotenrenner auf den Online-Nachrichtenportalen, die Leser gaben Hunderte von Kommentaren ab. Sofort wurden Experten befragt – ausnahmsweise waren sie sich alle einig: Die Keime seien für die Gesundheit völlig ungefährlich; in anderen Würsten, zum Beispiel im Salami, seien sie sogar gewollt. Und überhaupt, solche Keime kämen überall vor. Ein Fazit, auf das man auch ohne Expertenwissen hätte kommen können: Sonst hätte die halbe Schweiz den Sommer über mit Durchfall auf der Toilette verbracht.

Jetzt erst recht einen Cervelat

Die bemerkenswerteste Reaktion kam von den Konsumenten: gar keine. Der Detailhändler Coop sagt auf Anfrage, man habe keine grösseren Schwankungen beim Cervelat-Verkauf

festgestellt, als sie witterungsbedingt ohnehin üblich seien. Auch Oskar Peter, Inhaber der legendären Metzgerei Schmid in St.Gallen, deren Wurst im Test besonders schlecht abgeschnitten hat, will von einer Umsatzeinbusse nichts wissen. Er habe am Tag nach der Ausstrahlung einige anonyme Beschimpfungen erhalten, man produziere und verkaufe aber gleich viele Stumpen wie zuvor. Stumpen, so heisst der Cervelat in der Ostschweiz. «Einige Kunden, die sonst jeweils Bratwürste kaufen, haben nun erst recht einen Stumpen gekauft», sagt Peter. Getroffen ist vor allem sein Stolz: Er wolle nun selbst Tests in Auftrag geben, um zu beweisen, dass seine Würste einwandfrei seien.

65 Millionen «grusige» Würste

Die Gelassenheit der Konsumenten zeigt: Der mediale Wirbel um den Cervelat ist für die Mehrheit der Leute pure Unterhaltung – genauso wie ein Liebesdrama bei der nach der Wurst benannten Prominenz. Das war schon 2008 so, als die EU die Einfuhr der für den Cervelat benötigten brasilianischen Rinderdärme verbot und die Schweiz einen Cervelat-Notstand befürchtete. Im letzten Moment konnte die nationale Versorgung noch sichergestellt werden – die ganze Schweiz bangte mit.

Mit dem Cervelat ist eigentlich nicht zu spassen. Er schmeckt nicht nur ausgezeichnet,

zum Beispiel in den Älplermagronen oder als gebratene Wurstscheiben unter den Kartoffelstock gemischt, er ist so vielfältig einsetzbar wie das Schweizer Taschenmesser, mit dem man die Wurst an den beiden Enden einschneidet: Sie kann roh, gekocht oder gegrillt gegessen werden. Somit ist der Cervelat die ideale Wurst für jene Väter, die Mühe mit dem Feuermachen haben: Wollen die Flammen nicht anspringen, sind keine weinenden Kinder zu befürchten, die Wurst kann trotzdem gegessen werden. Und wenn die Glut perfekt ist: Keine Wurst lässt sich so gut auf einen Stock aufspießen wie der Cervelat.

Der Cervelat ist die mit Abstand beliebteste Wurst der Eidgenossen: 160 Millionen Stück werden jährlich produziert, so die Schätzung des Fleisch-Fachverbandes, das macht 20 pro Einwohner. Rechnet man die «Kassensturz»-Resultate hoch, so würden die Schweizer jährlich 65 Millionen *grusige* Würste essen – ohne dass jemand etwas davon gemerkt hätte. Woran ist nun etwas faul, am Cervelat oder an den übermässigen Hygieneansprüchen solcher Tests?

Der «Kassensturz» würde heute wohl auch jene Wurst für ungeniessbar erklären, die der Autor Robert Walser 1917 so inbrünstig besang: «O diese Wurst, ich schwöre, sie war herrlich.» ○



Keiner lässt sich so gut aufspießen wie der Cervelat.

Die Geschäfte mit der Empörung

Skandale sind in der Demokratie ein wichtiges Mittel, um Missstände und Fehlverhalten aufzudecken. Aber wenn im moralischen Aufruhr die Vernunft vergessen geht, können die Folgen gefährlich sein. Zum Beispiel für die Wirtschaft. *Von Silvio Borner und Manuela Merki*



Übertreibungen und Verzerrungen: Fukushima.

Das politische Sommertheater ist dieses Jahr ausgeblieben. Die Legislaturperiode ist noch jung. Das mediale Aufbäumen wegen eines neuen Skandals kommt aber bestimmt. Skandale und durch sie ausgelöste Empörungswellen sind schon fast zur ganz normalen Begleiterscheinung des politischen Prozesses geworden.

Abzockerwelle vertagt

Spätestens im März 2013, wenn die Minder-Initiative zur Abstimmung kommt, die Unternehmen ihre Generalversammlungen abhalten und die Spitzen-Entschädigungen publizieren, dürften die Wogen wieder höher gehen. Die an sich brisant hohen Gehälter, Abgangsentschädigungen oder Boni dienen gleichzeitig einer Stellvertreterdebatte für ein breitgefächertes Unbehagen gegenüber den Märkten. Aus Elite-, Filz- und Misswirt-

schaftskritik wurde eine Gerechtigkeitsdiskussion und schliesslich ein Finanzmarkt-Bashing. Löhne sind medientauglich: einfach verständlich, persönlich, emotionalisier- und moralisierbar. Boni sind so zum kapitalistischen Grundübel schlechthin avanciert. Die Medien und das sensationshungrige Publikum profitieren davon, ebenso politische Akteure, denen breite Entrüstungskampagnen willkommene Profilierungsmöglichkeiten bieten.

Gute und weniger gute regulatorische Änderungen sind bereits aus diesem Sturm hervorgegangen. Weitere werden folgen, nicht nur, weil sich das Thema wie kaum ein anderes für die mediale und öffentliche Entrüstung eignet, sondern auch, weil die Wirtschaftsvertreter die Debatte falsch eingeschätzt und durch ihr arrogantes und ignoranten Reagieren zusätzlichen Zündstoff geliefert haben.

Die Politisierung der Lohnstruktur hat sich vom unteren Rand (Minimallohn) an den oberen verschoben und so den Boden für ziemlich extremistische Vorstösse vorbereitet.

Medien-Ereignisse wirken

Echte wie auch nur vermeintliche Skandale zeigen häufig Wirkung auf institutioneller Ebene, sei es im Fall der Zwei-Milliarden-Boni der UBS trotz staatlicher Unterstützung, der Devisengeschäfte des Nationalbank-Präsidenten, der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Eidgenössischen Steuerverwaltung oder der

Die Politisierung der Lohnstruktur hat sich vom unteren Rand an den oberen verschoben.

Auswahlverfahren von Bundesratskandidaten (Zuppiger, SVP), Staatssekretären (Boutellier) oder Militärs (Nef). Aber auch tragische Umweltkatastrophen wie die von Fukushima oder der Deepwater Horizon werden gezielt skandalisiert und so für die Empörungsbewirtschaftung genutzt. Dramatisch zugespitzte öffentliche Empörungswellen können leicht überschwappen und Resultate bringen, die weit über den Kreis der involvierten Personen, Unternehmungen oder Branchen hinausgehen. Eine unreflektierte, übereilte Energie-wende könnte zum Beispiel die gesamte Wirtschaft mit Wachstums- und Wohlstandsverlusten eindecken. Analoges gilt für immer kompliziertere Vorschriften zur Corporate Governance und die daraus resultierende Standortverschlechterung.

Skandale sind ein wichtiges Mittel, um Missstände und Fehlverhalten aufzudecken. Sie tragen zur Klärung gesellschaftlicher Standpunkte bei und fordern Verantwortung ein. Unerwünschtes Verhalten wird sanktioniert, bestehende gesellschaftliche Normen werden ausgedeutet, Spielregeln neu verhandelt. Skandale und die Reaktionen darauf sind, so gesehen, ein produktiver Treiber des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses.

Skandale haben mehrere Gesichter

Skandale haben jedoch nicht nur dieses positive Gesicht. Wenn die existierenden Regeln und Institutionen nicht in der Lage zu sein scheinen, mit dem Skandal umzugehen, so schafft dies Verunsicherung und führt zu einem Vertrauensverlust. Die Emotionalisie-

rung macht die Diskussion anfällig für Übertreibungen und Verzerrungen. Die Psychologie hat seit längerem nachgewiesen, dass Gefühle wie Entrüstung, Wut oder Neid stärker wirken als bewusste Reflexion. Skandale können zudem eine starke Eigendynamik entwickeln und sogenannte Kaskadeneffekte auslösen.

Verärgerung, Misstrauen, falsche Eile und eine lückenhafte Informationsgrundlage sind jedoch schlechte Voraussetzungen für Verbesserungen von Institutionen oder Spielregeln. Empörungswellen sind daher leider nicht nur ein «netter» oder gar unterhaltsamer Korrekturmechanismus. Sie tragen in sich den Keim für Übertreibungen und Fehlreaktionen. Die neuen Regulierungen würden in manchen Fällen zwar tatsächlich frühere Fehlentwicklungen verhindern. Ihre kreativen Umgehungen führen häufig aber zu neuen.

Gefährliche Symbiose mit den Medien

Skandale haben aber noch ein drittes Gesicht, das besonders aus politökonomischer Optik interessant ist. Sie kompromittieren den Status quo und hebeln diesen quasi aus. Nichtstun ist politisch wenig attraktiv, wenn nicht gar tödlich – auch wenn es manchmal genau das Richtige wäre. Nichtstun scheint zu signalisieren, eine Wiederholung des Skandals – sei dies nun eine Kernschmelze oder ein Fehltritt

schen Höchst- und Tiefstlöhnen (etwa 1:12) einzutauschen. Skandale schaffen also Gelegenheiten, die im Normalfall unvorstellbar wären. Beinahe wäre der Abzocker-Initiative eine neue Steuer (Bonussteuer) als Alternative gegenübergestellt worden.

In einer direkten Demokratie mit vielen Vetospielern kommt dem Status quo ein besonderes Gewicht zu. Er ist besonders stabil, was es unter normalen Umständen schwierig macht, davon loszukommen. Umso beliebter wird deshalb das Reiten von Empörungswellen, die den Status quo überrollen. Kommt hinzu, dass die nötige öffentliche Aufmerksamkeit – für direkt gewählte Politiker ein kostbares Gut – garantiert ist. Im Rahmen unserer Analyse konnten wir zeigen, dass die Häufigkeit von Skandalen nicht nur mit der Qualität der Regulierungen und der Medienfreiheit zusammenhängt, sondern auch mit dem Demokratisierungsgrad.

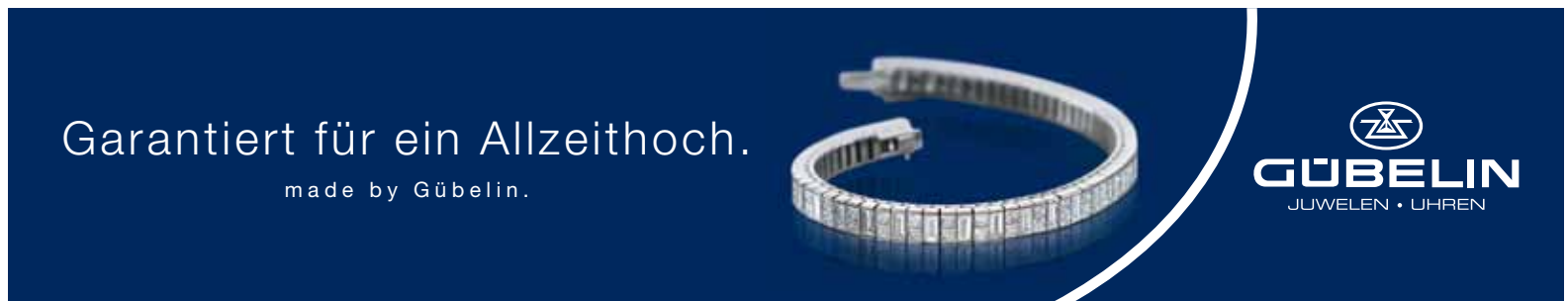
Institutionelle Schutzmechanismen

Das Gute ist: Informationsfreiheit und -wettbewerb sind zentrale Faktoren, um die Vorteile von Skandalen zu nutzen, jedoch Fehl- und Überreaktionen möglichst zu vermeiden. Im schweizerischen politischen System existieren zudem verschiedene Mechanismen, die die Informationsverzerrung und die Gefahren der politischen Instrumentalisierung abschwächen:

Die Langsamkeit der politischen Mühlen mag ab und zu ärgerlich sein. Sie ist aber gerade bei medialen Empörungswellen heilsam. Wäre der GAU in Fukushima nicht vor dem Wahltermin geschehen, hätten sich Bundesrat und Parlament wohl auf den vernünftigen Marschhalt bei den Neubaugesuchen für AKW beschränkt. Die voreilige und opportunistische Verkündung des definitiven Ausstiegs aus der Kernenergie in einer fernen und ungewissen Zukunft zeigt bereits heute, wie gefährlich Schnellschüsse mit grosser Reichweite sein können. Trotz wachsender Skepsis wird es schwierig werden, wieder auf den Boden der Vernunft zurückzukrebsen.

Die Gesetzesvorlage zum Atomausstieg wird im September in Vernehmlassung gehen – angesichts ihrer langfristigen Bedeutung wohl immer noch zu früh. Im Falle der «Abzocker»-Initiative werden zwischen dem Einreichen und der Abstimmung fast fünf Jahre verstrichen sein. Vielleicht hat es gerade deshalb so lange gedauert, weil sich die Emotionalität bei diesem Thema nie wirklich gelegt hat. Trotzdem hätte man diese lange Verhandlungsphase besser nutzen und die Initiative so als überflüssige Zwängerei isolieren können.

Dass in letzter Zeit immer mehr extreme Initiativen angenommen werden, lässt auf wachsende Funktionsstörungen in unserem politischen System schliessen. Im Direktver-



Garantiert für ein Allzeithoch.
made by Gübelin.

GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

eines Notenbankers – in Kauf zu nehmen. Die politischen Akteure fühlen sich zum aktiven und häufig radikalen Handeln verpflichtet.

Die Verhandlungspositionen und die Kräfteverhältnisse werden so neu aufgemischt. Kernenergie, unternehmerische Freiheit oder Unabhängigkeit der Notenbank können auf einen Schlag ihre soliden Mehrheiten verlieren. Und wer es schafft, das Skandalthema dominant zu besetzen, kann im betroffenen Politikfeld Richtung und Intensität neuer Regulierungen wesentlich vorprägen. Dabei kann es sich durchaus lohnen, mit extremen Positionen weit über die eigenen Ziele hinauszuschiessen. Man bekommt nicht bloss hohe mediale Präsenz, sondern auch Spielraum für spätere Zugeständnisse, die einem nicht weh tun. So nach dem Motto: «Ihr dürft ja die AKW noch ein ganzes Weilchen weiter betreiben...»

Oder man kann die proklamierte absolute Lohnobergrenze gegen eine Relation zwi-

chen: der Vernehmlassungsprozess in beiden Kammern etwa, das fakultative Referendum oder im Fall der Volksinitiative (Ventil für Populismus par excellence) auch die erst nachträgliche Ausformulierung des Gesetzes oder der direkte Gegenvorschlag. Auch die vielbeklagte Langsamkeit der Verfahren kann Empörungswogen glätten.

All dies hilft, Informationsverzerrungen zu korrigieren, konträre Interessen einzubinden, die Emotionen zu beruhigen und die aufgeregte Diskussion auf eine sachliche Ebene zurückzubringen. Dies gelingt leider längst nicht immer – und immer weniger. Wenn wichtige Gruppen sich aus der Diskussion heraushalten oder zu wenig Engagement zeigen, überschlägt sich die Woge der Entrüstung. Das Prinzip Hoffnung (häufig unter dem Titel «Vernunft der Stimmbürger») garantiert immer seltener ein ausgewogenes Schlussergebnis.

gleich zwischen abzockenden Managern und sich selbst bedienenden Notenbankern kann man offenlassen, was (oder wer) mehr volkswirtschaftlichen Schaden angerichtet hat. Die volkswirtschaftlichen Kosten der politischen Reaktionen sind im eher vertuschten als aufgebauchten SNB-Fall aber sicher deutlich geringer als bei einer Annahme der Minder-Initiative. Im ungünstigen Fall übertreffen die volkswirtschaftlichen Kosten der politischen Antwort auf Skandale schnell diejenigen des ursprünglichen Problems.

Silvio Borner ist emeritierter Professor für Nationalökonomie und Direktor der «WWZ Summer School» an der Universität Basel sowie *Weltwoche*-Kolumnist. **Manuela Merki** hat im Rahmen ihrer Dissertation unter seiner Betreuung die Funktionsweise von Skandalen aus einer polit-ökonomischen Perspektive untersucht: «Skandale – Eine ökonomische Betrachtung». Tectum Verlag, 2010

Der gute Mensch von Cham

Er herrscht über ein dreistelliges Millionenvermögen, doch in der Öffentlichkeit war Guido Fluri bis anhin kaum bekannt. Kürzlich kaufte der Immobilien-Tycoon die Marke «Miss Schweiz». Wer ist dieser Mann? Was will er? *Von Alex Baur und Dan Cermak (Bild)*

Es war ein langes Sterben in vielen Akten. Objektiv konnte man es messen an den Quoten, die seit zehn Jahren – mit Schwankungen, aber in der Tendenz eindeutig – sanken und sanken. Fieberte 2001 noch über eine Million Zuschauer bei der Kür der Schönsten der Schönen vor dem Fernseher mit, waren 2011 bloss noch 400 000 bei der Wahl der Miss Schweiz live dabei. Das Schweizer Fernsehen (SF) schmiss die Sendung im letzten Herbst aus dem Programm. Verhandlungen mit neuen Sponsoren und privaten TV-Sendern scheiterten, in der Kasse der Miss Schweiz Organisation AG klaffte ein Loch von 300 000 Franken. Heuer hat die Schweiz erstmals seit vielen Jahren keine neue Schönheitskönigin mehr gekürt.

Mit dem Reiseveranstalter TUI setzte sich bereits 2009 ein wichtiger Sponsor ab. Die Missen, so die Begründung, passten «zurzeit nicht in die Marketingstrategie» der Firma. Bei seinem Amtsantritt Anfang 2011 kündigte SF-Unterhaltungschef Christoph Gebel an, man erwäge die Absetzung der Sendung. Die Miss-Wahl gehöre nicht zu den Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Senders, doppelte der Publikumsrat nach. Statt der neugekürten Miss – wie hiess sie schon wieder? – stand nach der letzten Wahl die Sendung an sich im Fokus der Kommentatoren: Pannen beim Wahlprozedere, schwache Leistung der Moderatoren – und am Ende blieb noch ein Tamponfaden, der unter knappen Damen-Shortys angeblich herumbaumelte.

Eine Tellerwäscher-Karriere

Sind Miss-Wahlen einfach «nicht mehr zeitgemäss», wie Unterhaltungschef Gebel entschuldigend antönt? Steht die Schönheit der Frau etwa nicht mehr im Vordergrund? Sind die angeblich viel wichtigeren «inneren Werte», die bei jeder Miss-Wahl immer wieder krampfhaft bemüht werden, vielleicht doch mehr als nur heuchlerisches Geschwätz? Die boomenden Casting-Shows auf den deutschen Kanälen, allen voran «Germany's Next Topmodel», lassen daran zweifeln.

Das Problem lag offensichtlich auch beim Staatsfernsehen, das generell an schwindenden Quoten leidet und es nicht schaffte – oder wollte man es gar nicht schaffen? –, die Miss-Wahl in ein erfolgreiches Format einzubetten.

Doch ohne den Monopolsender ist ein derartiger nationaler Event kaum umsetzbar.

Der Tiefpunkt schien erreicht, als im letzten Mai eine Firma, die via Internet Sexkontakte vermittelt, sich als Hauptsponsor der serbeldnen Miss-Schweiz-Organisation anerbote. Mit seinem Klamaukstreifen «Das Missen-Massaker», der in diesen Tagen in den Kinos angelaufen ist, scheint Regisseur Michael Steiner den Übergang von der Tragödie zur Komödie punktgenau getroffen zu haben. Um die traditionsreiche Institution Miss Schweiz zu retten,

Der Selfmademan aus dem Kanton Zug gilt als Spezialist für heruntergekommene Firmen.

so scheint es, braucht es fast ein Wunder. Doch es gibt mindestens einen, der fest daran glaubt: Guido Fluri, ein millionenschwerer Unternehmer aus dem steuergünstigen Cham ZG, der bislang in der Öffentlichkeit kaum bekannt war. Am 1. August übernahm er die Miss-Schweiz-Organisation AG völlig überraschend.

Auf den ersten Blick spricht einiges gegen Fluri, der mit der Showbranche so gut wie nichts am Hut hat. Eigentlich hat er nur ein Argument auf seiner Seite, allerdings ein gewichtiges: Der Selfmademan aus dem Kanton Zug gilt als Spezialist für heruntergekommene Firmen; und wenn er etwas in die Finger nimmt, dann zieht er es gegen sämtliche Widerstände durch. Fluri ist einer, der als Geschäftsmann immer gegen den Strom schwamm, einer, der stets dort gross herauskam, wo andere bereits gescheitert waren. Hinter seinem unscheinbaren Auftritt verbirgt sich denn auch eine Tellerwäscherkarriere, wie man sie sonst nur aus amerikanischen Legenden kennt.

Wir treffen Guido Fluri – Mittvierziger, sportliche Figur, etwas bleich, vife dunkle Augen, die den Sichtkontakt nicht scheuen – in einer lauschigen Ecke auf seinem Gutshof auf der Halbinsel Hertenstein bei Weggis: gegen zwei Hektaren mit Seeanstoss, ein Bootshaus in der Grösse eines Einfamilienhauses, atemberaubendes Panorama (Rigi, Bürgenstock, Pilatus), per Motorboot nur wenige Minuten vom jettauglichen Flugplatz Buochs entfernt. Für dieses Anwesen, so wird in der



Immer gegen den Strom: Unternehmer Fluri auf

Gegend gemunkelt, hätten Milliardäre aus dem Ausland schon siebzig Millionen geboten, was Fluri weder dementieren noch bestätigen mag. Nein, über Geld will er nicht sprechen, stattdessen über seine wohltätigen Stiftungen. Oder über den nächsten sozialen Event, den er auf dem Gutshof durchführen will, den er um kein Geld der Welt verkaufen würde (also spielt der Preis auch keine Rolle).

Guido Fluri ist ein Unternehmer, der irritiert. Im letzten Januar schrieb der *Tages-Anzeiger* unter dem Titel «Millionenprofit, ohne einen Finger zu rühren» einen seitenfüllenden Aufmacher über einen von Fluris jüngsten Deals. In Greifensee ZH hatte er eine



dem Vierwaldstättersee.

in die Jahre gekommene Blocksiedlung mit 96 Wohnungen für 30 Millionen Franken gekauft, in Stockwerkeigentum umgewandelt und, zu einem grossen Teil an die Mieter, für 38 Millionen weiterverkauft. Man rechne.

Ist das nun gut oder schlecht? Natürlich sind derartige Gewinne aus der Sicht eines *Tagi*-Journalisten verwerflich, selbst wenn der Staat einen Drittel davon an Steuern einsackt (dass die Aufteilung der Liegenschaft mit einem grossen Aufwand verbunden war, wurde übersehen). Andererseits: Dank tiefer Hypothekarsätze zahlen die neuen Besitzer weniger Zins, als sie früher an Miete bezahlten.

Der Deal ist typisch für Fluri. Er hätte die Wohnungen auch sanieren und teurer vermieten können. Die Vorbesitzerin, eine Pensionskasse, wollte ebendies tun, scheiterte aber am Widerstand der Mieter – worauf sie die Liegenschaften entnervt und relativ günstig an Fluri abtrat. Dieser fand den Draht zu den Betroffenen offenbar. Jedenfalls gingen die Wohnungen weg wie warme Semmeln.

Wie man weiter lesen konnte, lässt Guido Fluri rund einen Drittel seiner Gewinne in eine Stiftung fliessen, die seinen Namen trägt und auf drei Gebieten tätig ist: Hirntumore, Schizophrenie und Gewalt an Kindern. Die

Guido-Fluri-Stiftung unterstützt dabei Forschungsprojekte, betreibt Aufklärungsarbeit und finanziert auch mal mittellosen Betroffenen im In- und Ausland eine dringend nötige Operation.

Sein letztes Projekt war ein Kompetenzzentrum für Hirnchirurgie beim Sankt-Anna-Spital in Luzern, an dessen Entstehung Fluri massgeblich beteiligt war. Denn der Immobilienunternehmer, dessen Vermögen auf mehrere hundert Millionen Franken geschätzt wird (genaue Zahlen sind nicht bekannt), stellt nicht nur die finanziellen Mittel zur Verfügung – er engagiert sich auch persönlich.



Der Schlüssel liegt bei der Selektion: Miss Schweiz 2011, Alina Buchschacher.

Es entsteht fast der Eindruck, als wäre hier eine Art spekulierender Robin Hood am Werk, der ohne falsches Mitleid einkassiert, aber auch selbstlos ausgibt.

Nur passt das Bild vom Raubritter nicht recht zu diesem Mann, der bei all seinem Reichtum und seiner Macht bescheiden, ja fast schüchtern wirkt, jedes Wort auf die Goldwaage legt und sich selbst dauernd zu hinterfragen scheint.

Das Klischee des Gutmenschen passt allerdings ebenso schlecht zu ihm. Denn abgesehen davon, dass Gutmenschen nur grosszügig mit Geld umgehen, solange es nicht ihr eigenes ist, tun sie dies in erster Linie, um sich selber als moralisch überlegene Menschen zu fühlen. Doch wenn Guido Fluri von seinen Projekten schwärmt, hat man eher das Gefühl, es mit einem Getriebenen zu tun zu haben – einem, der gar nicht anders kann, als sich zu engagieren. Der Schlüssel liegt wohl in seiner Geschichte.

Er lernte Tankstellenwart

Guido Fluri wurde am 10. Juli 1966 als uneheliches Kind einer 17-jährigen Serviertochter geboren. Den Vater lernte er nie kennen, seine Mutter, die kurz nach seiner Geburt an Schizophrenie erkrankte, war nicht in der Lage, für den Burschen zu sorgen. Nach diversen Fremdplatzierungen, unter anderem auch im Kinderheim Mümliswil im Solothurner Jura, kam er schliesslich zu seinen Grosseltern in Matzendorf SO. Doch es war, als würde ihn das Pech verfolgen: Als er acht Jahre alt war, starb sein Grossvater an Krebs, zwei Jahre später brannte das Haus der Grossmutter nieder, mit zwölf verlor Guido den Onkel, seine letzte Identifikationsfigur, bei einem Verkehrsunfall.

Guido war ein Einzelgänger, ein recht verstockter Bursche, einer, der nie still in der Schulbank sitzen konnte. Heute würde man ihn wohl mit Ritalin vollpumpen. Obwohl es ihm an Intelligenz sicher nicht mangelte, schaffte er die Volksschule nur mit Ach und Krach. Ein verständnisvoller Lehrer verhinderte, dass er in der Hilfsschule landete, wo man damals hoffnungslose Fälle bis zum Ende der Schulpflicht versorgte. Eine Lehre als Spengler, die er widerspenstig angetreten hatte, musste Guido nach einem Jahr wegen

Im Alter von dreissig Jahren war Guido Fluri ein gemachter Mann mit Privatchauffeur und Villa.

mangelhafter schulischer Leistung abrechnen. Auf Betreiben seines Vormundes trat er eine Lehre als Tankstellenwart an. Benzin einfüllen, Ölstand und Luftdruck prüfen, Autofenster putzen – mehr traute man ihm nicht zu.

Doch Guido Fluri war nicht nur ein Einzelgänger, er war auch sparsam. Kaum volljährig, ergatterte er in Matzendorf 700 Quadratmeter Bauland für 60 000 Franken. 5000 Franken konnte er aus der eigenen Tasche zahlen, den Rest holte er bei der Bank. Diese finanzierte auch das Zweifamilienhaus, das Fluri auf das Grundstück baute. Stets getrieben von der Angst, plötzlich kein Dach mehr über dem Kopf zu haben, wollte der Bursche die eine der beiden Wohnungen für sich selber nutzen; die andere sollte ihm bei der Finanzierung seines Kredits helfen. Doch kaum war der Bau fertig, bekam Guido Fluri ein verlockendes Angebot. Nach dem Verkauf blieb ihm ein Gewinn von 250 000 Franken. Das war der

Grundstock, aus dem ein Millionenvermögen entstehen sollte.

Wir schreiben die späten 1980er Jahre. Zwangensparte Pensionskassenmilliarden haben in der Schweiz eine gigantische Bonanza auf dem Immobiliensektor ausgelöst. Die Bodenpreise explodieren. Guido Fluri ist nicht der einzige Habenicht, der die Gunst der Stunde zu nutzen weiss. Mit sicherem Instinkt macht er unterbewertete Liegenschaften ausfindig, kauft und verkauft. Doch er hütet sich vor übermässigen Schulden. Seine grossen Coups landet er erst, als die Immobilienblase 1989 platzt, als ein Spekulant nach dem andern in den Konkurs trudelt und die Liegenschaften billig verhökert werden. Erst jetzt setzt Guido Fluri seine Reserven ein und geht auf grosse Einkaufstour.

Durchbruch nach der Dotcom-Blase

Gegen den Trend investieren, das war stets Fluris Mantra. Das Prinzip klingt einfach: Wenn die Preise steigen und alle kaufen, soll man verkaufen; wenn die Kurse dagegen fallen und alle verkaufen, dann kann man billig einkaufen. Das klingt simpler, als es ist. Denn es funktioniert nur, wenn man die Entwicklung der Märkte antizipiert. Schulversager Fluri hatte den richtigen Riecher. Ende der 1990er Jahre stiess er seine Billigliegenschaften auf dem Land ab. Nach der Jahrtausendwende, nachdem die Dotcom-Blase geplatzt war, setzte er auf zentrale und teure Lagen, die nun relativ günstig zu haben waren. Damit schaffte er den ultimativen Durchbruch.

Im Alter von dreissig Jahren war Guido Fluri ein gemachter Mann mit Privatchauffeur und Villa im Grünen. Das sind die Utensilien, mit denen sich Reiche und Superreiche in der Regel eine attraktive, junge und entsprechend teure Frau angeln. Barbara war zweifellos schön. Er traf sie zufällig beim Baumarkt Sponagel, sie arbeitete dort beim Kundendienst, und der notorische Einzelgänger wusste auf den ersten Blick – auch hier verliess er sich blind auf seinen Instinkt –, dass sie und nur sie die Richtige war. Mit Geld war Barbara allerdings nicht zu beeindrucken, und mit einem protzigen Ferrari konnte er bei ihr erst recht nicht punkten. Daran hat sich seither wenig geändert.

Die beiden haben mittlerweile drei Kinder und sind seit zwölf Jahren verheiratet. Doch Barbara Fluri ist dieselbe Person geblieben, die sie schon damals war, an der Kasse bei Sponagel: unkompliziert, herzlich, bodenständig, direkt. Heute arbeitet sie bei Fluris Stiftungen. All die Millionen, so hat man das Gefühl, haben auch Guido Fluri nicht wirklich verändert. Vergeblich sucht man bei ihm jene Überheblichkeit, die man Neureichen nachsagt.

«Warum, Herr Fluri, haben Sie eigentlich ein Vermögen angehäuft, das Sie in Ihrem ganzen Leben nicht vernünftig ausgeben können?» Er antwortet ohne zu zögern: «Exis-



Beraterin: Ex-Miss Tanja Gutmann.

zungenangst, die Angst, mit leeren Händen dazustehen, sie hat mich von klein auf geprägt und getrieben.» Diese Angst wäre heute natürlich irrational, meint er weiter, doch unbewusst sei sie wohl nie ganz verschwunden. Immerhin habe ihm das Geld die Freiheit gegeben, sich auch anderen Dingen zu widmen, die ihm wichtiger erschienen. Seiner Stiftung eben.

Zurückgekehrt, um Gutes zu tun

Guido Fluri ist untrennbar mit seiner Geschichte verbunden. Selbst sein Engagement im Kampf gegen den Hirntumor hat damit zu tun, dass er selber von einem solchen Leiden betroffen war. Vor einem Jahr kaufte er das mittlerweile leerstehende Kinderheim von Mümliswil, in dem er eine kurze Phase seiner Kindheit verbracht hatte. Dort soll eine Gedenkstätte zum Verding- und Heimkinderwesen entstehen. Fast gleichzeitig kaufte Fluri das Restaurant «Sternen» im heimatlichen



Chefs: Karina Berger, Thomas Russenberger.

Matzendorf, das vor dem Ruin stand. Das Dorfleben drohte zu veröden, zahlreiche Vereine standen auf der Strasse. Fluri renovierte den Landgasthof. Da sich kein geeigneter Pächter fand, gründete er halt eine eigene Betriebsgesellschaft. Und da Guido Fluri keine halben Sachen mag, kaufte er auch gleich nebenan den Landgasthof «Sonne», um auf dem Grundstück eine neue Coop-Filiale zu errichten.

Solche Dinge passieren normalerweise nur im Kino oder im Theater. Etwa in Dürrenmatts Drama «Der Besuch der alten Dame», bloss andersherum. Der Millionär, der aus der Gosse kam, kehrt an die Stätte zurück, wo er als Kind gelitten hat – in diesem Fall allerdings nicht, um sich zu rächen, sondern um Gutes zu tun. Nur wäre Fluri nicht Fluri, wenn er das Gute nicht mit dem Nützlichen verbinden würde. Anders als der gute Mensch von Sezuan in Bert Brechts gleichnamigem Stück scheitert der gute Mensch von Cham nicht am Kapitalismus; er macht ihn sich vielmehr zunutze.

Die Investition in Matzendorf wird kaum je eine Goldgrube, doch auf die Dauer sollte sie für alle einen Gewinn bringen. Dasselbe gilt für das Engagement bei der Miss Schweiz, das perfekt ins antizyklische Muster passt, mit dem Fluri bislang stets reüssierte: in ein Geschäft einsteigen, wenn es am Boden liegt. Eingefädelt wurde der Deal über den Werbe- und Marketingspezialisten Roni Haug, mit dem er seit Jahren geschäftlich und privat verbunden ist. Eine beratende Funktion hatte auch die Ex-Miss-Schweiz Tanja Gutmann, die sich im Showbusiness bestens auskennt und nebenamtlich für Fluris Stiftung arbeitet.

«Die Angst, mit leeren Händen dazustehen, sie hat mich von klein auf geprägt und getrieben.»

Für Gutmann ist klar: Das Konzept der Miss Schweiz bedarf einer grundlegenden Erneuerung. Sie glaubt, dass Fluri dafür genau der Richtige ist: «Wenn Guido etwas anpackt, dann lässt er nicht mehr locker.» Die Herausforderung liegt darin, die etwas verstaubte Marke «Miss Schweiz», die von Silvia Affolter über Melanie Winiger bis Christa Rigozzi eine Reihe bekannter Persönlichkeiten hervorgebracht hat, aufzuwerten und einem zeitgemässen Frauenbild anzupassen, ohne gleich alles über den Haufen zu werfen.

Natürliche Schönheit und Sex-Appeal werden immer ein zentrales Anliegen bleiben, doch das allein reicht nicht mehr. Fluri schweben starke Frauen vor, die auch etwas zu sagen haben, etwas darstellen und über Entwicklungspotenzial im Showbusiness verfügen. Der Schlüssel liegt bei der Selektion der Kandidatinnen. Als beschlagener Geschäftsmann wird er sich nicht ins Tagesgeschäft einmischen. Die operative Leitung kommt neu in die Hände der Ex-Miss und bisherigen Missen-Betreuerin Karina Berger sowie ihrem Gatten Thomas Russenberger, einem ehemaligen Banker. Die SF-Oberen sollen es noch bereuen, dass sie die Missen ziehen liessen. ○



ARVI SA · Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano

T +41 (0)91 649 32 88
F +41 (0)91 648 33 75
info@arvi.ch · www.arvi.ch

FÜR JEDEN GESCHMACK DER RICHTIGE WEIN DIREKT NACH HAUSE!

WWW.ARVI.CH

SAFFREDI –
FATTORIA LE PUPILLE
ELISABETTA GEPPETTI
2009

CHF 48.60
Ab 36 Flaschen
CHF 45.35

ARVI-HIGHLIGHTS DER WOCHE

<p>Le Difese – Tenuta San Guido 2010 CHF 19.45 Ab 36 Flaschen CHF 18.35</p> <p>Guidalberto (2nd Vin Sassicaia) – Tenuta San Guido 2010 CHF 30.25 Ab 36 Flaschen CHF 29.15</p> <p>Le Volte – Tenuta dell'Ornellaia 2010 CHF 20.50 Ab 36 Flaschen CHF 19.45</p> <p>Amarone Costasera – Masi 2008 CHF 32.40 Ab 36 Flaschen CHF 31.30</p> <p>Tignanello – Antinori 2009 CHF 61.55 Ab 36 Flaschen CHF 59.40</p> <p>Le Cupole – Tenuta di Trinoro 2010 CHF 28.10 Ab 36 Flaschen CHF 25.90</p> <p><small>Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Transport nicht im Preis enthalten.</small></p>	<p>Saffredi – Fattoria le Pupille Elisabetta Geppetti 2008 CHF 48.60 Ab 36 Flaschen CHF 45.35</p> <p>Il Carbonaione – Podere Poggio Scalette 2009 CHF 37.80 Ab 36 Flaschen CHF 34.55</p> <p>Testamatta – Bibi Graetz 2009 CHF 97.20 Ab 36 Flaschen CHF 86.40</p> <p>Champagne Dom Perignon – Moët & Chandon 2003 CHF 135.– Ab 36 Flaschen CHF 129.60</p> <p>Alion – Vega Sicilia 2008 CHF 52.90 Ab 36 Flaschen CHF 51.85</p> <p>Aalto – Aalto 2009 CHF 36.70 Ab 36 Flaschen CHF 34.55</p>
--	---

Gülle zu Gold

Eine neue Generation von Milliardären wie Microsoft-Gründer Bill Gates will nichts weniger, als die grossen Probleme der Menschheit lösen. Vorne dabei sind mit bahnbrechenden Projekten auch Erfinder und Forscher der ETH. Ihr Optimismus steckt an. Denn er ist gut begründet. *Von Markus Schär*



Wettbewerb um die beste Idee: Bill Gates.



«Die Zukunft ist besser als Du denkst»: Peter H. Diamandis.

Wer das Paradies auf Erden schaffen will, kann auf dem stillen Örtchen anfangen. So hält es zumindest der lange Zeit reichste Mann der Welt. «Vier von zehn Menschen weltweit haben keine sichere Möglichkeit zum Kacken», stellte die Bill & Melinda Gates Foundation fest. «Wir brauchen eine Toiletten-Revolution.» Die Stiftung, vom Microsoft-Gründer bisher mit 28 Milliarden Dollar geüffnet, schrieb deshalb unter den führenden Hochschulen der Welt einen Wettbewerb aus: Für die 2,6 Milliarden Menschen, die ihre Notdurft ohne Toilette verrichten müssen – weshalb jährlich 1,5 Millionen Kinder an Infektionen durch Fäkalien sterben –, sollten sie eine sichere und günstige Lösung finden, die ohne Wasserversorgung und Stromnetz auskommt.

Den ersten Preis von 100 000 Dollar gewann bei der «Reinvent the Toilet Fair», die Mitte August in Seattle stattfand, das California In-

stitute of Technology. Es hat eine mit Solarzellen betriebene Toilette entwickelt, die aus Fäkalien Wasserstoff und Strom gewinnt. Einen Anerkennungspreis von 40 000 Dollar erhielt die Eawag, eine der Forschungsanstalten der ETH. Ihr Stehklo trennt Urin und Fäkalien und reinigt die Flüssigkeit mit Membranen immer wieder; deshalb steht für jeden Benutzer der Liter Wasser zur Verfügung, den Hindus und Muslime für ihre Hygiene brauchen.

Diese Geschichte ist nur eine von vielen guten Nachrichten – aber eine exemplarische. Unternehmer, die schon in jungen Jahren Milliardenvermögen machten, weil im Zeitalter der Informationstechnologie eine gute Idee dafür genügen kann, entdecken die Philanthropie. Neben ihrem Vorbild Bill Gates und dessen Mentor, dem Financier Warren Buffett als zeitweise zweitreichstem Mann der Welt, haben seit 2010 einige Milliardäre das «Giving

Pledge» unterschrieben: so der Hedge-Fund-Manager George Soros und der Medien-Tycoon Ted Turner oder die IT-Unternehmer Paul Allen (Microsoft), Larry Ellison (Oracle) und auch Mark Zuckerberg (Facebook). Wie die berühmten Räuber-Barone des amerikanischen Wirtschaftsaufschwungs im 19. Jahrhundert, also John D. Rockefeller (Öl), Andrew Carnegie (Stahl) oder Cornelius Vanderbilt (Eisenbahn), wollen sie die Hälfte ihrer Vermögen weggeben, zumeist noch zu Lebzeiten, um die Welt zu verbessern.

Die neue Generation von Philanthropen will nicht weniger als die grossen Probleme der Menschheit lösen. Die milliardenschweren Unternehmer setzen dabei auf ihr Erfolgsrezept: Sie vertrauen einerseits auf die Innovation durch Technologie, andererseits auf den Markt. Die Evolution – erkannte einst Darwin – wird vorangetrieben vom Wettbewerb

um die bessere Lösung. Deshalb stacheln die Philanthropen, wie Bill Gates bei der Toilette, die weltbesten Forscher mit Preisausschreiben an, die Bedürfnisse der Menschheit mit cleveren Lösungen zu befriedigen. Die originellste Idee für einen Preis hatte der sudanesischer Telekom-Tycoon Mo Ibrahim: Er verspricht eine Abfindung von 5 Millionen Dollar oder eine lebenslängliche Jahresrente von 200 000 Dollar für den afrikanischen Staatschef, der im Amt die Verfassung beachtet und nach dem Ablauf der Regierungszeit freiwillig abtritt.

Eine Leitfigur dieser «Techno-Philanthropen» ist Peter H. Diamandis. Als Sohn griechischer Einwanderer 1961 geboren und in der New Yorker Bronx aufgewachsen, schloss er am Massachusetts Institute of Technology (MIT) Studien sowohl in Molekularbiologie als auch in Weltraumtechnik ab und bildete sich an der Harvard Medical School zum Doktor aus. Noch während seiner Lehrjahre als Arzt gründete er die International Space University, die – heute mit Campus in Strassburg – Studien in Weltraumforschung anbietet. Darauf baute er zwei Unternehmen auf, die Lasttransporter ins All beziehungsweise Satellitennetze für die Telekommunikation entwickelten. Ausserdem bot er auf abenteuerlichen Flügen mit Flugzeugen das Erlebnis der Schwerelosigkeit, so auch dem schwerbehinderten Astrophysiker Stephen Hawking: «Er kann nur ein paar Muskeln in seinem Körper kontrollieren, aber er grinste über beide Ohren.» Der Verkauf der Firmen machte den Pionier zum reichen Mann.

Seltene Rohstoffe aus dem All

«Als Junger wollte ich nicht die Welt verbessern», gestand Diamandis im Gespräch mit dem Magazin *Wired*, «sondern aus unserer Welt ausbrechen.» Die Menschheit könnte die Lösungen für die Probleme der Erde im All finden, meint er noch heute. Anfang 2012 gründete er deshalb die Firma Planetary Resources, die dereinst auf erdnahen Asteroiden seltene Rohstoffe abbauen will. Und 1996 schrieb er mit seiner X Prize Foundation erstmals einen Preis von zehn Millionen Dollar für ein Raumschiff aus, das Privatpersonen ins All bringen sollte. Den Wettbewerb gewann ein von Microsoft-Mitgründer Paul Allen finanziertes Team, das 2004 sein «Space Ship One» als erstes nicht von einer Regierung gefördertes Raumschiff in die Erdumlaufbahn brachte.

«Meine Philosophie ist es, die Zukunft zu schaffen, die ich sehen will», sagt Diamandis. Murphys Gesetz, dass schiefgehen wird, was schiefgehen kann, finde er lächerlich. «Peters Gesetz heisst: Wenn etwas schiefgehen kann, dann mach es richtig.» Nach dem Abschluss des ersten «X Prize» musste er 2004 entscheiden, ob er sich mit diesem Erfolg zufriedengeben oder ohne Geld weitermachen wollte. «Ich hielt ein Referat bei Google, danach kam ein

Typ mit T-Shirt und Rucksack nach vorne und sagte: «Hi, ich bin Larry Page, gehen wir mal miteinander essen?»

Mit dem Google-Gründer als Geldgeber, aber auch unterstützt vom Filmemacher James Cameron («Titanic»), der Medienunternehmerin Arianna Huffington, dem Gentechnologen Craig Venter oder dem indischen Mogul Ratan Tata, kümmert sich die Stiftung seit 2005 auch um ganz irdische Fragen. So schrieb sie Preise aus, um effizientere Fahrzeuge zu entwickeln (eine Auszeichnung gewann 2010 das Team X-Tracer Switzerland aus Winterthur), um die DNA günstiger zu entschlüsseln oder um Ölverschmutzungen in den Ozeanen zu beseitigen.

Entscheidende Anstösse bekam Diamandis von Ray Kurzweil. Die «ultimative Denkmachine», wie ihn das Magazin *Forbes* nannte, erfand in jüngeren Jahren Maschinen, die Texte vorlesen oder den Klang eines Flügels nachahmen können, sagte 1990 im Buch «The Age of Intelligent Machines» den Zerfall der Sowjetunion, den Krieg mit computergesteuerten Waffen oder den Durchbruch des World Wide Web voraus und prägte 2005 mit dem Buch «The Singularity is Near» den Begriff der «Singularität» – einer Superintelligenz, die jene der Menschen übertrifft. Dabei stützt sich der Zukunftsforscher auf das Gesetz, das Intel-

«Meine Philosophie ist es, die Zukunft zu schaffen, die ich sehen will.»

Gründer Gordon Moore 1965 fand: Alle 18 Monate verdoppelt sich die Zahl der Transistoren, die sich auf einen Chip packen lassen – dieser wird also doppelt so schnell. «Moore's Law» gilt seit einem halben Jahrhundert und auch weiterhin. In 15 Jahren schafft ein Laptop für tausend Dollar dieselbe Denkleistung wie ein menschliches Gehirn, in weiteren 23 Jahren so viel wie die ganze Menschheit.

Mit diesen «exponentiellen» Technologien, also Computernetzen samt Sensoren, künstlicher Intelligenz, Robotik, Bioinformatik oder Nanotechnologie, lässt sich die Welt verändern – und zwar zum Besseren, davon sind die neuen Philanthropen überzeugt: «Die Menschheit tritt in eine Phase der radikalen Transformation ein, in der die Technologie den Lebensstandard aller Menschen entscheidend heben kann», meint Diamandis. «Bald können wir die Bedürfnisse jedes Mannes, jeder Frau und jedes Kindes auf dem Planeten befriedigen, weit über das Lebensnotwendige hinaus. Der Überfluss für alle ist zum Greifen nah.»

Das zeigt Peter H. Diamandis auf allen Kanälen: mit seiner Singularity University, die er 2008 zusammen mit Ray Kurzweil bei einem Nasa-Flughafen im Silicon Valley gründete.

Mit dem Singularity Hub auf dem Internet, der unter dem Motto «The Future Is Here Today» täglich spannende Meldungen bringt, so etwa über den Bau von Billighäusern mittels 3-D-Drucker oder über das «autonome» Auto ohne Fahrer, an dem Google arbeitet. Und vor allem mit dem Buch «Abundance. The Future Is Better Than You Think», das er dieses Jahr mit dem Wissenschaftsjournalisten Steven Kotler herausgab und das sich, von Bill Gates nach der Lektüre in den Ferien wärmstens empfohlen, zur Bibel der Techno-Philanthropen entwickelt.

24 Stunden für einen neuen Impfstoff

Eine bessere Zukunft für alle Menschen ist möglich: Dies beweist das Buch mit einer Fülle von konkreten Projekten. So arbeitet Craig Venter, der 2000 mit seinem Unternehmen das Rennen um die Entschlüsselung des menschlichen Genoms gewann, an synthetischen Lebewesen, mit denen er unter anderem Impfstoffe innert 24 Stunden entwickeln, Nutzpflanzen mit dem fünfzigfachen Ertrag heranzüchten oder mittels Algen aus dem CO₂ von Kohlekraftwerken viel effizientere Biotreibstoffe erzeugen will. Die Columbia University liefert mit der *lab on a chip*-Technik einen HIV-Test, mit dem sich mit einem Blutstropfen innert einer Viertelstunde die Ansteckung nachweisen lässt. Und die in der Schweiz verfeimten «grünen» Gentechniker der ETH um Wilhelm Gruissem schaffen im Auftrag der Bill & Melinda Gates Foundation einen Maniok mit mehr Proteinen, Vitaminen und Mineralien, der bis 2020 einer Viertelmilliarde Menschen gute Nahrung bieten soll.

Eine der fantastischsten – aber wahren – Geschichten liefert der Erfinder Dean Kamen, der 440 Patente hält, so auch für den Roller Segway. Sein Slingshot, ein kühlstrangkrosses Gerät, das bei einem sechsmonatigen Feldversuch in Bangladesch mit Kuhfladen betrieben wurde, kann tausend Liter Trinkwasser im Tag erzeugen: «Steck den Schlauch in irgendetwas Flüssiges, ins Salzwasser, in die Latrine, in die Tanks einer Kläranlage, und aus der Maschine fliesst zu hundert Prozent sauberes Wasser.» Kamen will die Kosten für sein Gerät auf 2000 Dollar herunterdrücken und es zusammen mit den Logistikern von Coca-Cola in Afrika verbreiten: die Lösung für die Milliarde Menschen ohne Zugang zu sicherem Wasser.

Wir sind von der Evolution auf schlechte Nachrichten getrimmt, weiss Peter H. Diamandis: «Vor Jahrmillionen, als sich das menschliche Gehirn entwickelte, war es vielleicht ärgerlich, eine gute Nachricht nicht mitzubekommen, aber lebensbedrohend, eine schlechte Nachricht zu verpassen.» Das will er ändern: Trinkwasser aus Gülle, Energie aus Scheisse – wie viele gute Nachrichten brauchen wir noch, damit wir glauben, dass das Paradies auf Erden zu schaffen ist? ○



Zehn Trillionen weniger Kosten: Republikaner Ryan.

Der radikale Mr Ryan

Mitt Romneys Partner im Kampf um das Weisse Haus verordnet der US-Wirtschaft eine Rosskur nach dem Vorbild Ronald Reagans. Selbst in Europa laufen Kritiker dagegen Sturm. Doch Ryans Programm ist vernünftig. *Von Florian Schwab*

Mit der Wahl von Paul Ryan zu seinem *running mate* am 11. August ist dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney ein Coup gelungen. Viele Beobachter meinen, dass er erst mit der Entscheidung für Ryan als Stellvertreter seiner Kandidatur das vorher nicht klar definierte inhaltliche Gepräge gegeben hat. Das britische Wirtschaftsmagazin *The Economist* lobte: «Niemand kann Romney mehr vorwerfen, die Wähler im Unklaren darüber zu lassen, was er als Präsident vorhat.» Der «Staats-Schrumpfer» und «Steuer-Senker» Paul Ryan (42), ein jugendlich wirkender Polit-Veteran der Republikanischen Partei, gross geworden in der Reagan-Ära als Parlamentsmitarbeiter und im Jahre 1999 zum zweitjüngsten Mitglied des Kongresses gewählt, stehe für eine klare Alternative zur Obama-Politik. Die Wirtschaftszeitung *Wall Street Journal* hatte noch vor der Nominierung

des Vizepräsidentschaftskandidaten gefragt: «Why not Ryan?»

Steuersenkungen und Verkleinerung des Staates: Solche wirtschaftspolitischen Kampfbegriffe haben die Linke beidseits des Atlantiks aufgeschreckt. Dem Zürcher *Tages-Anzeiger* war «gespenstisch» zumute angesichts des

In dem polemischen Getöse geht leicht die Frage unter: Was will Paul Ryan wirklich?

«Hardcore-Ideologen» Ryan, der den Sozialstaat schleifen wolle und «Amerikas Wirtschaft, Strassen und Lebenserwartung in die Anfänge des 19. Jahrhunderts zurückbomben». Der *Spiegel*-Kolumnist Wolfgang Münchau sieht Amerika sogar «auf dem Weg in die Spardiktatur». Sie bewegen sich damit mit dem

globalen Leitorgan der Linken im Einklang, der *New York Times*, die eine «extremistische Vision» verortet.

In dem polemischen Getöse gehen leicht die Fragen unter: Was will Paul Ryan wirklich? Ist das möglich? Und geht es weit genug, um die US-Wirtschaft wieder auf solide Beine zu stellen?

Kostensenkungen um 10 Trillionen Dollar
Das meiste, was wir bis anhin über Paul Ryans wirtschaftspolitische Pläne wissen, stammt aus den Vorschlägen, die er jährlich als Republikaner-Chef im Haushaltsausschuss präsentierte. Diese Papiere sind als Alternative zum jährlichen Budget des Präsidenten gedacht. Kernstück des diesjährigen Ryan-Plans vom März sind Kostensenkungen beim Staat um 10 Trillionen US-Dollar über die nächsten zehn Jahre. Die Zahl klingt gewaltig, relativiert sich

jedoch angesichts der schieren Grösse der US-Wirtschaft, die im Jahr 2011 Güter und Dienstleistungen im Wert von 15 Trillionen US-Dollar hergestellt hat: Die von Ryan vorgeschlagenen Einsparungen von einer Trillion jährlich entsprechen weniger als 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – und rund einem Viertel der jährlichen Staatsausgaben. Zum Vergleich: Die griechische Regierung musste unter Aufsicht ihrer Kreditgeber in den letzten Jahren 10 Prozent des BIP einsparen.

Umstrittene Steuersenkungen

Damit wäre der US-Haushalt ab 2015 wieder ausgeglichen und würde Überschüsse schreiben. Gemäss Ryans Berechnungen würde dies bis zum Jahr 2050 die Staatsverschuldung von heute mehr als 100 Prozent des BIP (Münchhauschönt in seinem Artikel die Zahl auf 90) auf rund 10 Prozent des BIP senken. Konkret plant Ryan, die Staatsausgaben in allen Bereichen (ausgenommen der Militär-Etat) durchschnittlich um einen Drittel zu streichen. Davon betroffen wären sämtliche Ausgaben der Zentralregierung in Washington. Insbesondere die sogenannten diskretionären Ausgaben, also jene, über die der Kongress frei verfügen kann, möchte Wirtschaftspolitiker Ryan bis 2020 von 12 Prozent auf 3 Prozent des BIP senken: Lebensmittelmarken, Bundesbeiträge für Strassen und Bildung. Heftige Kritik rufen insbesondere Ryans Pläne für Steuersenkungen und die Reduktion der Gesundheitskosten hervor.

Steuern — Ryans Plan sieht vor, den Gewinnsteuersatz für Unternehmen von 35 auf 25 Prozent zu senken. Ausserdem plädiert er bei den Einkommenssteuern für einen zweistufigen Tarif von 15 und 25 Prozent (derzeit liegt der Spitzensteuersatz bei 35 Prozent ab einem Einkommen von 373 651 US-Dollar). Diese Steuersenkungen sollen sich nach Ryans Vorstellung selbst finanzieren, indem sie das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Seine Kritiker bezweifeln, dass dies möglich ist. Der *Tages-Anzeiger* schreibt: «Selbst ein Ronald Reagan würde heute aus der Partei geworfen, denn er erhöhte elfmal die Steuern, um die Riesenlöcher in der Kasse zu stopfen», und *Spiegel*-Mann Münchhaus bezeichnet die sich selbst finanzierenden Steuersenkungen als «Märchen».

Richtig ist: Ronald Reagan senkte den maximalen Einkommenssteuersatz von 70 auf sage und schreibe 28 Prozent. Eine Studie des Ökonomen William A. Niskanen vom Cato Institute, einem liberalkonservativen Think-Tank, zeigt auf, dass die US-Wirtschaft in der Reagan-Ära stärker wuchs als je zuvor und danach. Die totalen Steuereinnahmen brachen nicht etwa ein, sondern nahmen, über die ganze Amtsdauer betrachtet, sogar leicht zu. Steuersenkungen können also durchaus für neue wirtschaftliche Dynamik sorgen.

Gesundheitskosten — Das amerikanische Gesundheitssystem ist eines der teuersten der Welt. Beim Staat fallen insbesondere die Programme für Ältere (Medicare) und für Arme (Medicaid) ins Gewicht. Ryan möchte Medicare zusammenschumpfen, indem er bei unter 55-Jährigen die private Gesundheitsvorsorge finanziell fördert und damit Medicare als staatliches Auffangbecken für viele potenzielle zukünftige Leistungsbezieher entbehrlich macht. Während Ryans Budgetplan in anderen Punkten vage bleibt, sind die Reformpläne bei Medicare sehr detailliert ausgearbeitet und laut *The Economist* ein ernsthafter Plan und eine «klare Alternative». Die Gesund-

Die Richtung stimmt: Es ist eine Alternative zu Obamas Schuldenwirtschaft.

heitskosten für die Armen möchte Ryan reduzieren, indem er die Verantwortung den einzelnen Bundesstaaten übergibt, die von Washington dafür Geld bekommen sollen – allerdings weniger als bislang. Diesem Vorschlag liegt der Gedanke des Föderalismus zugrunde, wonach vor allem die Bundesstaaten sich um soziale Belange kümmern sollen.

Die kombinierten Einsparungen bei Medicare und Medicaid machen rund 10 Prozent der totalen Kostensenkungen aus, die Ryan vorschlägt. Im Vergleich zu anderen Republikanern ist Ryans Vorschlag geradezu moderat. So möchte der libertäre Kongressabgeordnete Ron Paul beispielsweise Medicare und Medicaid ganz abschaffen. «Der Ryan-Plan wird *big government* nicht beenden», sagte er im April. Gerade von europäischen Obama-Freunden wird oft verschwiegen, dass Obama, wie Ryan, Einsparungen bei Medicare im Umfang von mehr als 700 Milliarden in den nächsten zehn Jahren plant. Allerdings will dieser die Einsparungen mit mehr Zentralismus und Leistungskürzungen finanzieren.

Geldpolitik — «Die Regierung kann ihren Landsleuten nichts Hinterhältigeres antun, als die Währung abzuwerten», sagte Ryan im Jahre 2010. Er hat seither die Politik der US-Notenbank wiederholt kritisiert und befürchtet, dass der Federal Reserve dereinst die Kontrolle über die Inflation entgleiten könnte. Ryan hat klargemacht, dass er den Chairman der Fed, Ben Bernanke, nicht wiederwählen würde, der mit diversen *quantitative easing*-Paketen versucht hat, die Wirtschaft anzukurbeln, und der Regierung Obama unbegrenzt Kredit gewährt – eine Tatsache, die von fast allen Ökonomen ausserhalb der USA kritisiert wird, weil sie einen globalen Abwertungswettbewerb anfeuert. Ryans Kritik an der Fed ist fundiert und reflektiert berechnete Ängste, auch wenn sie manchmal sehr weit geht. Be-

sonderes Aufsehen erregte er vor kurzem, als er Sympathie für das System des Goldstandards äusserte, wo die Geldmenge dem Zugriff der Regierung entzogen und durch den Naturalwert Gold gedeckt wird. Solche Äusserungen fallen bei sehr konservativen Ökonomen und bei der Tea-Party-Bewegung auf fruchtbaren Boden, erwecken aber bei den meisten Wirtschaftswissenschaftlern eher Misstrauen.

Paul Ryan versucht mit seinem Plan, an die Wirtschaftspolitik von Ronald Reagan anzuknüpfen, einen Vierklang, der unter dem Namen Reaganomics bekanntgeworden ist. Erstens: zurückhaltende Geldpolitik, um den Wert des Dollars zu stabilisieren und die Inflation einzudämmen. Zweitens: Steuersenkungen, um die private Kapitalbildung und Investition und damit Arbeitsplätze und ökonomische Effizienz zu fördern. Drittens: Ausgabenkürzungen und auf längere Sicht das Versprechen eines ausgeglichenen Staatshaushalts. Viertens: Deregulierung.

Es braucht Zeit

Wie die Studie von Niskanen zeigt, war die Reagan-Politik zwischen 1981 und 1990 von Erfolg gekrönt. Die ersten beiden Amtsjahre 1979 und 1980 sind von der Analyse ausgenommen, da jede wirtschaftspolitische Massnahme Zeit braucht, um ihre Wirkung zu entfalten. Am Ende von Reagans Präsidentschaft war die Neuverschuldung wieder auf moderate 2 Prozent des BIP zurückgegangen. Reagan machte zuletzt im Jahr so viele Schulden wie Obama derzeit in einem einzelnen Monat.

Auch Ryans mutige Wirtschaftsagenda könnte den riesigen Tanker der US-Wirtschaft nicht sofort herumreissen. Es ist höchst fraglich, ob der Kongress, selbst wenn er republikanisch dominiert sein sollte, bei den Ausgabenkürzungen mitmachen würde. Die Steuersenkungen würden hingegen Zeit brauchen, um ihre positive Wirkung zu entfalten, und wohl erst einmal negativ ins Kontor schlagen. Ryans Annahme, den Staatshaushalt bereits 2015 ausgleichen zu können, scheint vor diesem Hintergrund sehr ambitioniert. Aber die Richtung stimmt: Es ist eine Alternative zu Obamas hemmungsloser Schuldenwirtschaft. Unter Obama jagt ein schuldenfinanziertes Wachstumspaket das nächste, finanziert von der Notenpresse. Die Wirkung ist bislang ausgeblieben, die Arbeitslosigkeit verharrt auf einem Rekordniveau von über 8 Prozent. Die Kosten von Obamas Politik sind als Staatsverschuldung und Inflation getarnt und in die Zukunft verlegt. Im Gegensatz dazu räumt Ryan ein, dass eine bessere wirtschaftliche Zukunft nicht gratis zu haben ist: Wer die Steuern senken will, um dem Einzelnen mehr von seinem verdienten Geld zu lassen, und dadurch wirtschaftliche Tätigkeiten ermutigt, der muss Ausgaben kürzen. ○

Italien im Solarstrom-Rausch

Vier Milliarden Euro Subventionen für die Sonnenenergie in einem Jahr. Das leistet sich einer der am höchsten verschuldeten Staaten Europas. Und die reichen nicht einmal aus, um zwei Prozent des italienischen Elektrizitätsverbrauchs zu decken. *Von Nicholas Farrell*



Wie der Spiegel eines Riesen: Solaranlage im Chianti-Gebiet.

Wo immer ich in Italien über Land fahre, sehe ich Felder, die durch hässliche Solarstromanlagen entweiht werden. Die Ästhetik dieser silbernen Bauten könnte man nur akzeptieren, wenn sie auf einem fernen, leblosen Planeten oder in einer postmodernen Wüstenstadt wie Abu Dhabi errichtet würden.

Das ist deswegen seltsam, weil man in Italien für jede Hauswand, die man in einer neuen Farbe streichen möchte, eine Bewilligung braucht. Wie kommt es, dass solche ästhetischen Regeln nicht für Solarkraftwerke gelten?

Die grösste Anlage habe ich am Fuss des Apennin gesehen. Sie ist von Obstbäumen, Weizenfeldern und Reben umgeben. Wenn man nicht aufpasst, blendet sie einem entgegen. Sie sieht aus wie der Spiegel eines Riesen.

Ich bin hingefahren, weil ich wissen wollte, wem diese ausserirdische Monstrosität gehört. Auf dem Gelände prangte ein Schild: Carbonara 1. Auf dem Schild stand auch, das Kraftwerk habe eine Leistung von «1 MWp». Es sah sehr leistungsstark aus.

Ich wählte die Telefonnummer auf dem Schild und wurde unverzüglich mit einem Herrn Laghi verbunden, einem Vermessungstechniker, der mir erzählte, er habe die Anlage gebaut und sei der Geschäftsführer der Gesellschaft, der sie gehöre. Dann sagte er, er habe bis Ende August leider keine Zeit, länger mit mir

zu reden, weil die Frist für die Anträge auf diesjährige Staatssubventionen für Solarenergie am 27. August ablaufe und er bis dahin völlig überlastet sei.

Kurz darauf sprach ich mit Mirko Antaridi, ebenfalls ein lokaler Vermessungstechniker, und informierte mich über die Fakten des italienischen Solarstromrausches. 1 MWp bedeute, dass die Jahresleistung des Werkes maximal ein Megawatt betrage. Eine solche Anlage hat 4200 Solarpanels, erstreckt sich über eine Fläche von 20 000 Quadratmetern und kostet rund 1,7 Millionen Euro. Ein durchschnittlicher Haushalt, erklärte Antaridi, verbrauche pro Jahr etwa 2500 Kilowattstunden Elektrizität. Also kann die riesige Anlage den Jahresbedarf von höchstens 500 Haushalten abdecken.

Was die Sonne kostet

Solarenergie ist sehr viel teurer als der Strom, der mit Gas-, Kohle- oder Atomkraftwerken produziert wird. Aber dank der unablässigen Propaganda über die vom Menschen verursachte globale Erwärmung sind die Regierungen der EU übereingekommen, erneuerbare Energiequellen wie Solarstrom massiv mit Steuergeldern zu subventionieren.

Ich bat Herrn Antaridi um genauere Zahlen für die 1-MWp-Anlage am Fuss des Apennins. Er sagte, ein solches Werk werde mit jährlich

300 000 Euro subventioniert, die garantierte Subventionsdauer betrage zwanzig Jahre. Für jede Kilowattstunde, die das Werk an einen Stromversorger verkaufe, erhalte es von den Steuerzahlern 0,26 Euro zurück. Allein im Jahr 2011 gab Italien vier Milliarden Euro für die Subventionierung von Solarenergie aus.

Ein im Juli von Forschern der Ruhr-Universität in Bochum veröffentlichter Bericht mit dem Titel «Deutschlands Förderung der Solarenergie: Ein offenes Desaster» besagt, dass sich sämtliche EU-Mitgliedstaaten in einem Abkommen verpflichtet haben, 35 Prozent ihres Energiebedarfs bis 2020 aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen. Noch stehen die meisten Solarkraftwerke der Welt in Deutschland, aber Italien ist bereits auf Platz zwei nachgerückt. Allein 2011 wurden in Italien neue Solarkraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 9000 Megawatt errichtet. Das ist ein Drittel der Solarstromversorgung, die im letzten Jahr weltweit neu entstand. Sie reicht nicht einmal aus, zwei Prozent des italienischen Stromverbrauchs zu decken.

Mit einer Leistung von 24 700 Megawatt bleibt Deutschland an der Spitze der Solarstrom-Erzeuger, Italien liegt bei 12 500. In den USA sind es 4200 MW, in China nur 2900. Die Verfasser des Berichts kommen zum Schluss, dass der reale Preis, den die deutschen Steuerzahler von 2000 bis 2011 für die Subvention von Solarstrom bezahlt haben, bei 100 Milliarden Euro liegt.

Solarenergie wäre vollkommen wettbewerbsunfähig, wenn sie am freien Markt überleben müsste. So kostet der in Gaskraftwerken erzeugte Strom im Vergleich zum Solarstrom nicht einmal ein Drittel.

Meiner Ansicht nach gibt es keine globale Erwärmung. Und selbst wenn, wird sie nicht von Menschen verursacht. Deswegen gibt es auch herzlich wenig, was Menschen dagegen tun können.

Inzwischen erlebt Europa die grösste wirtschaftliche und existenzielle Krise seit den dreissiger Jahren, wenn nicht die grösste überhaupt. Italien ertrinkt in Schulden, aber seine Regierung ist so eingeschüchtert durch die Gehirnwäsche der Ökosekte, dass sie Milliarden für den Bau von Solarkraftwerken verschleudert, die nicht nur hässlich, sondern auch nutzlos sind.

Aus dem Englischen von Beatrice Schlag
© Taki's Magazine

Die neue Internationale

Die Eliten Rumäniens sind daran, eine moderne Diktatur der alten Ceausescu-Kader zu errichten. Erstaunlich an diesem Vorgang ist, dass die Funktionäre in Brüssel darauf äusserst gedämpft reagieren, während der ungarische Ministerpräsident Orbán unter «Faschismusverdacht» gerät. *Von Ulrich Schacht*

Das Auffälligste an den dramatischen politischen Vorgängen in Rumänien ist nicht jener Charakterzug, den die *Frankfurter Allgemeine* als «kalten Staatsstreich» qualifiziert. Es ist vielmehr das äusserst gedämpfte Reagieren der Brüsseler Kommission und ihrer Organe auf die scheinlegalen Winkelzüge des rumänischen Regierungschefs Victor Ponta, der sich Sozialdemokrat nennt, und seines Kompagnons Crin Antonescu, Präsident des Senats, der sich mit dem parteipolitischen Etikett eines Nationalliberalen tarnt, wenn es darum geht, aus dem fragmentarischen Rechtsstaat Rumänien wieder eine kaum verschleierte Diktatur der alten Kader aus Ceausescu-Zeiten zu machen. Wie hartnäckig diese alte Riege um Ex-Staatspräsident Iliescu und den Medien-Oligarchen Voiculescu an diesem Ziel festhält, konnte man an den Reaktionen auf die kürzlich gescheiterte Volksabstimmung über den legalen Präsidenten Basescu erkennen, der von einer gekauften Parlamentsmehrheit seines Amtes enthoben worden war, weil er dem Rechtsstaat in Rumänien erstmals ernsthaft Geltung verschaffen wollte: Victor Ponta, der auch einer plagierten Dissertation verdächtig ist, sprach frech von einem «ausgezeichneten Ergebnis», mit dem der Parlamentsakt bestätigt werde, und der blutbesudelte Iliescu rief gar das Verfassungsgericht an, die gescheiterte Volksabstimmung schlicht für gültig zu erklären. Die EU-Kommission wiederum bat freundlichst alle rumänischen Parteien und Behörden, künftig doch, bitte schön, die Rechtsstaatlichkeit zu achten, und der deutsche Aussenminister Westerwelle wurde gar lyrisch-pädagogisch, als er angesichts des für die Putschisten fehlgeschlagenen Referendums davon sprach, es «als Chance für einen politischen Neubeginn zu begreifen».

Der wache Zeitgenosse kann sich nur wundern über den gemässigten Stimmenchor aus dem EU-Hauptquartier. Vor nicht allzu langer Zeit, als es darum ging, der in einem kristallklaren demokratischen Verfahren legitimierten Regierung Ungarns unter Viktor Orbán und der von ihr mit absoluter Parlamentsmehrheit beschlossenen neuen ungarischen Verfassung klassischer Prägung, die der deutsche Staatsrechtler Rupert Scholz als «vorbildlich» bezeichnete, den fortschrittspolitischen Garaus zu bereiten, gerieten sich EU-Funktionäre wie Justizkommissarin Viviane Reding oder der EU-Parlaments-Präsident Martin Schulz (SPD) als neojakobinische Scharfmacher, die in Ungarn zuletzt eine Rückkehr des «Faschismus»

witterten. Damit schafften sie es, sogar Amerikas Aussenministerin Clinton in Sachen Kirchenpolitik in Ungarn intervenieren zu lassen – als wären die USA, in denen eine Psychosekte wie Scientology den Status einer Kirche hat, auch nur ansatzweise legitimiert, anderen Staaten in diesem Fach Nachhilfe zu geben.

Projekt: politische Zentralisation

Die bis zur Hetze gesteigerte Kritik gegen die Republik Ungarn und die auffällige Nachsicht der EU-Funktionäre gegenüber den poststalinistischen Machinationen in Rumänien sind aber nur die zwei logischen Seiten einer Medaille, die «Universalismusprojekt Europa» heisst, als Keimzelle eines progressiven «Weltstaats». Denn auf den Universalismus als Projekt konnten sich internationalistische Kapitalisten und Sozialisten schon immer einigen, was nur auf den ersten Blick paradox erscheint. Ideengeschichtlich wird man hier fündig schon im «Kommunistischen Manifest» von Marx und Engels: «Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt», habe sie doch «alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört». Auch habe sie «die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst», «die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen

konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation.» Die darin enthaltenen visionären Traum-Termini der ewigen Linken griff kürzlich Jakob Augstein, Herausgeber der dezidiert linken Wochenzeitung *Der Freitag*, auf, als er in einer Kolumne von eben diesem Bündnis schwärmte: «Sozialismus und Kapitalismus waren immer internationalistische Ideologien. Beide zielen, aus verschiedenen Gründen, auf die Überwindung des Nationalstaats. Beide haben ein Interesse daran, in Europa einen supranationalen Raum zu definieren. Danach werden sie darüber streiten, wie er auszugestaltet ist.» Souveräne Nationalstaaten, gar an christlichen Werten und eigenen kulturellen Traditionen orientierte wie Ungarn, stehen dem «Sozialismus des Kapitals» (Christian Marazzi) nur im Wege. Das Funktionärs-Brüssel hasst deshalb die Orbáns, aber es liebt die Pontas. Pontas Putsch ist nur die balkanische Direktversion jenes klandestinen, unter dem Codewort «Fiskalunion» organisierten Brüsseler Umsturzprozesses, wie er von den Barrosos, Junckers oder Schäubles hemmungslos betrieben wird.

Ulrich Schacht, 61, war leitender Redaktor und Chefreporter der *Welt am Sonntag*. Heute lebt er als freier Autor und Journalist in Schweden. Soeben erschien bei Matthes & Seitz Berlin sein neuestes Buch, «Über Schnee und Geschichte. Notate 1983–2011».



Scheinlegale Winkelzüge: rumänischer Regierungschef Ponta.



Sterbende als künftige Ersatzteillager: Lebertransplantation.

Die letzte Grenze

Der Bund will die Bedingungen lockern, die für die Organentnahme bei Toten erlaubt sind. Kritiker befürchten, dass die Neuerungen auf eine fragwürdige Form von Sterbehilfe hinauslaufen könnten. An Spitälern wird offenbar bereits nach den neuen Richtlinien gehandelt. *Von Alex Reichmuth*

Die Knabenbeschneidung war das mediale Top-Thema dieses Sommers. Landauf, landab wurde darüber gestritten, ob die Entfernung der Vorhaut das Selbstbestimmungsrecht verletze und einen unzulässigen Eingriff in die körperliche Integrität von Kindern darstelle. Dabei wurde übersehen, dass gleichzeitig eine Gesetzesrevision im Gange ist, bei der sich die Frage nach moralischer Rechtmässigkeit und körperlicher Integrität viel gewichtiger stellt als beim eher geringfügigen Eingriff der Beschneidung. Mit der Revision des Transplantationsgesetzes will der Bundesrat die Voraussetzungen lockern, die bei der Spende von lebenswichtigen Organen wie Leber, Lungen oder Nieren gelten.

Die Gesetzesrevision betrifft ein Thema, das ethisch heikel und gesellschaftlich umstritten ist. Einerseits gibt es zu wenig Spenderorgane, um das Leben all derer zu retten, die wegen

eines kranken Organs kurz vor dem Tod stehen. Andererseits muss garantiert sein, dass Organe nur Toten entnommen und Sterbende nicht als künftige Ersatzteillager behandelt werden.

Wann ist ein Mensch gestorben?

Dabei stellt sich die schwierige Frage, wann genau ein Mensch tot ist. Muss man mit der Entnahme so lange zuwarten, bis alle Körperfunktionen endgültig erloschen sind? Soll man gar warten, bis Haare und Nägel aufgehört haben zu wachsen, was tagelang dauern kann? In diesem Fall wären die Organe, mit denen man schwerkranke Menschen retten will, wegen fehlender Sauerstoffversorgung längst zerstört. Seit 1968 dient darum weltweit der Hirntod zur Definition des Lebensendes: Geht im Hirn nachweislich nichts mehr, können einem Körper Organe entnommen werden (sofern der betroffene Mensch oder seine Angehörigen zu-

vor zugestimmt haben). Ob dieses Kriterium wirklich geeignet ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. «Organentnahmen von Hirntoten sehe ich als Tötung an», liess sich beispielsweise die deutsche Medizinethikerin Sabine Müller zitieren. Aufgrund dieses Dilemmas plädieren manche Ethiker und Philosophen dafür, die Transplantation lebenswichtiger Organe ganz zu verbieten, wie zum Beispiel der Basler Philosoph Andreas Brenner. Für andere, wie Dieter Birnbacher, Mitglied der Zentralen Ethikkommission der Ärztekammer Deutschlands, hat die Rettung Schwerkranker oberste Priorität. Sie wollen gar den Grundsatz begraben, dass nur Toten Organe entnommen werden dürfen.

Bei der Revision des Schweizer Transplantationsgesetzes geht es nicht um abstrakte Diskussionen über die Todesdefinition. Der Hirntod bleibt im Prinzip die Voraussetzung für

die Organentnahme. Es geht vielmehr darum, ob Ärzte bei Sterbenden Massnahmen treffen können, um deren Organe über den Hirntod hinaus zu erhalten, und ob die Angehörigen anstelle von unzurechnungsfähigen Patienten ihr Einverständnis dazu geben dürfen. Neu soll es möglich sein, Komapatienten schon vor dem Tod Medikamente zu verabreichen, die helfen, ihre Organe zu bewahren. Man kann solche Handlungen damit rechtfertigen, dass sie Sterbenden nicht schaden, dafür anderen Menschen das Weiterleben ermöglichen. Manche Ethiker warnen aber vor solchem «Nützlichkeitsdenken». Etwa Ruth Baumann-Hölzle. Die Leiterin des Instituts Dialog Ethik in Zürich, das sich mit ethischen Fragen im Gesundheitswesen befasst, spricht von einem «massiven Eingriff in die körperliche Integrität». Sie warnt davor, urteilsunfähigen sterbenden Patienten auf der Intensivstation das Abwehrrecht gegen Handlungen abzuerkennen, die Fremden zugute kommen. Man dürfe einem Sterbenden nicht das Recht absprechen, «sein Leben in Würde abschliessen zu können», sagt auch Margrit Kessler, Präsidentin der Stiftung SPO Patientenschutz (siehe Interview S. 44).

Bisher war die Situation jeweils so, dass Ärzte bei einem Patienten mit noch intaktem Herz-Kreislauf-System feststellten, dass seine Hirnaktivitäten vollständig erloschen sind. Anschliessend konnten sie die Organentnahme starten, falls der Betroffene sich zu Lebzeiten entsprechend geäussert hatte oder seine Angehörigen bestätigten, dass dies dem Willen des Verstorbenen entspreche.

Spenden nach Herzstillstand

Mit der Gesetzesrevision sollen neu sogenannte Non-Heart-Beating Donors zugelassen sein, also «Organspender nach Herzstillstand». Es geht dabei um Patienten auf der Intensivstation, deren Gehirn zwar schwer geschädigt ist, die aber noch nicht hirntot sind. Man stelle sich vor, dass die Ärzte die Situation als hoffnungslos bezeichnen und zusammen mit den Angehörigen beschliessen, den Patienten sterben zu lassen. Darum verzichten sie auf weitere lebenserhaltende Massnahmen, insbesondere auf solche zur Stützung des Kreislaufs und der Atmung. Juristisch gesehen handelt es sich um legale passive Sterbehilfe. Kreislauf und Atmung brechen in der Folge zusammen, und die fehlende Blutzufuhr führt nach einigen Minuten zum Hirntod.

Ist jetzt eine Organentnahme vorgesehen, muss damit sofort begonnen werden, denn die gestoppte Blutzufuhr schädigt mit zunehmender Dauer auch die Organe. Diese sind nur dann brauchbar, wenn schon vor dem Tod Medikamente verabreicht wurden, die verhindern, dass die Gefässe sich erweitern und das Blut gerinnt. Hat ein Sterbender zuvor sein Einverständnis zu solchen organerhaltenden

Massnahmen gegeben – etwa als Träger eines Organspenderausweises –, steht diesen juristisch nichts im Wege. Das ist allerdings nur selten der Fall. Meist ist der Wille des Sterbenden nicht bekannt oder kann höchstens erahnt werden. Die Regelung, dass in dieser Situation ein gesetzlicher Vertreter (falls vorhanden) oder die Angehörigen Massnahmen vor dem Tod zustimmen können, ist darum für die Gewinnung von Spenderorganen entscheidend. Faktisch ermöglicht erst dieser Stellvertreterentscheid, dass Non-Heart-Beating Donors möglich sind.

Perfusionssonden sind erlaubt

Patientenschützerin Margrit Kessler ist überzeugt, dass zu den organerhaltenden Massnahmen auch Operationen vor dem Tod zählen. Bei diesen würden den Sterbenden in der Leistengegend dicke Schläuche angebracht. «Die Massnahme ermöglicht, dass der Körper später sofort an die Herz-Lungen-Maschine angeschlossen werden kann», sagt Kessler. Beim Universitätsspital Zürich widerspricht man: Solche Operationen bei Todkranken kämen nicht in Frage. Allerdings ist in den Richtlinien der Schweizerischen Akademie der Me-

Die Ärzte in den Spitälern richten sich schon nach dem neuen Gesetz, das noch nicht abgeseignet ist.

dizinischen Wissenschaften (SAMW), die seit letztem Herbst gelten, das Einlegen sogenannter Perfusionssonden explizit als eine Möglichkeit angeführt, schon vor dem Tod für die Erhaltung der Organe zu sorgen.

Juristisch gesehen stellen Eingriffe vor dem Tod eine Verletzung der körperlichen Integrität des Patienten dar. Darum sind sie grundsätzlich nur mit dessen Einwilligung zulässig. Es ist im Medizinrecht aber üblich, dass Angehörige über Behandlungen entscheiden, wenn der Patient nicht urteilsfähig ist. Bislang ging es dabei aber um Massnahmen zum Wohl des Patienten.

Neu sollen Stellvertreterentscheide für Eingriffe zugunsten Fremder zulässig sein. Aus der Sicht gewisser Juristen und Ethiker wird damit eine moralische Grenze überschritten. Margot Michel, Dozentin für Medizinrecht an der Universität Zürich, formulierte es gegenüber der Stiftung Dialog Ethik so: «Angehörige dürfen [...] nach geltendem Recht vor dem Tod nur in medizinische Eingriffe einwilligen, die dem objektiven Wohl des nicht urteilsfähigen Patienten dienen, aber nicht in Massnahmen, die lediglich einem Dritten nützen.» Wenn Angehörige nun selbst dann in organerhaltende Massnahmen einwilligen können, wenn sie den Willen des Betroffenen nicht kennen, sei dies eine «weitreichende Grenz-

verschiebung im Medizinrecht», die die Rechte des potenziellen Spenders «erheblich einschränken» würde – so Michel.

Hirntod-Diagnose wird gelockert

Die Zulassung von Organspenden nach Herzstillstand gibt nicht nur wegen organerhaltender Massnahmen vor dem Tod zu reden. Umstritten ist auch, ob gleichzeitig die Kriterien, nach denen der (provozierte) Hirntod in solchen Fällen zu diagnostizieren ist, aufgeweicht werden. Bisher galt, dass vor Organentnahmen der Hirntod doppelt festgestellt werden musste – einmal nach klinischen Anzeichen und ein zweites Mal entweder durch technische Zusatzuntersuchungen oder nach einer mehrstündigen Beobachtungszeit. Neu ist nach den erwähnten Richtlinien der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften nur noch eine einzige Diagnose nach klinischen Anzeichen nötig, die von zwei Ärzten vorgenommen wird. Diese Anzeichen sind: Koma; auf Licht nicht reagierende, weite Pupillen; Fehlen bestimmter Reflexe und der Reaktionen auf schmerzhafte Reize; Fehlen von Spontan-Atmung. Verzichtet wird auf technische Zusatzuntersuchungen, die zeigen, ob die Gehirngefässe wirklich nicht mehr durchblutet sind und das Gehirn somit effektiv tot ist.

Es sei unmöglich, dass nach zehn Minuten Herzstillstand der Hirntod nicht eingetreten sei, versichern Ärzte der *Weltwoche*. Weltweit gebe es keinen einzigen Fall, in dem das Gegenteil festgestellt worden sei. Auch die in der Schweiz geltende gesetzliche Vorschrift, wonach Menschen vor der Organentnahme immer eine Vollnarkose verabreicht werden muss, dürfe nicht so interpretiert werden, dass der Hirntod noch nicht eingetreten sei. Die Vollnarkose sei nur nötig, um gewisse automatische Reaktionen des Organismus zu unterdrücken.

Wer annimmt, dass die kontroversen Neuerungen im Transplantationsgesetz erst dann in Kraft treten, wenn sie öffentlich diskutiert und vom Parlament gutgeheissen worden sind, täuscht sich. Die Ärzte in den Spitälern richten sich schon heute nach dem neuen Gesetz, das noch nicht abgeseignet ist.

Das Universitätsspital Zürich bestätigt sechs Fälle von Non-Heart-Beating Donors seit letztem Jahr. Zur Rechtfertigung verweist das Spital auf ein Gutachten von Olivier Guillod, Direktor des Instituts für Gesundheitsrecht der Universität Neuenburg, das im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG) verfasst wurde. Darin kam Guillod zum Schluss, dass Non-Heart-Beating Donors bereits nach dem aktuellen Gesetz zulässig seien. Allerdings schien sich Guillod dabei nicht sehr sicher zu sein. Es handle sich «um meine eigene Interpretation», hielt er in einem Interview fest. Und weiter: «Aber das kann man alles auch an-

«Sie warten mit der Stoppuhr»

Patientenschützerin Margrit Kessler glaubt, dass Ärzte den Sterbenden ihre Würde nehmen. *Von Alex Reichmuth*



«Ich werde meinen Organspenderausweis zerreissen»: Margrit Kessler.

Margrit Kessler, was bedeutet die Revision des Transplantationsgesetzes?

Wenn das Gesetz so revidiert wird, wie jetzt geplant, werde ich meinen Organspenderausweis zerreissen. Bisher war der Hirntod die zwingende Voraussetzung, dass einem Menschen lebenswichtige Organe entnommen werden können. Neu sollen aber auch sogenannte Non-Heart-Beating Donors zugelassen sein, also Spender nach Herzstillstand. Ich will meine Organe aber nur nach dem Hirntod zur Verfügung stellen.

Was ist genau der Unterschied?

Jemand mit Herzstillstand kann unter Umständen wieder reanimiert werden und normal weiterleben. Nur der Hirntod ist ein geeignetes Kriterium, um festzustellen, dass jemand wirklich tot ist – obwohl die Organe selbst in diesem Fall noch eine bestimmte Zeit weiter funktionieren können. Ein würdevolles Sterben ist wichtig. Werden Spender nach Herzstillstand zugelassen, ist das nicht mehr garantiert.

Wollen Sie sagen, dass Patienten getötet werden, um ihnen Organe entnehmen zu können?

Bei Spendern nach Herzstillstand muss man von passiver Sterbehilfe sprechen.

Der Arzt sagt, der Patient habe keine Aussichten mehr zu überleben, und empfiehlt den Angehörigen, diesen nicht mehr durch Maschinen und Medikamente am Leben zu halten. Gleichzeitig fragt der Arzt die Angehörigen um Einwilligung in organerhaltende Massnahmen. Dabei handelt es sich nicht nur um die Verabreichung von spezifischen Medikamenten, um die Gefässe zu erweitern und die Blutgerinnung zu verhindern, sondern auch um Operationen, um in der Leistengegend dicke Schläuche anzubringen. So kann der Körper später sofort an die Herz-Lungen-Maschine angeschlossen werden. Es darf nicht sein, dass belastende Operationen schon vor dem Tod erfolgen, ohne das explizite Einverständnis der Betroffenen, nur durch Zustimmung der Angehörigen. Denn es handelt sich um eine Körperverletzung zugunsten Dritter. Darüber kann nur der Betroffene zu Lebzeiten entscheiden.

Ärzte widersprechen Ihrer Darstellung. An Sterbenden würden keine Operationen zum Erhalt der Organe durchgeführt.

In den Richtlinien der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften steht, dass das Einlegen sogenannter Perfusionssonden vor dem Tod zulässig ist. Das ist nur operativ möglich.

Warum wehren Sie sich gegen organerhaltende Massnahmen vor dem Tod? Dank Organspenden kann doch anderes Leben gerettet werden.

Möglich, aber das darf kein Grund sein, einem Sterbenden das Recht abzusprechen, sein Leben in Würde abzuschliessen zu können. Hier bekommt der Tod plötzlich einen Zweck, nämlich, Organe entnehmen zu können. Die Ärzte erhalten die Macht, den Tod dann herbeizuführen, wenn es ihnen am besten passt – zum Beispiel dann, wenn der Operationssaal für die Organentnahme frei ist. Sie stellen die Maschinen ab, was den Herzstillstand auslöst, und warten mit der Stoppuhr in der Hand genau zehn Minuten, bis mutmasslich der Hirntod eingetreten ist. Dann hängen sie die Herz-Lungen-Maschine sofort an die Schläuche, die vorher operativ angebracht wurden. Wenn die Herz-Lungen-Maschine einmal installiert ist, kann die Leiche ohne Stress in den Operationssaal gefahren und die Organe entnommen werden.

Sie suggerieren, es sei nicht sicher, dass der Hirntod in dieser Situation eingetreten sei.

Es ist zumindest nirgends schriftlich festgehalten, dass eine präzise Hirntoddiagnose etwa mittels einer sogenannten Hirnangiografie durchgeführt wird. Das ist in diesem Fall aber zwingend. Immerhin schreibt die deutsche Bundesärztekammer, es sei keineswegs nachgewiesen, dass ein zehnmütiger Kreislaufstillstand sicher zum Hirntod führe.

Am Universitätsspital Zürich gab es schon sechs Fälle von Non-Heart-Beating Donors, also von Spendern nach Herzstillstand. Was sagen Sie dazu?

Das ist unzulässig, denn das Transplantationsgesetz ist noch gar nicht revidiert. Die Ärzte halten sich lediglich an die Richtlinien der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften. Dabei wurde dieses Thema in der breiten Bevölkerung überhaupt noch nicht diskutiert. Und die Besitzer eines Spenderausweises haben sich nur bereit erklärt, nach Hirntod ihre Organe zur Verfügung zu stellen. Ich weiss zudem von einem Forschungsprojekt an einem Schweizer Universitätsspital zur Organentnahme nach Herzstillstand, das gestoppt werden musste, weil sich das Pflegepersonal weigerte mitzumachen.

Margrit Kessler ist Präsidentin der Stiftung SPO Patientenschutz und Nationalrätin (Grünliberale Partei). Sie arbeitete viele Jahre als Pflegefachfrau auf der Intensivstation.

ders interpretieren. Ich sage nicht, dass meine liberale Auslegung über alle anderen Interpretationen erhaben ist.»

Trotzdem wird Guillods Interpretation offenbar als einzig richtige Rechtsauffassung betrachtet – nicht nur am Universitätsspital Zürich. Im September 2011 hat die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften ihre Richtlinien zur Organspende überarbeitet und sieht neu Spenden nach Herzstillstand vor – mit Verweis auf Guillods Gutachten. Der dafür nötige Stellvertreter-Entscheid bei Sterbenden im Koma ist in den neuen Richtlinien explizit zugelassen.

«Gewisse Unsicherheiten»

Beim BAG bestätigt man, dass die neuen SAMW-Richtlinien dem aktuellen Gesetz nicht widersprechen, ebenfalls mit Verweis auf das Gutachten von Olivier Guillod. Dass das Transplantationsgesetz bezüglich organerhaltender Massnahmen vor dem Tod dennoch revidiert werden soll, begründet das BAG damit, dass die bisherige Formulierung «zu gewissen Unsicherheiten geführt» habe.

Die Behauptung, Spenden nach Herzstillstand seien schon heute legal, ist jedoch befremdend. Denn in der Schweiz gab es bis zum Erlass der neuen Richtlinien keine Non-Heart-Beating Donors mehr, seit das aktuelle Transplantationsgesetz Ende 2004 in Kraft getreten ist. (Zuvor waren solche Organspenden zulässig. Das Universitätsspital Zürich zum Beispiel verzeichnete ab 1985 175 Nieren von entsprechenden Spendern.) Jahrelang war man also der Meinung, dass Spenden nach Herzstillstand mit dem aktuellen Gesetz nicht möglich sind – auch bei der Akademie der Medizinischen Wissenschaften.

Der Wortlaut des noch geltenden Gesetzes und der erläuternden Botschaft dazu sind zudem eindeutig. In Artikel 10 des Gesetzes

Revision des Transplantationsgesetzes

Sollen Verstorbenen Spenderorgane entnommen werden, sind oft schon vor dem Tod Massnahmen notwendig, damit diese Organe in gutem Zustand bleiben und Leben retten können. Im bisher geltenden Transplantationsgesetz steht, dass solche Massnahmen vor dem Tod der spendenden Person nur vorgenommen werden dürfen, «wenn diese umfassend informiert worden ist und frei zugestimmt hat». Laut Juristen lässt diese Formulierung offen, was geschehen soll, wenn der potenzielle Organspender im Koma liegt und nicht mehr urteilsfähig ist.

Im revidierten Gesetz sind darum mehrere neue Abschnitte vorgesehen, die für Klarheit sorgen. Diese besagen, dass die Angehörigen der urteilsunfähigen Person zu Massnahmen vor dem Tod ja sagen können, die zum Erhalt der Organe unerlässlich sind. Die Zustimmung ist selbst dann möglich, wenn der mutmassliche Wille der Person im Koma nicht bekannt ist. Je nach Standpunkt der Rechtsexperten bedeutet diese Ergänzung eine bedeutende Neuerung oder lediglich eine Präzisierung der heute schon geltenden Situation.

steht: «Medizinische Massnahmen, die ausschliesslich der Erhaltung von Organen, Geweben oder Zellen dienen, dürfen vor dem Tod der spendenden Person nur vorgenommen werden, wenn diese umfassend informiert worden ist und frei zugestimmt hat.» In den Erläuterungen zum Gesetz heisst es: «Eine stellvertretende Einwilligung durch die nächsten Angehörigen oder die gesetzlichen Vertreterinnen oder Vertreter bei urteilsunfähigen Personen kann in diesen Fällen nicht in Frage kommen, da diese nur in Massnahmen einwilligen können, die dem objektiven Wohl der Patientin oder des Patienten entsprechen.»

Laut Max Baumann, Rechtsphilosoph und emeritierter Professor für Privatrecht an der Universität Zürich, hält das aktuelle Transplantationsgesetz «unmissverständlich fest», dass die Zustimmung Dritter zu organerhaltenden Massnahmen erst nach dem Tod eingeholt werden kann. Gleicher Meinung ist Paolo Becchi, Professor für Rechts- und Staatsphilosophie an der Universität Luzern. Die neuen Richtlinien der SAMW widersprechen dem geltenden Gesetz, schrieb er in der *Neuen Zürcher Zeitung*. Becchi kritisierte, es dürfe nicht sein, dass die Akademie der Medizinischen Wissenschaften als private Fachorganisation der Ärzte den Entscheid des demokratisch legitimierten Gesetzgebers vorwegnehme.

Die *Weltwoche* leitete die Frage, woher die SAMW die Legitimation habe, die Kriterien für die Organentnahme autonom festzulegen, an den Bund weiter. Die Antwort überrascht: «Diese Frage müsste die SAMW beantworten», schreibt das Bundesamt für Gesundheit. «Wir gehen davon aus, dass diese Kompetenz in den Grunderlassen der SAMW (z. B. Statuten) geregelt ist.» Offenbar will niemand für die heutige Praxis verantwortlich sein.

Man kann organerhaltende Massnahmen vor dem Tod mit guten Gründen als ethisch vertretbar erachten oder nicht. Wichtig ist aber, dass Neuerungen im hochsensiblen Bereich Organentnahme öffentlich diskutiert und demokratisch abgesegnet werden, bevor sie in Kraft treten. Ein einziges Rechtsguthaben, das vom Verfasser erst noch relativiert wird, hat nun aber zu einer neuen Praxis geführt, ohne dass die entsprechende Gesetzesrevision beschlossen worden ist. Das ist schwer nachvollziehbar.

bb businessbroker

Erfolgreich in die Zukunft

Florastrasse 44 | CH-8008 Zürich

T 044 420 11 11

F 044 420 11 12

Beratungsfirma Finanzdienstleistungen	Handel/Produktion Investitionsgüter	Dienstleister HLK Gebäudeautomation
Umsatz: CHF 262'000.– Preis: CHF 500'000.–	Umsatz: CHF 930'000.– Preis: CHF 1'200'000.–	Umsatz: CHF 2'160'000.– Preis: CHF 1'300'000.–
Unternehmen in der HLK-Branche	Familienunternehmen in der Baubranche	Dienstleistungsfirma Pflege/Wohnen
Umsatz: CHF 1'900'000.– Preis: CHF 1'000'000.–	Umsatz: CHF 5'000'000.– Preis: CHF 1'800'000.–	Umsatz: CHF 2'572'000.– Preis: CHF 2'100'000.–
Fitnesscenter mit mehreren Studios	Grosshandelsfirma für Sanitärprodukte	Erstklassige Sprachschule
Umsatz: CHF 2'519'000.– Preis: CHF 5'800'000.–	Umsatz: CHF 3'700'000.– Preis: CHF 5'200'000.–	Umsatz: CHF 778'000.– Preis: CHF 400'000.–
Handelsfirma in der Werbemittelbranche	Handelsfirma mit Eigenprodukten	Sportfachgeschäft im Kanton Schwyz
Umsatz: CHF 1'234'000.– Preis: CHF 250'000.–	Umsatz: EUR 2'432'000.– Preis: EUR 1'400'000.–	Umsatz: CHF 810'000.– Preis: CHF 500'000.–

www.businessbroker.ch

Früher Herztod

Radfahrer und Leichtathleten werden weniger alt als Nichtsportler und sterben viel häufiger an Herzproblemen. Das zeigt eine deutsche Studie. Als Ursache für den schlechten Gesundheitszustand ehemaliger Spitzensportler wird Doping vermutet. *Von Alex Reichmuth*



Erhöhtes Risiko: Radrennfahrer Armstrong an der Tour de France 2010.

Lance Armstrong wehrt sich nicht mehr gegen Dopingvorwürfe. Dem 40-jährigen ehemaligen Rad-Star drohen nun die Aberkennung seiner sieben Tour-de-France-Siege und die Rückforderung von Preisgeldern in Millionenhöhe. So gravierend die Auswirkungen für den Amerikaner sein mögen: Immerhin scheint Armstrong bis jetzt von gesundheitlichen Folgen seines Dopingmissbrauchs verschont, der nun als erwiesen gilt. Andere hatten da weniger Glück. Zum Beispiel Frank Vandenbroucke. Der belgische Radprofi gewann 1999 die Classique Lüttich-Bastogne-Lüttich – mit Hilfe von Epo, wie er später gestand. Fünf Jahre später war er tot. Eine Autopsie bestätigte bei Vandenbroucke eine Lungenembolie, einen Herzfehler und jahrelangen Drogenkonsum. Dass die Einnahme verbotener leistungsfördernder Substanzen Vandenbrouckes Tod mit verursacht hat, gilt zwar nicht als erwiesen. Plausibel aber ist ein Zusammenhang allemal.

Einen direkten Nachweis, dass ein bestimmter Sportler wegen Dopings gestorben ist, ist auch kaum je zu erbringen. Selbst ein statistischer Beweis, dass jahrelanger Gebrauch von illegalen Mitteln häufig zu gesundheitlichen Problemen oder gar zum Tod führt, ist schwierig zu führen. Denn zum einen sind Sportler, deren Dopingmissbrauch klar erwiesen ist, rar

gesät. Zum anderen verbietet es die Ethik, zu Forschungszwecken mit Doping zu experimentieren. So bleibt in der Regel nur eine Art Indizienbeweis, wenn es darum geht, die Spätfolgen von Doping zu belegen: Man sammelt Daten zur Gesundheit von Sportlern, die eine dopingverdächtige Sportart betreiben oder betrieben haben.

Einen solchen Indizienbeweis hat nun die Justus-Liebig-Universität im deutschen Gießen geliefert. In einer Studie, die vor kurzem in der Fachzeitschrift *Clinical Research in Cardiology* publiziert wurde, weist Physiologieprofessor Klaus-Dieter Schlüter nach, dass deutsche Leistungssportler, die früher Rad fahren, Leichtathletik oder Schwerathletik (Gewichtheben, Ringen, Boxen) betrieben haben, im Schnitt nur 70 Jahre alt werden. Die Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung Deutschlands beträgt 76 Jahre. Die Studie bezieht 54 deutsche Olympiateilnehmer ein, die zwischen 2000 und 2011 starben und deren Todesursache bekannt ist. Das tiefe Sterbealter in den genannten dopingverdächtigen Sportarten kontrastiert insbesondere zu demjenigen von Ruderern, Kanuten, Schwimmern und Turnern. Diese werden im Schnitt sogar etwas älter als die Durchschnittsbevölkerung. Aufschlussreich ist, dass Radfahrer, Leicht- und Schwerathleten zu fast zwei Dritteln an Herz-

problemen sterben, weitaus häufiger als andere Sportler und Nichtsportler.

Dreimal höhere Sterblichkeit

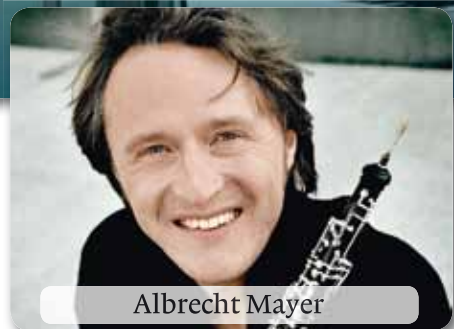
Die Studie bestätigt die Resultate früherer, ähnlicher Untersuchungen – etwa derjenigen von französischen Forschern, die 2363 ehemalige Teilnehmer der Tour de France einbezog. Der Schluss dieser Studie aus dem Jahr 1999 war, dass die Sterblichkeit unter den Radprofis fast dreimal so hoch ist wie in der Normalbevölkerung vergleichbaren Alters – wobei sie bei den Athleten im Alter von 25 bis 34 Jahren sogar fünfmal höher liegt.

Natürlich ist denkbar, dass der frühe Tod vieler Radfahrer und Leichtathleten auch andere Ursachen als Dopingmissbrauch hat. Eine mögliche Erklärung sei, «dass ein Spitzensportler durch die hohe Belastung durch Training und Wettkämpfe den Körper sowie Herz und Kreislauf derart überbelastet, dass Herzprobleme auftreten können», sagt Matthias Kamber, Direktor der Stiftung Antidoping Schweiz. In der Tat tritt der plötzliche Herztod, zurückzuführen auf eine angeborene Herzschwäche, im Leistungssport etwa zweieinhalbmal so oft auf wie bei Nichtsportlern. In Italien gibt es deswegen seit 1982 eine obligatorische Herzuntersuchung für angehende Spitzensportler. Falls eine potenziell lebensbedrohliche Störung diagnostiziert wird, erhält der Betroffene ein Wettkampferbot. Mit dieser Massnahme haben die Fälle von plötzlichem Herztod unter italienischen Sportlern um fast 90 Prozent abgenommen, wie eine Erhebung von 2006 zeigte. Wer früh stirbt – wie etwa der norwegische Spitzenschwimmer Alexander Dale Oen, der im letzten April tot aufgefunden wurde – muss also nicht zwingend ein Dopingsünder sein.

Dennoch gibt es in einigen Sportarten typische «Todesprofile», die einen Zusammenhang mit Dopingmissbrauch mehr als plausibel erscheinen lassen. Dazu gehören, neben den Bodybuildern, insbesondere die Radfahrer. Als in der Anfangsphase des Radsports Aufputzmittel eingesetzt wurden, häuften sich Fälle von Fahrern, die tot vom Rad fielen. Als später viele Radler Anabolika zum Muskelaufbau verwendeten, litten auffallend viele Fahrer an Leberschäden und lebensbedrohenden Herz- und Stoffwechselerkrankungen. Und als ab 1988 das blutverdickende Epo der grosse Renner wurde, häuften sich plötzlich Todesfälle infolge Thrombosen. ○



Alpina Dolomites – Andrea Cazzaniga



Albrecht Mayer



Olga Scheps



Andreas Ottensamer

«Südtirol-Momente» mit Berliner Philharmonikern

Geniessen Sie vom 6. bis 14. Oktober 2012 traumhafte Musikferien im 5-Sterne-Wellnesshotel «Alpina Dolomites Health Lodge & Spa» auf der Seiser Alm in den Südtiroler Dolomiten.

Der Weltklasse-Oboist Albrecht Mayer und der erst 23-jährige Klarinetttist Andreas Ottensamer zählen zu den Bläserstars der renommierten Berliner Philharmoniker. Gemeinsam mit dem Brahms-Ensemble Berlin laden sie ein zur exklusiven Musikferienwoche «Philharmonie auf der Alm» – mit Ensembles und Solisten der Berliner Philharmoniker.

Die Berliner Philharmoniker zählen zu den besten Sinfonieorchestern der Welt! Unter der Leitung ihres Chefdirigenten Sir Simon Rattle formieren sich 128 Instrumentalsolisten von Weltklasse zu einem einzigartigen Klangkörper. Weltweit genießen aber auch die Kammermusikensembles und Bläsolisten dieses Orchesters höchste Reputation. Ihre herausragende künstlerische Qualität regt viele namhafte Instrumental- und Vokalsolisten sowie auch Komponisten zur Zusammenarbeit an.

Mit der «Philharmonie auf der Alm» präsentiert Südtirol Momente nun das kammermusikalische und solistische Schaffen der Berliner Philharmoniker in exklusiven Musikferienwochen.

Den Auftakt machen vom 6. bis 14. Oktober 2012 das renommierte Brahms-Ensemble Berlin sowie Albrecht Mayer, der Solo-Oboist, und Andreas Ottensamer, der Solo-Klarinetttist der Berliner Philharmoniker. Als Kammermusikpartnerinnen und Solistinnen nehmen zudem die international herausragenden Pianistinnen Olga Scheps und Evge-

nia Rubinova an den täglichen Kammerkonzerten teil. Die Konzerte finden auf der Seiser Alm in der Franziskuskirche statt, deren einzigartige Akustik sie zu einem Kammermusiksaal von Weltklasse macht, der 1850 Meter hoch gelegenen «Philharmonie auf der Alm».

Ihr exzellentes Feriendomizil haben Sie als Gast im Hotel «Alpina Dolomites Health Lodge & Spa» *****, das sich in fussläufiger Entfernung zur Franziskuskirche befindet. Seit seiner Eröffnung im Dezember 2010 hat sich das «Alpina Dolomites» zu einem der führenden Wellnesshotels Europas entwickelt. Es bietet Zimmer und Suiten von höchstem Komfort, einen Spa, der keine Wünsche offen lässt, ein reichhaltiges Medical-Wellness-Angebot und eine Küche von höchstem Niveau.

Erleben Sie eine wunderbare Woche voller Musik und genießen Sie die Ruhe der Seiser Alm!

Europas schönste und grösste Hochalm ist ein sonnenverwöhntes Wanderparadies inmitten des Naturparks «Unesco Weltnaturerbe Dolomiten». Ob Sie den Tag mit Ausruhen und Wellness, einer Wanderung oder einem Ausflug ins Tal, z. B. nach Bozen oder Meran, gestalten möchten, bleibt allein Ihnen überlassen. Am Abend jedoch erwarten Sie die Musiker der Berliner Philharmoniker zu einem musikalischen Gipfeltreffen von Weltklasse!

Weltwoche-Spezialangebot

PHILHARMONIE AUF DER ALM – mit Ensembles und Solisten der Berliner Philharmoniker
 6.–14. Oktober 2012, Seiser Alm, Dolomiten
 Hotel «Alpina Dolomites Health Lodge & Spa» *****

Teilnahmegebühren/Kosten Arrangement
 (pro Person und Zimmer bei Doppelbelegung/
 Preise Einzelbelegung auf Anfrage)

DZ Dialer Superior, ca. 50 m² mit Balkon
 8 Tage: 6.–14.10. € 2060.– statt € 2200.–
 4 Tage: 6.–10.10./10.–14.10. € 1040.– statt € 1110.–

DZ Saslong Exklusive, ca. 50 m² mit Terrasse
 8 Tage: 6.–14.10. € 2260.– statt € 2400.–
 4 Tage: 6.–10.10./10.–14.10. € 1140.– statt € 1210.–

Molignon Suite, ca. 75 m², mit Balkon
 8 Tage: 6.–14.10. € 2560.– statt € 2700.–
 4 Tage: 6.–10.10./10.–14.10. € 1290.– statt € 1360.–

Leistungen
 8 bzw. 4 Übernachtungen inkl. Halbpension mit 5- oder 6-Gang-Wahlmenüs, Benützung des Wellness- und Fitnessbereichs, der Tiefgarage und des gesamten Alpina- Wohlfühlangebots. Täglich Kammerkonzerte in der Franziskuskirche und ein Einführungsgespräch gemäss Tagesprogramm

Informationen & Reservationen:
 SÜDTIROL MOMENTE, Oberbozen-Ritten
 Telefon: +39 0471 345 308
 E-Mail: info@suedtirol-momente.com
 Web: www.suedtirol-momente.com

Bitte bei Bestellung das Stichwort «Weltwoche» angeben.
 Sofern Sie ein einfacheres Quartier bevorzugen, fragen Sie nach unseren Konzert-Arrangements im 3-Sterne-«Hotel-Caro» auf der Seiser Alm.

Botschaften in Techniker-Latein

Von kleinen Schritten, grossen Sprüngen, Raubvögeln und der Schöpfungsgeschichte bis zur nie gehaltenen Trauerrede – die Mondlandung hat Pathos, Prahlerei und Missgunst im Menschen gekitzelt wie kein Ereignis zuvor. Auch ein Berner Physiker mischte selbstbewusst mit. *Von Urs Gehrig*

Bei aller Trübsal, es war ein prächtiger Abend! Nach der Todesmeldung Neil Armstrongs letzten Samstag flimmerten winkende Astronauten und eine rauchende Rakete, gross wie ein Wolkenkratzer, über den Bildschirm, dass man sich im denkwürdigen Juli 1969 wähnte. Spätestens, als die sonore Stimme von Nasa-Sprecher Jack King zum Countdown ansetzte und das befreiende «Apollo 11 lift-off! We have a lift-off!» rief, konnte man sich dem metaphysischen Schaudern nicht mehr entziehen.

In unserer mit Kraftworten gehohelten Zeit beobachtete man mit Entzücken, wie bereits damals Akteure, gross und nichtig, geleitet von der Witterung für das Epochale, nach kühnen Worten griffen. Allen voran US-Präsident Nixon, der die Mondmission flugs zur «grössten Woche in der Geschichte seit der Schöpfung» erklärte. Andere Aussprüche haben sich im kollektiven Gedächtnis verankert. Armstrongs «Der Adler ist gelandet» zum Beispiel, oder die Aufschrift der auf dem Mond zurückgelassenen Plakette: «Wir kamen in friedlicher Absicht, stellvertretend für die ganze Menschheit». Natürlich stimmte dieser Spruch ebenso wenig wie derjenige von Papst Pius XII., der die «menschheitseinigende Kraft der Weltraumfahrt» beschworen hatte.

Wozu auf den Mond? Diese Frage wagte im Kalten Krieg kaum jemand zu stellen. Schliesslich hatte John F. Kennedy die Antwort bereits 1962 gegeben: «Weil er da ist!» Ausserdem waren die Forscher überzeugt, dass die Experimente auf dem Mond Antworten auf «fundamentale Fragen der Wissenschaft» liefern würden. Eine davon lautete: «Was kann die Zusammensetzung des Sonnenwindes über den Ursprung des Sonnensystems aussagen?»

Auf dieses Experiment – das Aufrollen des Sonnenwindsegels für die Dauer des Aufenthalts auf dem Mond – war ein Land besonders stolz: «Eine Mini-Nation», wie der *Spiegel* in kratzbürstiger Freundlichkeit schrieb, «die ausser diesem guten Gedanken zur Raumfahrt bisher wenig beisteuerte.» Was kümmerten solch schnöde Worte den Schweizer Projektleiter Johannes Geiss? «Auch wir werden etwas kosmisches Material heimbringen», verkündete der Berner Physiker vor dem Start stolz: «eine milliardstel Unze!» So viel Sonnenmaterie sollte sich nach den Berechnungen der Physiker in dem Aluminiumsegel ansammeln.

Zugegeben, die Aussage von Johannes Geiss musste für deutsche Ohren allzu selbstbewusst klingen, sie war aber berechtigt. Immer-

hin waren die Schweizer als einzige nicht-amerikanische Forschergruppe von der Nasa für den ersten bemannten Mondflug mit einem Experiment ausgewählt worden.

Rührend war die Prahlerei der Italiener, die so taten, als hätte die Rakete nie abgehoben, hätte nicht «unser Landsmann» Rocco Petrone, Startdirektor von Apollo 11, ihr beigestanden. Auch die Deutschen konnten es nicht lassen, einen Teil des Erfolgs für sich zu reklamieren. So rechnete die *Bild*-Zeitung vor, dass von den 57 Apollo-Flugkontrolleuren sieben deutscher Abstammung seien und zwölf Prozent des Mondaufwands made in Germany sei, was die *New York Times* als «chauvinistisch» bezeichnete.

233 schicksalsschwangere Worte

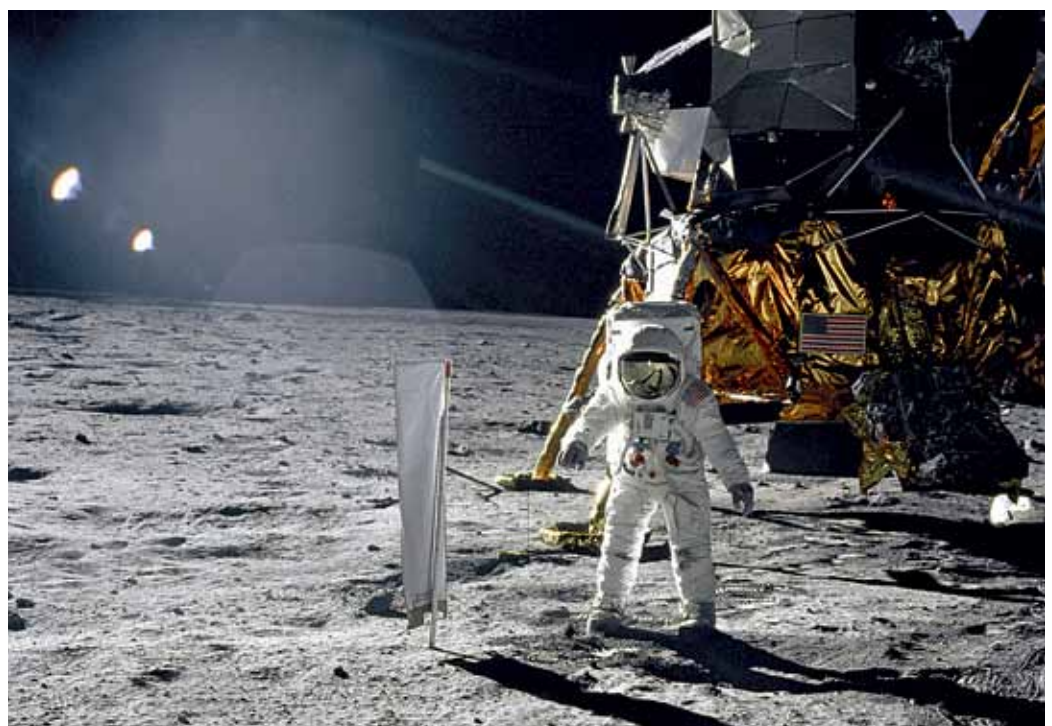
Kleinlaut waren die Sowjets. Von ihnen hörte man fast gar nichts. Auch nicht über ihr eigenes, mysteriöses Unterfangen «Luna 15». Die unbemannte Sonde, die drei Tage vor dem Apollo-Start in die Mondumlaufbahn eingetreten war, wurde von geheimnisvollem Schweigen begleitet. Das Regierungsblatt *Iswestija* erläuterte der Leserschaft lediglich, dass ein unbemannter Mondflug «wissenschaftlich ergiebiger» sei als ein bemannter.

Einzig den Helden der Mission war kaum Pathos zu entlocken. Die Apollo-11-Astronauten setzten fast ausschliesslich Botschaften in

Techniker-Latein zur Erde ab. «Es war die wortkargste Astronauten-Crew, die Amerika je entsandt hatte», was wahrscheinlich mit der spröden Mentalität der drei im Raumschiff zu tun habe, bemerkte ein Journalist etwas enttäuscht. Umso verblüffter zeigten sich die 500 Millionen TV-Zuschauer, als der leise Armstrong letztlich den Satz aller Sätze sprach: «Es ist ein kleiner Schritt für einen Menschen, aber ein riesiger Sprung für die Menschheit.»

Was weder die Astronauten noch die Welt damals wussten: Während Armstrong und Aldrin auf dem Mond hüpfen, lag im Sekretär des Präsidenten ein Manuskript bereit mit der Überschrift «Für den Fall eines Mond-Desasters». Gemeint war jener Fall, in dem die Rückkehr vom Erdtrabanten misslingen sollte. Armstrong und Aldrin wären, abgeschnitten von jeder Kommunikation, einen langsamen, einsamen Tod gestorben.

Das 1999 nach 30-jähriger Aktensperre entdeckte Dokument enthält 233 schicksalsschwangere Worte, eine Trauerrede, die Nixon vor der Welt hätte halten müssen. «Diese tapferen Männer, Neil Armstrong und Buzz Aldrin, wissen, dass keine Hoffnung auf ihre Rettung besteht», hätte der Präsident gesagt, die Mond-Gestrandeten noch im Präsens würdigend. «Doch sie wissen auch, dass in ihrem Opfer Hoffnung für die Menschheit liegt.» ○



«Wir kamen in friedlicher Absicht»: Mondlandung 1969.

«Bald sind wir alle Griechen»

Der Ökonom Tomáš Sedláček über Zahlen und Zeitreisen, die Krise seiner Zunft, Gemeinsamkeiten von Schulden und Alkohol – und die Frage, was falsch ist am Wirtschaftswachstum.

Von Claas Relotius und Antonin Kratochvíl/VII (Bild)

Herr Sedláček, Sie gelten heute als der weltweit populärste Kritiker mathematischer Modelle in der Ökonomie. Warum haben Zahlen für Sie keine Bedeutung?

Oscar Wilde hat einmal geschrieben: «Ein Zyniker kennt von allem den Preis, aber von nichts den Wert.» Ich will damit sagen, dass Zahlen in der Wirtschaft nur eine Bedeutung haben, wenn wir ihnen einen Kontext geben. Viele Ökonomen sehen dies aber nicht mehr. Fragen Sie einen Banker, was der Unterschied von Wert und Preis ist. Er wird Ihnen keine Antwort geben können, weil er mit seinen Zahlenwerken so beschäftigt ist wie ein Fisch, der im Wasser schwimmt und dabei vergessen hat, was Wasser ist.

Die Ökonomie ist zu abgehoben?

Wir neigen dazu, die Aussagekraft von Zahlen und mathematischen Modellen so zu betrachten, als würde es sich bei der Ökonomie um eine Naturwissenschaft handeln. Dabei ist die Ökonomie natürlich keine exakte Wissenschaft wie die Physik. Unsere Theorien und Zahlen bedeuten, losgelöst von der Realität, erst mal gar nichts. Behandeln wir sie aber trotzdem absolut und wertneutral, verleitet uns das am Ende zu der fatalen Annahme, wir könnten wirtschaftliche Entwicklungen am Reissbrett planen und beliebig kontrollieren. Das ist sehr gefährlich.

Dennoch kommt die Ökonomie nicht ohne Mathematik aus. Worauf soll man wirtschaftliche Annahmen stützen, wenn nicht in erster Linie auf Zahlen?

Zahlen helfen uns, das ist richtig. Aber mathematische Formeln entwickeln sehr schnell eine Art Eigenleben. In diesem Fall dienen sie nicht mehr dazu, wirtschaftliche Thesen, sondern nur noch mathematische Thesen zu beweisen. Der österreichische Ökonom F.A. von Hayek warnte bereits 1974 in seiner berühmten Nobelpreisrede davor, dass neutrale Zahlenspiele in einem humanistischen Feld wie der Ökonomie überhandnehmen. Wir sind so besessen von Zahlen und ihrer vermeintlichen Exaktheit, dass wir glauben, in ihnen allein würde Wahrheit liegen.

Geht es nicht weniger um Wahrheit als um Objektivierung?

Sie haben recht, Zahlen dienen der Objektivierung. Und dennoch können sie lügen. Ein Beispiel: Griechische Staatsanleihen

wurden vor nicht allzu langer Zeit zu einem Zinssatz von 4,22 Prozent vergeben. Das war eine unglaublich genaue Zahl, wenn man bedenkt, dass sich darin wirtschaftliches Vertrauen widerspiegeln soll – und trotzdem war sie falsch.

Sie meinen, der Zinssatz für Griechenland hätte viel höher sein müssen, weil das Land schon längst bankrott war?

Genau. Ich will damit sagen: Man kann etwas so Komplexes und Abstraktes wie Vertrauen nicht auf eine Zahl mit mehreren Stellen hinter dem Komma herunterbrechen. Ich behaupte gar nicht, dass unsere Zahlenspiele und Modelle falsch sind. Nur müssen wir endlich damit aufhören, sie als absolut zu betrachten. Die Finanzkrise zeigt, wie töricht das ist.

Die Welt hat in den letzten fünf Jahren zunächst eine Immobilienkrise, dann eine globale Finanzkrise und nun eine Euro-Krise erlebt. Nichts davon haben Experten in diesen Ausmassen vorhergesehen. Hat die Ökonomie als Wissenschaft versagt?

«Es gibt keine führende Theorie der Volkswirtschaftslehre, mit der man diese Krise erklären könnte.»

Sagen wir es so: Sie ist ziemlich in Verruf geraten. Als 2008 die globale Finanzkrise über uns hereinbrach, gab es keine führende Theorie der Volkswirtschaftslehre, mit der man diese Krise und vor allem ihre weiteren Auswirkungen hätte erklären können.

Worauf ist das zurückzuführen?

Wir haben zu lange die Unzulänglichkeiten der bestehenden Theorien ignoriert. Wir haben fest daran geglaubt, dass wirtschaftliche Risiken bis in den letzten Winkel messbar und vor allem kalkulierbar sind. Dass die Ökonomie wie eine Marionette reagiert, wenn man nur am richtigen Faden zieht. Die US-Regierung hat vor einigen Jahren mit einer Niedrigzinspolitik die Konjunktur ankurbeln wollen, und so gut wie nichts hat darauf hingedeutet, dass hierdurch auch eine Immobilienblase entstehen und irgendwann platzen könnte – aber es ist trotzdem passiert.

Der Ökonom Frank Knight unterschied schon 1921 zwischen messbaren Risiken und radikalen Ungewissheiten, die aber nur mit geringer Wahrscheinlichkeit in

Erscheinung treten. Wurden Letztere in Kauf genommen oder schlichtweg nicht gesehen?

Sie wurden in Kauf genommen. Wir sollten jetzt gelernt haben, dass Marktmodelle, die allein auf mathematischen Berechnungen beruhen und radikale Ungewissheiten ausklammern, nicht widerstandsfähig sind. Spätestens dann nicht, wenn jene Ungewissheiten Realität werden.

In Ihrem Buch «Die Ökonomie von Gut und Böse» plädieren Sie dafür, Ökonomie nicht als rationale Wissenschaft, sondern als Feld moralischer Entscheidungen, Glaubensfragen und kultureller Erfahrungen zu begreifen. Was sagt die gegenwärtige Krise demzufolge über unsere Gesellschaft aus?

Sie macht deutlich, dass wir allem technologischen und industriellen Fortschritt zum Trotz noch immer die gleichen Sünden wie vorangegangene Generationen begehen. Was die Gier nach Wachstum und die Anhäufung von Wohlstand angeht, übertreffen wir sie sogar. Im letzten Jahrhundert sind unsere mittlerweile abenteuerlichen Schuldenberge nicht aus Mangel erwachsen, sondern aus Übermass, weil wir den Hals einfach nicht voll genug bekommen haben. Wir gehen wohl als Zeitalter der Schulden in die Geschichte ein.

Unser System gründet auf Kreditkapitalismus. Lässt sich das Rad überhaupt zurückdrehen?

Es wäre schon hilfreich, wieder ein Bewusstsein dafür zu bekommen, dass es sich bei Krediten um nichts anderes als um Schulden handelt. Interessant ist doch Folgendes: Wenn Sie mir tausend Euro leihen, würde ich niemals annehmen, ich wäre deshalb um tausend Euro reicher. Seltsamerweise scheint das für Regierungen aber nicht zu gelten. Wenn 35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf Schulden beruhen, dann kann man nicht so tun, als wäre das Land um 35 Prozent reicher. Dann ist das Bruttoinlandsprodukt nichts anderes als ein «Bruttoschuldenprodukt».

Dennoch verschulden sich insbesondere Länder wie Spanien oder Frankreich immer weiter, um ihre Konjunktur in Gang zu halten.

Was am Ende unmöglich gutgehen kann. Schulden funktionieren wie Alkohol: Durch beides leihen wir uns einen konzentrierten, aber kurzfristigen Energieschub aus der



«Uns bleibt gar nichts anderes übrig, als die Nachfrage zu reduzieren»: Ökonom Sedláček, 35.



«Eine Art Bastard-Keynesianismus»: Sedláček.

Zukunft, der uns am Ende aber genau da wieder fehlen wird. An einem Abend trinken Sie eine Flasche Wein, vielleicht auch zwei, Sie fühlen sich grossartig und tanzen auf den Tischen. Man könnte denken, das sei dem Alkohol zu verdanken. Das stimmt aber nicht ganz. Im Grunde sorgt der Alkohol nur dafür, dass Sie sich die Energie des darauffolgenden Tages leihen. Am nächsten Morgen folgt der Kater. Genauso verhält es sich mit Schulden. Kreditaufnahmen sind nichts anderes als Zeitreisen, und Zinsen sind das Ticket dafür. Wir stehen somit das Geld, das wir morgen noch gar nicht haben, um schon heute damit zu bezahlen. Frankreich, Italien und andere Länder tun genau das, was schon Griechenland in die Pleite geführt hat. Ändert sich nichts daran, sind wir bald alle Griechen.

Frankreichs neuer Präsident Hollande will weiter Schulden aufnehmen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Auch Ihr US-amerikanischer Kollege Paul Krugman fordert vehement Wachstumsinvestitionen statt Sparmassnahmen. Ist Wachstum nicht unabdingbar, wenn man langfristig Schulden abbauen will?

Wenn wir auf Kosten von Schulden wachsen können, müssen wir auch Schulden abbauen können, ohne zu wachsen. Stellen Sie sich vor, Sie verdienen im Jahr eine Million Euro, ihr Einkommen erhöht sich aber nicht mehr. Macht es das Ihnen unmöglich, einen Kredit zurückzuzahlen?

Ich müsste meine Ausgaben beschränken. Je nach Schuldenlast würde mein Lebensstandard dadurch sinken.

Der wäre ohnehin nur künstlich erschaffen und somit nicht von Dauer.

Sie fordern also Haushaltsüberschüsse?

Davon ist selbst Deutschland weit entfernt. Aber genau das brauchen wir. Wir können nicht ewig weiter investieren, ohne jemals Einnahmen abzuschöpfen. Fälschlicherweise wird immer so getan, als hätten wir es momentan mit einer Depression zu tun. In Wahrheit ist unsere Wirtschaft manisch-depressiv. Den Griechen sagt man gerne: Hättet ihr einfach mehr gearbeitet, dann würde es eurem Land nicht so schlechtgehen. Den Iren aber müsste man eigentlich sagen: Hättet eure Banker auch nur halb so viel gearbeitet, dann hättet ihr keine Probleme.

Wie meinen Sie das?

Die irischen Banker waren viel zu lange in der manischen Phase und haben unaufhörlich investiert. So hat Irland sich nicht nur in Zeiten der Krise verschuldet, sondern sogar in Zeiten relativ grossen Wirtschaftswachstums. Unser Problem ist nicht die depressive Phase, die wir jetzt haben, sondern die manische, in der wir uns besser fühlen, als es uns eigentlich geht. Wir können nicht immer nur Antidepressiva ausgeben, also Schulden machen, sondern müssen umgekehrt auch in manischen Zeiten die Energie drosseln.

Welche Therapie schlagen Sie vor?

Zuerst müssen wir von den Wachstums-Steroiden herunterkommen und dann in guten Zeiten Reserven zurücklegen, um in schlechten handlungsfähig zu sein. Das ist eigentlich keine grosse Erkenntnis, sondern eine Weisheit, die manche von uns schon aus dem Kindergottesdienst kennen. Der Traum des ägyptischen Pharaos von den sieben fetten und den sieben mageren Kühen war nichts anderes als eine makroökonomische Vorhersage. Josef leitete daraus den ersten Konjunkturzyklus der Geschichte ab, dass also sieben reichen sieben arme Jahre folgen werden. Deshalb riet er dem Pharaos, in den reichen Jahren stets einen Teil der Ernte für die mageren Jahre zurückzulegen.

Damit sind wir bei Keynes.

Stimmt, Keynes forderte im Prinzip genau das Gleiche. Nur haben die meisten europäischen Länder in den letzten Jahrzehnten eine Art Bastard-Keynesianismus betrieben: Sie haben den Teil seiner Lehre übernommen, der ihnen gefällt, nämlich, dass sie Schulden machen dürfen, wenn es schlecht läuft. Dass sie dafür in guten Zeiten aber auch Reserven zurücklegen müssen – den Teil haben sie vergessen. Die Kornspeicher des Pharaos wären heute nicht nur leer, sondern voller Schuldscheine. Während der langen Wachstumsperiode von 2001 bis 2007 haben wir in Relation zu den Jahren davor unermesslichen Reichtum angehäuft. Aber wir haben so gut wie nichts davon abgeschöpft, um kommende Defizite auffangen zu können. Deshalb hat uns die Bankenkrise von 2008 umso härter getroffen.

Tomáš Sedláček

Der Ökonom wurde 1977 in Tschechien geboren. Er verbrachte Teile seiner Kindheit in Skandinavien, um nach dem Abitur für das Studium der theoretischen Ökonomie nach Prag zurückzukehren, wo er bereits 2001 im Alter von 24 Jahren an der Karls-Universität promovierte. Nur zwei Wochen später ernannte ihn Tschechiens damaliger Präsident Václav Havel zu seinem persönlichen ökonomischen Berater.

Seit 2006 ist Sedláček Chefökonom der tschechischen Handelsbank und seit 2009 Mitglied des Nationalen Wirtschaftsrats. International bekannt wurde er durch sein Buch «Die Ökonomie von Gut und Böse», in welchem er wirtschaftliches Handeln kulturgeschichtlich erklärt und dabei vor allem den Wachstumsgedanken in Frage stellt. Obwohl das Buch auf einer Dissertation basiert, die in Tschechien abgelehnt wurde, avancierte es mittlerweile in vielen europäischen Ländern zum Bestseller.

Sedláček lebt in Prag und lehrt neben seiner Tätigkeit als Ökonom Wirtschaftsgeschichte und -philosophie an der Karls-Universität.

Sind wir heute links von Keynes angekommen?

Das ist ja so absurd: Achtzig Jahre hat man in der Ökonomie und auch in der Politik darüber gestritten, ob der Keynesianismus zu liberal sei. Tatsache ist aber, dass Keynes mit seiner Wirtschaftspolitik heutzutage am rechten Rand stehen würde.

Warum sind wir so besessen vom Wachstum?

Zum Teil liegt es in der Natur des Menschen, immer mehr zu wollen. Das geht schon bei Adam und Eva los. Aber das ist auch nur die halbe Wahrheit. Bis zur industriellen Revolution hat die Frage, ob die Wirtschaft wächst oder nicht, kaum einen Menschen interessiert. Das Bruttoinlandsprodukt wurde erstmals 1790 in den USA gemessen. Bis dahin hatte der Fortschrittsgedanke eher spirituellen Charakter. Erst mit den technischen und ökonomischen Entwicklungen dieser Zeit wurde aus Wachstum plötzlich ein gesamtgesellschaftliches und gleichzeitig beinahe sakrales Ziel. Mit dem rasanten Fortschritt sind ab diesem Zeitpunkt ebenso rasant die Bedürfnisse gestiegen. Das Tragische ist doch: Eigentlich müssten wir mit dem ganzen Wohlstand, den wir angehäuft haben, viel zufriedener sein. Die Realität sieht aber ganz anders aus. Jedes erfüllte Bedürfnis erzeugt nur wieder ein weiteres und führt am Ende dazu, dass wir unzufrieden bleiben.

Ökonomisch ausgedrückt: Das Angebot kann die Nachfrage nie decken.

Exakt. Und trotzdem streben wir weiter danach, immer mehr zu bekommen. Wir versuchen manisch, das Angebot auf dem Markt zu erweitern, um irgendwie die Nachfrage abzudecken. Weil wir so nach Bedürfnisbefriedigung lechzen, jagen wir dabei aber nur wie ein dummer Esel einer Möhre hinterher, die wir dabei selber an einem Stock vor uns hertragen.

Man könnte dies auch ins Positive wenden und sagen: Solange wir nicht satt sind, gibt es keinen Stillstand, wir entwickeln uns weiter. Nur deshalb haben wir diesen Wohlstand.

Das stimmt, die Unersättlichkeit treibt uns an. Sie ist sogar das Herzstück unserer Zivilisation. Aber wie hoch ist der Preis, den wir für ständigen Fortschritt zahlen? Damit meine ich nicht nur auf makroökonomischer Ebene die Schulden. Wir sind die mit Abstand reichste Zivilisation aller Zeiten – und gleichzeitig sind wir mindestens genauso weit von dem Wort «genug» entfernt wie unsere vermeintlich primitiven Vorfahren.

Keynes prophezeite 1930 seinen Enkeln, dass sie nur fünfzehn Stunden in der Woche arbeiten würden und einen bis zu achtmal so hohen Lebensstandard hätten. Tatsächlich sind die Menschen heute noch wesentlich reicher, aber sie arbeiten auch viel mehr. Können wir nicht anders?

Konsum und Fortschritt sind für uns zur Droge geworden. Im Film «Fight Club» bringt Brad Pitt als Hauptfigur Tyler Durden unsere moderne Lebensweise überspitzt so auf den Punkt: Wir verrichten Arbeit, die wir hassen, damit wir Scheisse kaufen können, die wir nicht brauchen.

«Die Unersättlichkeit ist das Herzstück unserer Zivilisation. Aber wie hoch ist der Preis?»

Was würden Sie also ändern?

Die Frage lautet: Müssen wir alle Energie, die der technische Fortschritt uns schenkt, wieder in Konsum, Arbeit und Wachstum stecken? Die antiken Stoiker waren Meister darin, ihre Nachfrage nicht nur zu beschränken, sondern auch zu reduzieren. Und uns bleibt eigentlich sowieso gar nichts anderes mehr übrig.

Mässigung scheint kaum in unsere Zeit zu passen. Wie reagieren Ihre Kollegen auf solche Analogien, wenn Sie beispielsweise beim Wirtschaftsforum in Davos sprechen?

Man kann mich dafür belächeln und als Moralapostel abtun, aber Fakt ist: Selbst Keynes wusste, dass eines Tages der Punkt

kommt, an dem wir unseren Wohlstand nicht mehr steigern können.

In Ihrem Buch verweisen Sie auf die alten Hebräer, die in bestimmten Zeitabständen den Reset-Knopf gedrückt und jede Anhäufung von Reichtum ausgelöscht haben. Dazu wurden Schuldner sogar alle 49 Jahre sämtliche Schulden erlassen. Ein Modell, gegen das einige Länder der Euro-Zone momentan sicher nichts einzuwenden hätten.

Sicher nicht, aber es gäbe auch genügend Länder, die etwas dagegen hätten. Bei der ganzen Debatte um Rettungsschirme und Euro-Bonds geht es doch am Ende nur um die Frage: Ist Europa ein Markt, in dem Fehler bestraft werden, oder eine Familie, in der man sich gegenseitig hilft? Nehmen wir als Beispiel mein Heimatland: Wenn hier Geld von Südböhmen nach Nordböhmen wandert, ist das ganz normal. Wir Tschechen sind eine Familie, und jeder weiss, wenn Nordböhmen gesund ist, dann geht es dem ganzen Land besser. In Europa fehlt dieses Bewusstsein.

Das bedeutet, es mangelt an politischer Führung?

Merkel führt uns momentan durch die Krise. Bis vor kurzem auch Sarkozy. Aber beide hat erst die Krise als Führer hervorgebracht. Sie stehen für problembezogene Massnahmen, aber nicht für die grossen Visionen. Kohl und Mitterrand waren ein anderes Kaliber.

Angenommen, morgen zerfällt die Euro-Zone. Was passiert dann?

Die Folge wäre eine Kettenreaktion. Die Krise würde wie ein Buschbrand auf immer mehr Länder übergreifen. Am Ende würde es wirtschaftlich keinem Land gelingen, seine Haut zu retten. Das Schlimmste aber wäre, dass die Risse innerhalb Europas auf Jahrzehnte nicht mehr zu kitten wären. Stellen Sie sich vor, Griechenland oder Irland wären vor etwa fünfzig Jahren bankrottgegangen. Dann hätten andere Staatschefs schon längst darüber beraten, wie man diese Länder besetzt.

Der Euro schützt die Länder vor sich selbst?

Wir haben schon oft erlebt, wie schnell Handelskriege zu echten Kriegen werden können. Solange es die Euro-Zone gibt, wird es keine Handelskriege geben. Deshalb sollten wir jeden Tag dankbar sein, dass es den Euro gibt.

Tomáš Sedláček: Die Ökonomie von Gut und Böse
Hanser. 448 S., Fr. 34.90

Exklusiv für Weltwoche-Leser: die Zusammenfassung des Buches «Die Ökonomie von Gut und Böse».
Kostenlos auf www.getAbstract.com/weltwoche.

**Jetzt
exklusiv für
Weltwoche-
Leser!**



Als Abonnent/-in
der Weltwoche
jetzt TV-Star

**CHF 60.-
günstiger.**

**TV-Star –
Ihre Schweizer Fernseh-Stars**

- Das topaktuelle und übersichtliche TV-Programm mit täglich 60 Sendern.
- Tagestipps und Film-Highlights mit Bewertungen der eigenen Redaktion.
- Vielfältiger Magazinteil: alles über die TV- und Showszene.
- Originelle Kolumnen, grosser Rätselteil.

**Jetzt bestellen und
CHF 60.- sparen:
Telefon 043 444 57 01**

DIE WELTWOCH
TVstar



«Kennst du den neuen Handke?»: Modefotografie aus einer *Vogue*-Ausgabe von 1977.



Wenn Frauen träumen

Von Daniele Muscionico

Wie viele Sehnsüchte sind auf diesem Bild versammelt? Drei, vier, fünf? Wer sie findet, gewinnt eine Nacht im Sonnenstudio seiner Wahl.

Wer entdeckt die Wünsche und Illusionen, die der britische Modefotograf Albert Watson 1977 für die amerikanische Ausgabe der *Vogue* auf einem Bild verdichtet hat? Zwei ermattete Disco-Queens von anno dazumals. Knappes Bikini, grosse Sonnenbrille und frühreifem Herbstlaub an delikaten Positionen. So war das also, als man mit Gold noch nicht kleckern musste, sondern klotzen durfte und sich sorglos ohne Sonnenschutzfaktor 80 ans Meer legte.

Gute alte Zeit. Doch die Wunschbilder haben sich frisch gehalten. Der Traum vom ebenmässigen Körper, von der ewigen Baby-Po-Haut, haarlos natürlich und seidenzart. Die Fantasie vom endlosen Sommer – die natürlich nur jemand hat, der nicht weiss, was nie endende Hitze bedeutet. Diese Hitze hier ist bloss erträglich, weil wir wissen, dass sich in Laufdistanz Schatten befindet oder ein gekühltes Getränk. Und selbstverständlich wird hier auch nicht geschwitzt. Damen transpirieren, schlimmstenfalls, nur Pferde schwitzen.

Ja, so sehen wir sie gern: Die Frau als entblösste Erscheinung, bis zur Bewusstlosigkeit der Empfindung ergeben, hingegossen in Rückenlage. Die Lippen sind sinnlos geöffnet. Und wenn, was würde die eine der anderen in dieser Situation zu erzählen haben? «Kennst du den neuen Handke?» – wohl eher nicht. «Wo ist Luigi?» – das könnte sein.

Um zum meteorologischen Sommerende dem Bild mit dem ihm gebührenden Respekt zu begegnen: Modefotografie hat eine enorme Wirkungsmacht, und genau das hat schon sehr früh der legendäre Verleger Condé Nast erkannt. Seine Publikationen haben die Haute Couture zur Kunst erhoben, und Magazine wie *Vanity Fair* oder *Vogue* haben immer wieder neue Fototalente entdeckt und renommierte Modefotografen gefördert.

Nun hat der Condé-Nast-Verlag erstmals seine Archive in New York, Paris, London und Mailand geöffnet und gewährt Einblick in seine Fotosammlung. Davon erzählt die Ausstellung «Zeitlos schön», eine Essenz aus 100 Modebildern, von seltenen Fotografien der Anfänge bis hin zu spektakulären zeitgenössischen Werken. – Nun also, wer alle Illusionen dieses Bildes zu benennen weiss, der gewinnt zum gefühlten Herbstbeginn eine Übernachtung in einem Sonnenstudio oder eine Beratung beim Dermatologen.

Zeitlos schön: C/O Berlin im Postfuhramt, bis 28.10.
Zur Ausstellung erscheint ein Katalog bei Prestel.

Belletristik

- 1(-) **Jussi Adler-Olsen:** Verachtung (DTV)
- 2(1) **Jonas Jonasson:** Der Hundertjährige ... (Carl's Books)
- 3(3) **Joy Fielding:** Das Herz des Bösen (Goldmann)
- 4(2) **Henning Mankell:** Erinnerung an einen schmutzigen Engel (Zsolnay)
- 5(4) **Jean-Luc Bannalec:** Bretonische Verhältnisse (Kiepenheuer & Witsch)
- 6(10) **Alain C. Sulzer:** Aus den Fugen (Galiani)
- 7(-) **Elizabeth George:** Glaube der Lüge (Goldmann)
- 8(6) **Ingrid Noll:** Über Bord (Diogenes)
- 9(-) **Jan-Philipp Sendker:** Herzenstimmen (Blessing)
- 10(5) **Isabel Allende:** Mayas Tagebuch (Suhrkamp)

Sachbücher

- 1(-) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klugen Handelns (Hanser)
- 2(1) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klaren Denkens (Hanser)
- 3(2) **André Häfliger, Georges Wüthrich:** Dölf Ogi – So wa(h)r es! (Weltbild)
- 4(3) **Philippe Pozzo di Borgo:** Ziemlich beste Freunde (Hanser)
- 5(5) **Rhonda Byrne:** The Magic (Droemer/Knaur)
- 6(7) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (Bibliographisches Institut GmbH)
- 7(4) **Jacky Gehring:** Body Reset – Das Erfolgsprogramm (Weltbild)
- 8(8) **Manfred Spitzer:** Digitale Demenz (Droemer/Knaur)
- 9(6) **Lukas Fischer:** 1001 Ausflugsziele – Familienspass im Freizeitland (Weltbild)
- 10(-) **Pierre Dukan:** Die Dukan-Diät (Gräfe und Unzer)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Netrebko und Putin

Was tun, wenn ein geschätzter Künstler sich zur politischen Gegenseite bekennt? Konservative Erdenbürger sind dieses Gefühl gewohnt: Die Mehrheit der Künstler in Europa steht den Sozialdemokraten nahe, in den USA den Demokraten. Die umgekehrte Konstellation kommt seltener vor. Dass Kiss-Bassist Gene Simmons Mitt Romney unterstützt, hat viele Musikkollegen irritiert. Der Autor Josef von Westphalen hat kürzlich erfahren müssen, dass die Sopranistin Anna Netrebko Wladimir Putin unterstützt. «Die Netrebko wird als Russin ihre taktischen Gründe haben, dem blassen Finsterling ihre Stimme zu leihen, ein Jammer ist es schon», schreibt er im *Abendblatt*. Taktische Gründe? Wohl redet sich von Westphalen ein, dass Netrebko in Wahrheit politisch doch auf seiner Seite steht. Keine schlechte Strategie, um die Hochachtung für sein Idol aufrechtzuerhalten. (rb)

Als die heutige Welt Gestalt annahm

In «Löwenstern» zeichnet Adolf Muschg ein Panorama westlich-japanischer Missverständnisse. Eine anstrengende, aber brillant formulierte Fahrt in die Vergangenheit. Von Jürg Ramspeck

Muschg ist ins frühe 19. Jahrhundert hinabgestiegen und aus ihm mit einer wunderbaren Geschichte wieder aufgetaucht. Mit der Geschichte des baltischen Seeoffiziers Hermann Ludwig von Löwenstern, dessen Lebenstraum es war, seinen Fuss auf ein verschlossenes Land zu setzen: Japan. Muschg war anlässlich eines Kongresses in Estland in den Besitz von Aufzeichnungen gekommen, die Löwenstern, Teilnehmer an der ersten russischen Weltumsegelung, in bizarrer Orthografie hinterlassen hatte. Der Roman, dem diese Aufzeichnungen als Inspiration dienten, darf für sich zweifellos als ein Plus in Anspruch nehmen: wie gut doch, dass Intellektuelle in Estland über den «Zusammenhalt Europas» reden.

Nun ist Löwenstern tatsächlich nur bis auf die holländische Quarantäne-Insel vor Nagasaki gelangt. Aber nachts suchten ihn von den japanischen Ufer-Hügeln Töne eines ihm unbekanntes Instrumentes heim, die sich seines Verstandes und seiner Seele bemächtigten. Und ihn in der Erinnerung vielleicht auch seiner Identität beraubten. Jedenfalls bezweifelten mehrere der Anwesenden, als er am Ende des Buches dem Zaren Alexander vorgeführt wird, dass dieser in Schweigen gehüllte Mensch Löwenstern, der vierte Offizier auf dem Expeditionsschiff «Nadeschda», war.

Es ist schwierige, oft nur mit Anstrengung zu entschlüsselnde Lektüre, aber den Durchhaltewilligen belohnt der Autor reichlich. Er lässt seinen Löwenstern einen Besuch bei Goethe in Weimar machen, und das ist ein meisterlich ausgekochtes Kabinettstück: der Dichterstürst, der den kleinen Junker zu entspannter Plauderei empfängt, huldvoll zu seinem abenteuerlichen Vorhaben ermutigt und in rascher Folge mit Pralinen füttert; nicht ohne beiläufig auch Selbstgedachtes über das obskure Volk der «Japanesen» fallenzulassen. Auch ist dem Junker vergönnt, im Weimarer Salon seiner Tante beim Tanz an die füllige Brust einer anscheinend Unglücklichen genommen zu werden. Von der ihm hinterher bedeutet wird, dass es sich um die allgemein gemiedene Christiane Vulpius, Goethes peinliches Verhältnis, handelte. Muschg läuft in solchen Episoden zum ganz grossen Erzähler auf. Man möchte wetten, er sei dabei gewesen.

Die dramatischen Jahre von Napoleons Herrschaft und Sturz: Sie irrlichtern durch Löwensterns Schicksal wie dumpfe Signale. Russland ist schon zu riesig, um die Erschütterungen nicht unbewegt verebben zu lassen. Und schon

so weit nach Osten ausgestreckt, dass man bereits an Landnahme in Amerika denkt. Nur liegt da dieses unverständliche Japan dazwischen, von dem man nicht weiss, ob man es karessieren oder erobern soll. Auf alle Fälle hat man sich ein Geschenk ausgedacht, das Löwenstern dem Tenno zu überbringen hat: einen riesengrossen Spiegel. Für Glasperlen, mit denen man pazifische Insel-Häuptlinge glücklich macht, hält man ihn denn doch schon für zu zivilisiert. Und erlebt, dass die Japanesen das Geschenk höflich zurückweisen. Bedauernd, nicht in der Lage zu sein, Garantie dafür zu bieten, so wertvolles zerbrechliches Gut unbeschädigt bis ins ferne Edo zu transportieren. Da gehen Dinge vor, die in Löwensterns Kopf eine ziemliche Verwirrung veranstalten.

Er kuriert diese Verwirrung in einer nicht lokalisierbaren «Gryllenburg», wo ihm auch die Gesellschaft einer «Prinzessin» von den entlegenen Kurilen sowie das ausführlich geschilderte Vorkommnis fantasiereichen Beilagers zuteil werden. Und die Verwirrung nimmt zu statt ab. Auch seine Vertiefung in die Berichte seines früheren Kameraden Wassili Michailowitsch Golownin, der nach ihm zur russischen Weltumsegelung startet, führt nicht zur Begradigung seiner aufgewühlten Weltwahrnehmung. Immerhin, Golownin erreicht Japan, wenn auch als Gefangener. Und als er auf der Flucht gestellt und erneut in Haft genommen wird, ist nicht Züchtigung oder verschärfter Arrest die Strafe. Im Gegenteil. Die Japaner anerkennen, dass er es sich als ein Mann von Ehre schuldig war, die Flucht wenigstens zu versuchen, und er steigt in ihrer Achtung. Da ist wieder etwas, was Löwenstern daran zweifeln lässt, ob im Kodex, mit dem er aufgewachsen ist und in dem er unterrichtet wurde, die richtigen Antworten auf die Fragen des Lebens enthalten sind.

In der Gunst der Lady Hamilton

Wo Muschg den inneren Roman seiner Titelfigur in die konkrete Handlung nach aussen stülpt, kommen Szenen von umwerfender Komik vor. So ein Duell, das Löwenstern mit dem Grafen Tolstoi austrägt und das in einer absurden Farce endet. Besonders einfühlsam beschäftigt der Autor sich mit der Figur des Zaren Alexander, dessen Wandlung vom ehemals reformfreudigen Thronanwärter zum Messias der Heiligen Allianz, der alten Ordnung, er mit der entzückenden Sentenz begründen lässt: «Ja, die Freiheit ist wohl für den Men-



Blendend ausgeleuchtete Fahrt in die Vergangenheit: Schriftsteller Muschg.

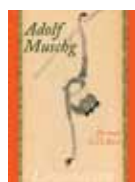
schen geschaffen, nicht aber der Mensch für sie.» Er führt ihn mit dem Berner Stadtchirurgen Adam Schiferle zusammen, der ihm gegen sein Gallenleiden eine in der Schweiz erfolgreich erprobte Therapie vorschlägt. Ihre Umstände erwägend, bescheidet der Zar: «Dann sterbe ich lieber.» Und der Zar verehrt den Dichter Kotzebue und tritt dem Gerücht entgegen, dieser habe für Russland spioniert. Alexander: «Er war nicht mein Agent, er war einfach mein Mann.»

Womit noch lange nicht alle historischen Figuren genannt sind, die Muschgs Panorama der westlich-japanischen Missverständnisse bevölkern. Wobei dahingestellt bleibe, was aktenkundig und was nur ergriffene Gelegenheit ist, der Wahrheit Kolorit zu geben. Hat Löwenstern in Malta wirklich die Gunst der Lady Hamilton genossen? Und hat er tatsächlich die Ambition gehabt, Swifts «Gullivers Reisen» um ein Japan-Kapitel zu verlängern? Er würde darin einen Menschen beschreiben, der in einer realen Welt ankommt, in der alle Anschauungen auf den Kopf gestellt sind. Wenn nicht gar in der bestmöglichen aller Welten.

Hermann Ludwig von Löwenstern (1777–1836) schreibt seine Gulliver-Reise nicht. Sein Plan, in Briefen an seinen ungenannten «Paten» angekündigt, verfällt seiner wachsen-

den Erkenntnis, dass er kein Dichter ist. In seiner Biografie, die Muschg in den Schoss gefallen ist, beendet er sein Seemannsleben auf seinem baltischen Landgut, das heute nicht mehr existiert, als Tagebuch-Verfasser verstummt.

Die Geschichte, die Adolf Muschg aus den Zeugnissen einer Existenz von lebhafter Anteilnahme an den abenteuerlichen Welterkundungen seiner Zeit gewonnen hat, ist reich an Bildern und Anekdoten, reich auch an sprachlichem Aufwand, sie nicht nur geschehen zu lassen, sondern auch Literatur aus ihr zu machen. In ihr findet sich aber das faszinierende Porträt einer Epoche, in der unsere heutige Welt anfang, Gestalt anzunehmen. Es sind dreihundert witzige, oft ausufernde, krude, brillant formulierte Seiten – auf denen man für die Geduld, die ihre Bewältigung fordert, durch das grosse Vergnügen entschädigt wird, auf eine blendend ausgeleuchtete Fahrt in die Vergangenheit mitgenommen worden zu sein.



Adolf Muschg

Löwenstern.
C. H. Beck. 331 S., Fr. 28.40

Jazz

Regenfall, Wolkenzug

Von Peter Rüedi

Masabumi Kikuchi, 72, hat in seinem Leben viel Jazz gespielt, der ein Reflex war dessen, was andere vor ihm erfunden hatten. Das ist nicht abwertend gemeint. Die Geschichte der Improvisation ist weniger eine Folge von Erdbeben als eine von kleinen Abweichungen und persönlichen Anverwandlungen überkommener Idiome. Natürlich gibt es (gab es?) selten Meteoriten, deren Einschlag die ganze Atmosphäre verändert. Allein, auch das sogenannte Genie kommt nicht aus dem Nichts. Der japanische Pianist, der mir zuerst in den Sechzigern in einem erstaunlichen Quintett mit dem Trompeter Terumasa Hino auffiel, unter anderem zu Bands von Gil Evans, Charlie Mariano, Elvin Jones gehörte, dann viel mit Synthesizern arbeitete, hat ab den neunziger Jahren, ans Piano forte zurückgekehrt, viel mit dem unlängst verstorbenen Paul Motian gespielt, in der Gruppe Tethered Moon (mit Gary Peacock) und anderen Formationen des Altmeisters aller Schlagzeugpoeten im neueren Jazz.

Zwei Jahre vor dessen Tod 2011 entstanden die Aufnahmen dieser CD. Sie sind in ihrem radikalen Minimalismus, ihrer fragmentarischen Skizzenhaftigkeit im Wortsinn unerhörte Musik, von einer brüskierenden Intimität und einer alles Naheliegende verweigernden Gegenwärtigkeit. Eine andauernde sanfte Provokation. Kikuchis Alterskunst (eine Art Quintessenz, bei der die Auslassungen so wichtig sind wie das Realisierte) ist eine gegen den Strom. Er schwimmt sozusagen flussaufwärts, und manchmal zieht das eine oder andere bekannte Treibgut an ihm vorbei und verschwindet sogleich wieder. Motian hat immer das Metrum sabotiert, aufgelöst, umspielt, als Ahnung beschworen, in einen prekären Puls verwandelt. Im denkbar dichtesten und offensten Interplay mit Kikuchi und Bassist Thomas Morgan wird, von drei scheinbar fast konventionellen Balladen abgesehen, das Metrum regelrecht «zerfetzt». Die denkbar radikalste und vom Begriff weitestentfernte Form von Ragtime (*ragged time*). Schön anstrengend, das heisst schön und anstrengend. Oder auch ganz einfach. Wie ein Naturvorgang: Regenfall, Wolkenzug, Hagelschlag.



Masabumi Kikuchi Trio
(Thomas Morgan, Paul Motian):
Sunrise. ECM 2096 278 9555

Die besten Komiker der Schweiz

Sie sind das seltsamste und erfolgreichste Bühnenpaar des Landes. Über 1,8 Millionen Zuschauer haben Ursus und Nadeschkin in den letzten 25 Jahren angelockt, ein Mehrfaches davon sah sie in TV-Shows bei Harald Schmidt oder Stefan Raab. Wie schaffen sie das? *Von Rico Bandle*



Schicksalsgemeinschaft: Bühnenpaar Nadja Sieger und Urs Wehrli.

Und dann war sie weg, die erste Locke. Und dann noch eine. Und noch eine. Plötzlich sass Nadja Sieger, so heisst Nadeschkin mit bürgerlichem Namen, mit Kurzhaarschnitt vor dem Spiegel. Das Markenzeichen des Komikerduos, Siegers blonde Rasta-Frisur, war nicht mehr da. Aber doch nicht verschwunden: Die sorgfältig abgetrennten Filzlocken wurden fein säuberlich aufbewahrt, eine Maskenbildnerin knüpfte daraus eine Perücke. Das war 2006. Seither ist die Perücke im Einsatz.

Nadeschkins Frisur, dieser «ästhetische Knockout» (*NZZ am Sonntag*), ist der Kristallisationspunkt jeglicher Auseinandersetzung um diese eigenartigen Spassmacher mit dem fast beängstigenden Erfolg. Sie ist ein Überbleibsel aus der alternativ angehauchten Artistikszene, aus der die beiden herkommen; das verfilzte Haar ist dermassen unglamourös, dass immer mal wieder Leute angeekelt die

Nase rümpfen, wenn von den Komikern die Rede ist. Solche Reaktionen waren mit ein Grund, weshalb Sieger es aus ihrem Privatleben verbannen wollte. «Ich hatte die Schnauze voll von der Diskussion um meine Dreadlocks», sagt sie. Dass das Duo auf der Bühne trotzdem an der Portion Nudeln auf Nadeschkins Kopf festhält, ist nur konsequent: Nadeschkin ohne Rasta-Locken, das ist, wie wenn bei Dick und Doof der Dicke plötzlich dünn wäre.

Dass Ursus und Nadeschkin mit ihrer Art auch auf Ablehnung stossen, braucht sie nicht zu kümmern: Gute Komik polarisiert immer. Ohnehin haben die beiden mehr Freunde als Gegner. Das Erstaunlichste an ihrem Erfolg: Er ist nicht an ein bestimmtes Milieu gebunden. Das Duo ist bei der linken Kulturschickeria ebenso populär wie beim bürgerlich dominierten ländlichen Mittelstand: Die beiden füllen problemlos das Zürcher Schauspielhaus

wie auch jeden Dorfsaal; beim Kultursender 3sat sind sie ebenso willkommen wie bei Stefan Raab auf Pro Sieben, bei Beni Thurnheer ebenso wie bei Harald Schmidt. 1,83 Millionen Zuschauer haben sie gemäss eigenen Angaben in den letzten 25 Jahren in die Säle gelockt. Bei den 2652 Vorstellungen spielten sie im Durchschnitt vor 690 Personen – eine beeindruckende Bilanz, auch wenn die Saison im Circus Knie einen grossen Anteil daran hatte.

Der alte Schweizer Komplex

25 Jahre – bei einer Ehe bedeutet das die silberne Hochzeit. Nadja Sieger und Urs Wehrli waren privat nie ein Paar. Eher eine Schicksalsgemeinschaft. Als sie sich 1987 in Wiesbaden in einem Zirkuslager kennenlernten, fanden sie nicht zusammen, weil sie sich besonders sympathisch gefunden hätten, sondern weil sie mit den andern Teilnehmern nichts anfangen konn-

ten. Anstatt mit jener sonderbaren Gruppe Akrobatikübungen zu machen, packten Sieger und Wehrli ihre Jonglierkeulen, setzten Clownnasen auf und machten im Stadtzentrum eine Strassenshow: Der Grundstein für eine beispiellose Karriere war gelegt.

Die ersten zehn Jahre spielten die beiden, von der breiten Öffentlichkeit unbeachtet, in Kleintheatern, machten Clownkurse für Kinder und Familienvorfürungen. «Dass sie so lange durchgehalten und sich unter schwierigen Bedingungen durchgebissen haben, zeichnet die beiden aus», sagt Regisseur Tom Ryser, der schon seit 23 Jahren mit dem Duo zusammenarbeitet. Wie so viele Schweizer Künstler brauchten Ursus und Nadeschkin das Ausland, um in der Heimat ernst genommen zu werden. 1995 spielten sie zwei Monate lang vor ausverkauftem Haus in einem Berliner Kleintheater. Publikum und Presse waren begeistert. «Wir kamen zurück mit grossartigen Kritiken aus der *Zeit*, der *Süddeutschen* und anderen deutschen Zeitungen – und plötzlich waren wir auch für die Schweiz interessant», sagt Wehrli. Der alte Schweizer Komplex, dass nur, was im Ausland Erfolg hat, auch wirklich gut ist, machen sie sich seither gezielt zunutze. So verkündeten sie im Jahr 2000 stolz, den New Yorker Fringe Award gewonnen zu haben. In kaum einem Zeitungsartikel über die beiden fehlte fortan eine Erwähnung dieser Auszeichnung. Den Preis gibt es zwar tatsächlich, er ist aber dermassen unbedeutend, dass selbst viele Szene-Insider aus den USA noch nie von dessen Existenz gehört haben. Das kümmert niemanden. Dass 1997 das Schweizer Fernsehen in der Nachrichtensendung «10 vor 10» von einem angeblich grossen Erfolg des Schweizer Duos in New York berichtete, obwohl es damals bloss in einem Minitheater mit 99 Plätzen spielte, amüsiert die beiden noch heute. «Aber solche Beiträge haben uns extrem geholfen», sagt Sieger.

Dennoch, der Erfolg ist keineswegs ertrogen. Abgesehen von ästhetischen Gesichtspunkten, die durchaus anfechtbar sind, handwerklich sind Ursus und Nadeschkin schlicht die besten Komiker der Schweiz: Insbesondere das Timing – das wichtigste Element in der Komik – ist bei ihnen nahezu perfekt. Die Pointen fallen Schlag auf Schlag, auch in den ruhigen Phasen flacht die Spannung zwischen den Figuren nie ab. Die beiden sind Perfektionisten, einzelne Elemente ihrer neuen Programme spielen sie bereits Monate vor der Premiere einem Testpublikum vor, um dann die Nummern laufend zu optimieren. Rund zwanzig Wochen lang, verteilt auf ein bis zwei Jahre, arbeiten sie mit ihrem Regisseur an neuen Programmen. Zum Vergleich: Ein Schauspielhaus probt lediglich fünf Wochen für eine Produktion, allerdings ist dort der Stücktext bereits vorhanden.

Obschon Ursus und Nadeschkin die rote Nase längst abgelegt haben, ihre Figurenkon-

stellation bleibt – wie bei Laurel und Hardy (Dick und Doof) – nahe an der klassischen Clownerie: Ursus entspricht dem eher vernünftigen Weissclown, Nadeschkin dem gewitzten August, der dem Weissclown auf der Nase herumtanzt. Hinzu kommt ihre für Schweizer untypische verbale Schlagfertigkeit. In ihren abendfüllenden Programmen brechen die beiden zwar immer wieder aus dieser klassischen Figurenkonstellation aus; sie lieben es, ihre Rollen auch einmal zu tauschen. Dass sie unterschiedlichen Geschlechts sind, begrenzt allerdings den Spielraum. «Ich darf so viel austeilen, wie ich möchte, Ursus aber nicht. Denn eine Frau greift man nicht an, schon gar nicht physisch, das findet niemand lustig», sagt Sieger. Sie fühlt sich zu Unrecht bevorzugt. Dass aus diesem realen Unbehagen



Perfektes Timing: 2002 im Circus Knie.

eine komische Nummer für das neue Programm entstanden ist, passt zur Vorgehensweise der beiden Künstler.

Auf dem höchsten Cervelat-Zipfel

So asexuell und burschikos die Figur der Nadeschkin auch daherkommt, die ganzen Gender-Erwartungen treffen sie dennoch. 2002, die beiden hatten sich durch die Tournee mit dem Circus Knie endgültig auf dem höchsten Cervelat-Zipfel der Schweizer Prominenz etabliert, bildeten die Klatschblätter häufig nur Sieger ab. «Zum Teil schnitten sie Ursus einfach aus Fotos raus», sagt Nadeschkin, die sich über den Frauenbonus ärgert. Heute, da beide, Wehrli mit seinen «Kunst aufräumen»-Büchern und Sieger als Schauspielerin in Schweizer Spielfilmen, auch eigenen Projekten nachgehen, hat sich dieses Problem weitgehend entschärft.

Können Mann und Frau so eng zusammen sein, ohne dass Sex irgendwann dazwischenkommt? Sieger und Wehrli scheinen der Gegenbeweis zu Harry und Sally aus der berühmten Liebeskomödie von Rob Reiner zu sein, wo die sexuelle Anziehung am Schluss doch siegt. «Als 17-Jähriger, als ich Nadja in Wiesbaden kennenlernte, da denkt man schon an Sex – aber doch nicht gleich mit allen Frauen», sagt Wehrli. Für Sieger stand zu jenem Zeitpunkt eine Beziehung ohnehin nicht zur Diskussion. «Ich dachte damals nur an meine Leidenschaft, die künstlerische Arbeit», sagt sie. Heute haben beide unabhängig voneinander eine Familie mit Kindern. Die Absenz jeglicher sexueller Anziehung dürfte mit ein Grund sein, dass sie so lange zusammenarbeiten konnten. Ein anderer liegt in ihrer Einstellung, die sich jedes Ehepaar zum Vorbild nehmen könnte. «Wenn es schlecht läuft, so packt uns der Ehrgeiz, dass es wieder gut kommt. Und wenn's wieder gut läuft, so gibt es keinen Grund zur Trennung mehr», sagt Wehrli. «Es stand immer mal wieder zur Debatte aufzuhören. Aber ich glaube, wir werden im Altersheim noch zusammen sein.» Nicht nur sich selbst, auch ihrem Umfeld sind die beiden treu: Seit über zwanzig

Können Mann und Frau so eng zusammen sein, ohne dass Sex irgendwann dazwischenkommt?

Jahren arbeiten sie mit demselben Regisseur und derselben Agentin (Bea Marty) zusammen.

Ihre Geisteshaltung ist von schweizerischer Zurückhaltung und Bescheidenheit geprägt: Wehrli lebt trotz des grossen Erfolgs noch immer in einer Zürcher Genossenschaftssiedlung mit Gemeinschaftsräumen; Sieger ist froh, dass sie ohne die Rasta-Frisur auf der Strasse nicht mehr erkannt wird. Als Sieger mit Viktor Giacobbo liiert war, erschien sie immer zehn Minuten zu spät zu den Premieren, um den Fotografen auszuweichen. Zudem verzichteten die beiden freiwillig auf viel Geld, indem sie Auftritte an Firmenanlässen ablehnen: ein lukratives Geschäft, wo Bekanntheiten wie sie für einen halbstündigen Auftritt gut und gerne eine fünfstelligen Summe verlangen können.

Nächste Woche haben Ursus und Nadeschkin im Casinotheater mit ihrem neuen Stück «Sechsm Minuten» Premiere. Die «perfekte Show» wollen sie in den sechs Minuten machen. Dass eine grossmundige Ankündigung bei Clowns immer ins Desaster führt, liegt in der Natur der Sache. Dass die Protagonisten über viele Umwege am Schluss trotzdem irgendwie reüssieren, ebenso. Über alles dazwischen kann man sich bei Ursus und Nadeschkin nie sicher sein.

Ursus & Nadeschkin: Sechsm Minuten.
5. bis 22. September, Casinotheater Winterthur.
Anschliessend gehen sie auf Schweizer Tournee.

Top 10

Knorr's Liste

1	Mientras duermes Regie: Jaume Balagueró	★★★★★
2	The Dark Knight Rises Regie: Christopher Nolan	★★★★★
3	Magic Mike Regie: Steven Soderbergh	★★★★☆
4	Le Prénom Regie: M. Delaporte / A. Patellière	★★★★☆
5	Prometheus Regie: Ridley Scott	★★★★☆
6	L'exercice de L'Etat Regie: Pierre Schöller	★★★★☆
7	Brave Regie: Mark Andrews	★★★★☆
8	Ted Regie: Seth MacFarlane	★★★★☆
9	Total Recall Regie: Len Wiseman	★★★☆☆
10	Das Missen-Massaker Regie: Michael Steiner	★★☆☆☆

Kinozuschauer

1 (-)	Magic Mike Regie: Steven Soderbergh	24 674
2 (1)	Ted Regie: Seth MacFarlane	24 106
3 (-)	Total Recall Regie: Len Wiseman	14 953
4 (5)	Starbuck Regie: Ken Scott	7832
5 (4)	Ice Age 4 (3-D) Regie: Steve Martino	7630
6 (7)	Brave Regie: Mark Andrews	7283
7 (3)	The Dark Knight Rises Regie: Christopher Nolan	7028
8 (2)	Prometheus Regie: Ridley Scott	7019
9 (-)	Das Missen-Massaker Regie: Michael Steiner	6897
10 (6)	What to Expect ... Regie: Kirk Jones	6702

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband; Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Hunger Games (Impuls)
2 (-)	Battleship (Universal)
3 (-)	Der Verdingbub (Ascot Elite)
4 (-)	Türkisch für Anfänger (Rainbow)
5 (-)	War Horse (Disney)
6 (-)	The Lucky One (Warner)
7 (-)	Hugo (Ascot Elite)
8 (-)	Die Piraten (Sony)
9 (1)	Zorn der Titanen (Warner)
10 (4)	The Woman in Black (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Feuriges Schlachtfest: «The Expendables» mit Stallone (M.), Statham (z. v. r.), Lundgren (r.).

Kino

Ab ins Museum!

Sylvester Stallones Macho-Rentner sind in «The Expendables 2» wieder martialisch am Killen – sogar mit Selbstironie.
Von Wolfram Knorr

Es gibt Filme, die sind wie Skulpturen: scharf umrissen, streng eindeutig, pure Gestalt, ohne Atmosphäre. Reine Action-Kracher und frei von kunstgewerblichem Zinnober. Kantig erratische Mucki-Kerle, voll unermüdlicher Krawallvitalität und Trapezmuskelwucht; die allerreinste Formelhaftigkeit. Aktionismus durchblutet sie. Die Besten: Sylvester Stallone, Bruce Willis, Chuck Norris, Dolph Lundgren, Jean-Claude Van Damme, Arnie Schwarzenegger. Nur Stallone und Willis sind fähig, auch in anderen Gefilden, mit dem Hang zu einer gewissen Subtilität, zu reüssieren. Und weil sie ins Alter gekommen sind, haben sie sich, unter Führung von Sylvester Stallone, zu Rentnertreffs zusammengefunden und nennen sich «Expendables». Ihr erster Gewaltskracher demonstrierte einen so monströsen Appetit, dass ein weiteres feuriges Schlachtfest folgen musste. Alter hin oder her.

Der Neue unter den Alten

In ihrer zweiten Ballershow ist die Truppe, von der jeder Zugehörige aussieht wie ein leeresogener, knittriger Blasebalg, endlich vollständig. Denn Norris, Lundgren und Van Damme waren in Nummer eins noch nicht mit von der Partie. Dafür hatte Stallone von Anfang an einen Novizen, der mit Fug und Recht die neue «Skulpturen»-Generation an- und

weiterführen wird: Jason Statham (35). Kein Zufall, dass Stallone ihn sich holte.

«Ich hab gehört, hier gibt's 'ne Party»

Statham, gebürtiger Brite, Turmspringer, Model, 1998 von Guy Ritchie für «Bube, Dame, König, Gras» engagiert, hat die besten Voraussetzungen, das Genre der «Plastiker» zu beerben. Seine Raubauzigkeit und sein Reibeisenorgan und sein attraktives Gesicht reichen. Der «Cockney-Eastwood» unterscheidet sich von der radebrechenden Rabulistik der Altherrentruppe nur durch seinen Hang zur Hanswurstiade. Für seine Fans ist das cool («Crank», «Transporter»). Er ergänzt die Rammbock-Prügeleien mit Martial-Arts-Slapstick. Seine Mimik bleibt von marmorner Unbeteiligtheit. Während von seinen britischen Kollegen Daniel Craig der Malocher ist, der es rauf in den Dienst Ihrer Majestät geschafft hat, und Clive Owen der schlitzohrige Salon-Dandy, ist Jason Statham der strassenclevere, unrasierte Proll – und passt genau ins Muster der Rinnsteinherkulesse um Stallone.

Auch die Dialoge im ideal besetzten Sequel «The Expendables 2» sind, als hätte man sie in Plastik gehauen: Kommt vor einer wüsten Ballerei Bruce Willis zu Stallone, dessen herabhängende Unterlippe ideal als Huthaken taugen würde, und sagt: «Ich hab gehört, hier gibt's

'ne Party.» – «Ja, aber es ist meine.» – «Warst du schon immer so ein Egoist?» – «Ja.» Am Ende kriegen sie von Willis einen alten Doppeldecker geschenkt; sagt Stallone: «Der gehört ja ins Museum.» Darauf Schwarzenegger: «Da gehören wir alle hin.» Wo er recht hat, hat er recht. ★★★☆☆

Weitere Premieren

Zambezia — Der Animationsfilm boomt, aber die Vielzahl, von «Ice Age 4» über «The Lorax», «Brave (Merida)» bis «Paranorman», kann auch zur Übersättigung führen und das Interesse erlahmen lassen. Nun kommt aus Südafrika auch ein *kurliger* Spass. Das Dilemma der Animation ist schon lange nicht mehr das technische Know-how, sondern die Story. Alles ähnelt sich, in den Scherzen, neckischen Dialogen und der bunten Fauna. Aber Kinder werden das lustig finden. ★★★☆☆



Lustig für Kinder: «Zambezia».

360 — Für ein Gefühl der Globalisierung liess sich Autor Peter Morgan von Arthur Schnitzlers «Reigen» inspirieren und reihte Episoden quasi aller Himmelsrichtungen aneinander – um uns was mitzuteilen? Dass in dieser mal schönen, mal unschönen Welt die Menschen viele Sprachen sprechen, aber wenn's um Liebe geht, eigentlich alle die gleichen Probleme mit ihr haben? Regisseur Fernando Meirelles («City of God») geht's ums Grosse und Ganze und um

Tempo. Da kann's schon mal passieren, dass man den Überblick über das Grosse und Ganze verliert. ★★★☆☆



Grosses Ganzes: «360» mit J. Law (l.), R. Weisz.

Nachtlärm — Babys, man weiss es, können einem jungen Elternpaar den letzten Nerv ausreissen und die Beziehung auf eine harte Probe stellen – zuweilen kann auch ein Albtraum daraus werden; wie bei Livia (Alexandra Maria Lara) und Marco (Sebastian Blomberg), die ihren neun Monate alten Knaben nur zur Ruhe bringen, wenn sie nachts mit ihm im Auto durch die Gegend fahren. Eine eher bizarre Methode, aber auf ihr beruht die Reise bis ans Ende der Nacht, die Martin Suter schrieb und Christoph Schaub («Giulias Verschwinden») inszenierte. Was etwas schleppend anfängt, mutiert zum ansehnlichen Albtraum eines jungen Elternpaars, das um die gerechte Nachtruhe gebracht wird. In einem Moment der Unachtsamkeit wird nämlich Livia und Marco das Auto mitsamt Baby geklaut, was eine Kettenreaktion in Gang setzt. Die Schweiz wirkt im Film allerdings wie ein reichlich dünnbesiedeltes Land; es sei denn, die an der Hatz Beteiligten fahren ständig im Kreis. Man muss es aber nicht wörtlich nehmen: Die Reise bis ans Ende der Nacht lässt sich ohne weiteres auch als (Alb-)Traum eines gestressten Elternpaars deuten. Dann kann die Schweiz zum leeren Raum werden. ★★★☆☆

Fragen Sie Knorr

In Ihrer letzten Kolumne äussern Sie sich eher abschätzig über «Citizen Kane». Was haben Sie gegen diesen Film, der doch überall so hoch gelobt wird? R. M., Zürich



Ich habe gar nichts gegen ihn. «Citizen Kane» ist ein grossartiger Film. Aber ich habe etwas gegen Kanonisierungen, die nur «gesellschaftlich Relevantes» aufnehmen. Wie in der Literatur geht's um einen ewig gültigen Werteschatz. Das sind Philologen-Ambitionen. Ignoriert wird, dass der Film vor allem

ein Unterhaltungsmedium ist und seinen Ursprung im Jahrmarktzauber hat. Die Folge: auf den ersten Plätzen die ewig gleichen Verdächtigen; von Orson Welles («Citizen Kane») über Sergei Eisenstein («Panzerkreuzer Potemkin») bis Ingmar Bergman («Wilde Erdbeeren» oder «Das siebente Siegel» etc.). Ein Western, ein Thriller im Kanon, das war lange verpönt. Dabei gibt's Meisterwerke (wie eben «Vertigo»), auch «gesellschaftlich relevant» – und spannend.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Radio-Kritik

Putziger Politsumpf

Von Wolfram Knorr

In Bern finden sich ein Drogist und SVP-Gemeinderat aus Hindelbank und ein abgewählter SP-Nationalrat aus Zug in einer Kneipe. Das ist die Ausgangslage eines Hörspiels des Mundartdichters Guy Krneta, das am Freitag auf Radio DRS 1 ausgestrahlt wurde.

Der Drogist heisst Louis, der andere Geri. Louis will zahlen, Geri noch ein Bier, da stellt Louis mit Entsetzen fest, dass ihm die Geldbörse geklaut wurde. Kein Problem, sagt der andere, das könne er übernehmen, und so kommen zwei Schweizer, die ganz offensichtlich typische Schweizer sein sollen, ins Gespräch. Mit schwerer Zunge palavern sie, was so Stammtischbrüder eben labern. «Was, du bist bei der SP?» – «Schon seit Generationen», und der andere eben bei der SVP. «Was, bei der SVP?»

Ich kann Fichten von Tannen unterscheiden und die «Tagesschau»-Moderatorinnen Katja Stauber von Béatrice Müller (auch wenn ich sie nur höre), aber eine fast schon überdurchschnittliche kognitive Leistung gehört dazu, zwischen Louis und Geri, den beiden Männern in «Das Leben ist viel zu kurz, um offene Weine zu trinken», irgendeinen Unterschied herauszuhören. Das Kneipengespräch, das auf ein Bühnenstück zurückgeht, und über das es heisst, «es thematisiere auf eine augenzwinkernd sympathische Art die Bundesstadt Bern als Begegnungsort von Politikern unterschiedlicher Strömungen», thematisiert eben genau das nicht.

Zwar jammert mal der Drogist, dass er mit seinem Laden 55 bis 60 000 Franken im Jahr Gewinn mache, was sein Saufkumpan einfach nicht glauben kann, und der Spler klagt übers Stimmvolk und die Politik, aber wer eine Kontroverse zwischen SVP und SP erwartet, was eigentlich nahe liegen müsste, wenn sie schon als SVP- und SP-Männer ausdrücklich genannt werden, der liegt so was von daneben, dass es fast keine Art ist. Wahrscheinlich soll das typisch Bern sein, «augenzwinkernd» eben. Und so plänkeln sie sich im satten Dialekt durch fast 50 Minuten, wechseln in einen Nachtclub und landen dann irgendwie im oder vor dem Bärengraben. Denn der ist «das Nationalsymbol». Und für so was erhält Krneta Preise? Putzig, putzig.

Guy Krneta: Das Leben ist viel zu kurz, um offene Weine zu trinken. Hörspiel. Abrufbar unter www.drs.ch

Hoher Flirtfaktor

Riesiger Andrang am Sommerfest im «Baur au Lac», Neues aus der Welt der Gastronomie. Von *Hildegard Schwaninger*



Überraschung um Mitternacht: Burlesque-Tänzerin Zoe Scarlett.

Das am traditionellen Sommerfest des «Baur au Lac» immer ein gigantischer Frauenüberschuss war, hat sich inzwischen herumgesprochen. Deshalb kommen mittlerweile genauso viele Männer. Ein Paradies für Pick-up-Artists! Flirtfaktor hoch! Das Vergnügen ist zwar nicht billig, eine Eintrittskarte kostet, alles inklusive, 220 Franken pro Person. Viele Paare leisten sich dieses Vergnügen, aber Singles haben hier eindeutig mehr Spass.

Der Andrang war riesig, es kamen mehr als 1500 Nachtschwärmer (obere Schätzung: 2000). Also etwas überbevölkert, der ganze Anlass, aber auch das «Baur au Lac» muss das Eisen schmieden, solange es heiss ist, sprich, schauen, dass der Umsatz stimmt. Lang war die Schlange am Eingang, gross das Gedränge in den Räumen des Luxushotels. Terrasse, Halle, Petit Palais, alles für das grosse Sommerfest reserviert, wo man den Prosecco aus Plastikkelchen schlürfte (kein Glas wegen der Scherbengefahr, falls es zu hoch hergeht).

Wer über den roten Teppich geschritten kam, wurde fotografiert und gefilmt, das Ganze auf Grossleinwände in alle Räume übertragen, so dass man das Angebot prüfen konnte. Hübsche Frauen, sexy gestylt bis in die Fingerspitzen, kamen aus allen Himmelsrichtungen, von Schwamendingen bis Moskau. Auch die Männer, selbstbewusst und «Alpha», schauten unternehmungslustig aus.

Die Idee zu diesem Fest stammt von **Wolf Wagschal**, der hier als Event-Manager und Gastronom agierte. So engagierte er, damit was abgeht, die Burlesque-Tänzerin **Zoe Scarlett**, die sich um Mitternacht nackt in einem überdimensionalen Champagnerglas räkelte. Ausserdem den Adoptivsohn von Schauspieler Tom Cruise, der als Discjockey Squared alias **Connor Cruise** in der zur Disco umfunktionierten Garage den Tänzern einheizte. «Big Apple» war das Motto des Abends, und so gab es, neben Chinatown-Wok und Little-Italy-Pasta, auch einen original New Yorker Hotdog-Stand.



Als DJ in Zürich: Connor, Sohn von Tom Cruise.

Promis waren wenige da. Es brauchte sie auch nicht. Jeder war sich selbst genug. Man sah die unvermeidliche **Carin Grundmann**, die als

Prinzessin Schaumburg-Lippe jede Zürcher VIP-Gästeliste aufpeppt. Sie war die zweite Frau (2001–2002) von **Prinz Waldemar zu Schaumburg-Lippe**. Seither darf sie den Adelstitel tragen, und ihre beiden Teenager-Kinder, die sie im Schlepptau hatte, auch. Man sah ein paar unermüdete Partygänger: Stylist **Clifford Lilley** (in rosa Hosen), **Vera Dillier** mit ihrem Freund **Felix Guyer**, Verleger **Jürg Marquard** und **Raquel**. Ausserdem: **Annina Frey** von «Glanz & Gloria», Make-up-Künstlerin **Adriana Tripa**, Autowasch-Unternehmer (Autop) **Beat Meyerstein** mit Tochter **Marlene Meyerstein**, die demnächst im «Meylenstein» das erste grosse Herbstfest gibt (Oktoberfest am 15. September).

Für **Michel Rey** war es einer der letzten grossen Auftritte (am 20. Oktober kommt noch der Kispiball) als Herr des Hauses. Nach dreissig Jahren als Direktor des Hotels «Baur au Lac» übergibt er den Stab demnächst an den 57-jährigen **Wilhelm Luxem**, bisher Direktor des «Excelsior Hotel Ernst» in Köln (gehört der «Baur au Lac»-Besitzerfamilie **Kracht**).

Catering in Zürich scheint eine Goldgrube zu sein. Gerade konnten **Franz Rhomberg** und sein Geschäftspartner **Oliver Zingg** das zehnjährige Jubiläum ihrer Firma **Franzoli** feiern. Mit etwa 500 Gästen am Firmensitz «Mensa» in Zürich.



Catering vom Feinsten: Spitzenkoch Petermann.

Jetzt will auch **Horst Petermann**, einer der besten Köche der Schweiz, diesen Markt erobern. Petermann freute sich, nachdem er seinen Gourmettempel «Kunststube» in Küsnacht an **Rico Zandonella** übergeben hat, über den Ruhestand, doch er ist nicht geschaffen, die Hände in den Schooss zu legen. So bietet er jetzt Catering vom Feinsten. Assistenten von seiner Frau **Iris Petermann**, die bis Januar noch bei «Rico's» die Honneurs machte und die Gäste empfing. Horst Petermann ist damit wieder an die Wirkungsstätte seines Erfolgs zurückgekehrt. Was er im Catering anbietet, wird bei Zandonella vorgekocht. Die Firma heisst Petermann Event & Consulting.

Im Internet

www.schwaningerpost.com



Mein Massaker

Unser Kolumnist sieht sich den neuesten Schweizer Film an und geht an die Premierenfeier (wenigstens die fand er gut).

Von Mark van Huissing

Vergangene Woche war ich in Zürich und St. Moritz. Im Kino «Corso 1» in Zürich fand die «Gala»-Premiere (Text auf Eintrittskarte) von «Das Missen-Massaker» statt. Während des Films überlegte ich, darf man vor dem Ende rausgehen als MvH (nach einer halben Stunde oder so), weil man es zunehmend schwieriger findet, im beruflichen Leben (und sonst ebenfalls), Zeit herzugeben für etwas, was einem keinen Spass macht und auch sonst nichts bringt? Man darf, falls es keiner merkt (doch neben mir sass Karin Lanz, über die ich ein paar Mal streng urteilte). Zweitens: Was sage ich zu Michael Steiner, wenn er mir an der anschliessenden Premierenfeier begegnet. (Ich hätte gesagt: «Ein Triumph.») Diese Entgegnung ist nicht von mir – Nick Foulkes, ein Schreiberkollege aus London, sagte die Worte nach einem Theaterstück, das während der Veranstaltung einer Uhrenmarke gezeigt wurde, als ihn der Firmenchef, der Anzeigenkunde ist zudem, fragte: «Und, wie fanden Sie es?»).

Ich hätte, ehrlich, gerne geschrieben, der Film sei «ein Triumph», weil man lieber überraschende Ansichten verbreitet als Kolumnist (ich hätte ferner gerne geschrieben, Playmate sowie Nebendarstellerin Nomi Fernandes, mit der ich mich unterhielt, sei gescheit oder wenigstens ihr Wesen gehe zu Herzen), doch der Film ist, in meinen Augen, nicht lustig (keine Komödie) und nicht hart (kein Splattermovie). Gut fand ich Nadine Vinzens, eine Ex-Miss-Schweiz, die eine Ex-Miss spielt, sowie Mike Müller; schlecht finde ich ausserdem, dass der Film Unterstützung von Institutionen

des Bundes und der Stadt Zürich erhielt. Weil ich es falsch finde, öffentliches Geld auszugeben, damit ein privates Unternehmen (Highlight Communications), das Filme produziert, um Geld zu verdienen, einen turkey, der zur Hauptsache in Thailand spielt und keinen dauerhaften Eintrag im Archiv der Schweizer oder Zürcher Populärkultur darstellen wird, mit weniger Mitteleinsatz / weniger Risiko herausbringen kann. Michael, der Regisseur, den ich mag und der von mir aus gesehen in der Vergangenheit ziemlich gute bis gute Filme machte, fragte nicht, wie ich «Das Missen-Massaker» gefunden habe, nur zum Sagen.

Ausserdem fand das «Rive Gauche»-Sommerfest statt. Es ist so, dass ich zurückhaltend bin darin, Einschätzungen, die in der Weltwoche gemacht wurden («das wahrscheinlich beste Fest der Stadt, das regelmässig veranstaltet wird»), zu widerlegen. Es ist aber so, dass Dinge sich ändern. Was ich sagen will: Von den 1650 Gästen (Quelle: Wolf Wagschal, einer der Organisatoren, wir sind bekannt miteinander) sahen nicht alle aus, wie man es sich wünscht in der schönsten Vorstellung (Wagschal sagte, er habe keinen Einfluss darauf, was für respektive wie zurechtgemachte Begleiterinnen Leute mitnehmen, denen er Eintrittskarten verkaufte). Für Leser, die nicht auf der Website von Tillate die Bilder der Gäste ansehen mögen, eine Zusammenfassung: Nomi «Das Missen-Massaker» Fernandes, fiel nicht sehr stark auf, was die am Körper vorgenommenen «Upgrades» anging respektive die Wahl ihres Kleids. Das Essen, das aufgestellt wurde, nebenbei, schmeckte (plus es gab genug), und das Hotel «Baur au Lac» beziehungsweise die Terrasse gehören zu den besten Partyorten, die ich kenne.

Die gute Nachricht aus St. Moritz: Am vergangenen Wochenende fand die erste «Passione Engadina» statt, eine Sternfahrt für historische Autos aus Italien. Das heisst, es nahmen nicht bloss historische Autos teil, sondern auch Fahrzeuge mit Baujahr 1990 oder jünger (zum Beispiel mit Startnummer 37 ein Maserati 3200 GT von 2001, Farbe Blu, der Ihrem Kolumnisten gehört und zu verkaufen ist). Paolo Spalluto, Organisator des Events, der eine Werbeagentur mit Büros in Lugano und Zürich hat, sagte, viele Italiener, die historische Autos besitzen, hätten abgesagt, weil man in Italien damit rechnen müsse, von Beamten überprüft zu werden, wenn man ein wertvolles Fahrzeug in der Öffentlichkeit zeige (ob das Einkommen respektive Vermögen, das man in der Steuerberechnung angab, gross genug ist für Ankauf und Unterhalt eines Oldtimers oder Classic Cars). Erster in der Kategorie 1980 und neuere Fahrzeuge wurde der Ferrari F40, der Clay Regazzoni gehörte, gelenkt von Alex Fontana, einem schweizerisch-griechischen Formel-2-Fahrer. Und im Concours d'Elégance (MvH war Jurymitglied) gewann ein Lancia Aurelia B24S von 1958.

Gesellschaft

Gemessert

Von Beatrice Schlag — Gewalt hilft den Augen.

Der Baller-Sound reisst einem den letzten Nerv aus, wenn man nicht selber spielt. Und dann die Jubelschreie. «Genial gemessert», brüllt der Sohn einer Freundin, der zu meinen absoluten Lieblingskindern zählt. Ausser eben, wenn er gerade auf seinem iPod Touch Menschen umbringt. Irgendwann rief er etwas, was sich anhörte wie: «In letzter Sekunde geneift!» Als ich fragte, was «neifen» sei, blickte er kurz hoch und sagte: «Messern. Ich dachte, du kannst Englisch.» Auf die Frage, warum man dauernd Schüsse höre, obwohl er mit dem Messer unterwegs sei, schüttelte er nur stumm den Kopf. Die Unterhaltung mit einem Menschen, der keine Ahnung von *first-person shooter games* hat, schien ihm verschwendete Zeit. Zu seiner Verteidigung ist zu sagen, dass er den iPod sofort weglegt, wenn jemand vorschlägt, einen Jass zu machen. Für einen Schieber mit echten Menschen lässt er Hunderte von Feinden ungemuehelt.

Die kanadische Entwicklungspsychologin Daphne Maurer ist kein Fan von Killerspielen. Aber sie gibt zähneknirschend zu, dass die Erfinder von *first-person shooter games* vermutlich ganz ohne Fachwissen ahnten, wie man das Gehirn anregt. «Diese Spiele zwingen einen, ständig das gesamte Gesichtsfeld zu kontrollieren, nicht nur, was vor einem liegt», sagt die Kanadierin. «Sie sind schnell. Wer sich zurücklehnt, ist tot. Und sie kombinieren Sicht mit Motorik.» Dass Videogames gesunde Augen schärfen, ist bekannt. Maurers Patienten sind mit einem grauen Star geboren oder haben andere Augendefekte. Würde die Ballerei auch ihnen helfen? Sämtliche Testpersonen sahen nach einem Monat, in dem sie täglich zwei Stunden lang elektronische Widersacher nieder machten, entschieden besser. Warum, weiss Maurer noch nicht. Nur, dass die vorherrschende Überzeugung, dass unser visuelles System, zu dem auch das Gehirn gehört, nach der Kindheit unveränderlich sei, offensichtlich falsch ist. Jetzt sucht sie nach einem gewaltlosen Videospiel, das den gleichen heilenden Effekt hat. Aber sie hat Zweifel, ob sie es findet: «Vielleicht ist der Adrenalinkick, der mit der Gewalt kommt, der entscheidende Faktor für das Gehirn, eine plastischere Sicht zu entwickeln.»



Sie werden bunt abgefüllt

Von Jürg Zbinden

1 — Die isolierenden Edelstahlflaschen von S'well halten kaltes klares Wasser kalt, ebenso natürlich Tee oder andere Getränke, und zwar 24 Stunden lang. Die Warmgetränke bleiben immerhin zwölf Stunden lang warm. Die kunterbunten S'well-Flaschen sind in zwei Grössen erhältlich, die Halbliterflasche kostet Fr. 55.–, die Dreiviertelliter-Flasche Fr. 69.–. Zu kaufen über www.grueter-suter.



1

2 — Selbst die knackigsten Salate haben es schwer ohne ein liebevoll zubereitetes Dressing aus Essig und Öl. Das Essig-und-Öl-Set Alinjo von Blomus ist praktisch, elegant und zeitlos. Es ist 17 cm hoch und hat Platz für 150 ml Flüssigkeit. Der Verkaufspreis des sich in einmaliger Harmonie ergänzenden Duos beträgt Fr. 38.–. Zu beziehen ist es über www.eh-services.ch.



2

3 — Bereits siebzehn Rezepte zählt das Online-Tool «Mixology by Rémy Martin» auf der Rémy-Martin-Website. Es gibt für jeden Geschmack den passenden Cognac-Cocktail. Nachdem die bevorzugte Geschmacksrichtung («sour», «powerful», «fizzy», «spicy», «tart» oder «fruity») gewählt und eine mehr oder minder selbstkritische Einstufung («beginner», «intermediate» oder «expert») vorgenommen worden ist, erscheinen die auf den persönlichen Geschmack abgestimmten Cognac-Cocktails samt Rezepten zum Ausprobieren. Weitere Cocktail-Rezepte mit Rémy Martin V.S.O.P. Mature Cask Finish finden ambitionierte «Home, sweet home!»-Barmixer, die mindestens das 18. Lebensjahr erreicht haben, im «Mixology-Tool» auf www.remy-martin.com. Abgebildet ist im Übrigen ein erfrischender «Cognac Summit», ein Sommercocktail mit reichlich Zitronenlimonade.



3

4 — Der 1927 lancierte Rémy Martin V.S.O.P. ist ein Klassiker und eine Referenz unter den Qualitäts-Cognacs. Der V.S.O.P.-Mature-Cask-Finish-Cognac verkörpert eine neue Ausdrucksart mit reifen, komplexen und kraftvollen Aromen, die durch die einjährige Reifungszeit in über zwanzig Jahre alten Limousin-Eichenfässern perfektioniert wurden. Der moderne V.S.O.P. Mature Cask Finish ist seit April 2012 im Schweizer Detailhandel, ab Fr. 42.–, erhältlich. Er präsentiert sich neu in einer durchsichtigen, eleganten Flasche, die nach nunmehr vierzig Jahren die 1972 eingeführte dunkelgrüne gefrostete Form ersetzt.



4

Liebe

Von **Andreas Thiel** — Was auch immer die Menschen trennt – in einem sollten sie sich einig sein. Ein Gespräch über die Liebe unter Fachpersonen.

Pfarrer: Jesus hat gesagt: «Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.»

Fakir: Das würde ja heissen, dass wir Asketen, wenn wir uns selbst aufgeben, die ganze Menschheit mit aufgeben müssten. Und wenn wir uns aus göttlicher Hingabe einen Dolch durch die Zunge stossen, sollen wir dann unserem Nachbarn, der vielleicht Deutschlehrer und Familienvater ist, auch einen Dolch durch die Zunge stossen?

Lama: Sie haben in Ihrer Einsiedelei einen Deutschlehrer mit Familie in der Nachbarhöhle?

Fakir: Das war bildhaft gesprochen.

Pfarrer: Was Jesus gesagt hat, war auch bildhaft gesprochen.

Rabbi: Ich bitte Sie, was soll daran bildhaft sein, wenn man seinen Nächsten lieben soll? Wenn man ihn lieben soll, dann soll man ihn lieben, Herz um Herz, Schlag um Schlag.

Pfarrer: Naja, Jesus hat halt sonst immer in Bildern gesprochen.

Rabbi: Und da sagt er einmal etwas so, wie er es meint, und ihr seht es symbolisch. Aber wenn er sagt: «Dieses Brot ist mein Leib», dann versteht ihr das nicht als Symbol, sondern glaubt an das Wunder der Fleischwerdung des Brotes und verhaltet euch jeden Sonntag wie ein bildhafter Kannibalenstamm.

Imam: Wenn ich vielleicht mal etwas Schönes aus dem Koran zitieren darf, hier zum Beispiel, in Sure 60,1, sagt der Prophet: «O ihr, die ihr glaubt, nehmt euch nicht meine Feinde und eure Feinde zu Freunden, indem ihr ihnen Liebe entgegenbringt ...» – Nein, Moment, das war gar nicht die Stelle, die ich gesucht habe ...

Pfarrer: Und als Jesus gesagt hat «Schlägt dich einer auf die linke Backe, dann halte ihm auch noch die rechte hin», hat er das etwa auch symbolisch gemeint?

Rabbi: Das ist eindeutig ein Gleichnis.

Fakir: Wieso? Ein Asket, der sich selbst aufgibt zugunsten des höheren Sinnes, der lässt sich so oft schlagen, wie einer will.

Rabbi: Wo liegt denn der tiefere Sinn in der Selbstaufgabe? Wenn die Schule mit Raketen beschossen wird, dann rufe ich doch nicht über die Mauer: Und jetzt bitte auch noch den Kindergarten.

Fakir: Ich spreche nicht von einem tieferen Sinn, ich spreche von einem höheren Sinn.

Imam: Ist das bei Ihnen auch so, dass im höheren Sinn kein tieferer Sinn liegt? Wenn ich Ihnen hierzu Sure 24,33 zitieren darf: «Und zwingt nicht eure Sklavinnen, wenn sie sich unter Schutz stellen wollen, zur Hurerei im Trachten nach den Gütern des diesseitigen Lebens. Und wenn einer sie dazu zwingt, so ist Gott, nachdem sie gezwungen worden sind, voller Vergebung und barmherzig» – nein, halt, das ist gar nicht die unsinnige Stelle, obwohl ...

Lama: Buddha lehrt nicht die Selbstaufgabe, sondern die Selbstaufopferung.

Pfarrer: Jesus hat sich mit dem Kreuzestod auch selbst geopfert, was wir heute noch jeden Sonntag in der Kirche ...

Rabbi: ... in kannibalistischer Symbolik ...

Lama: Auch viele Buddhisten verbrennen sich selbst.

Pfarrer: Und essen sie dann auch symbolisch deren ...

Rabbi: Sicher nicht, die sind Vegetarier.

Pfarrer: Auch symbolisch?

Lama: Bei der Selbstverbrennung handelt es sich um einen symbolischen Akt.

Imam: Wir kennen die Selbstverbrennung nicht, die Selbstdetonation hingegen schon.

Lama: Da Buddha jede Gewalt

gegen andere ablehnt, wenden wir im äussersten Fall nur Gewalt gegen uns selbst an.

Pfarrer: Das ist ja, als hätte Jesus gesagt: «Lass dich nicht schlagen, schlage dich selbst.»

Rabbi: Wären wir denn nicht bereit, wie Abraham unsere Söhne zu opfern?

Imam: In Sure 5,33 sagt der Prophet: «Die Vergeltung für die, die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg führen und auf der Erde umherreisen, um Unheil zu stiften, soll dies sein, dass sie getötet oder gekreuzigt werden oder dass ihnen Hände und Füsse wechselseitig abgehackt ...» – Na ja, ich weiss auch nicht, ob das jetzt wirklich zum Thema «Liebe» ...



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Der androgyne Sylvaner

Von **Peter Rüedi**



Pierre-Luc Leyvraz aus Chexbres zieht auf seinen gerade mal dreieinhalb Hektaren im Lavaux einen der hinreissendsten Chasselas der Welt. Sein St-Saphorin «Les Blassinges» ist der Kardinalbeweis dafür, wozu die oft belächelte Sorte in der Lage ist – geeignete mineralische Böden und eine geradezu ziergärtnerische Umsicht im Weinberg vorausgesetzt. Er ist von Jahr zu Jahr verschieden, in jedem aber der klarste Ausdruck der jeweiligen Bedingungen, des Terroirs (welcher zurzeit so inflationär gebrauchte Begriff ja mehr meint als Pedologie und Geologie, nämlich u.a. auch Klimatisches). 2011 war ein grosser Sommer, entsprechend wurde am Genfersee so früh geerntet wie fast nie, das Problem war also nicht die Fülle, sondern die Säure. Leyvraz ist ein Weltmeister im Umgang damit. Zuweilen verzichtet er in Teilen auf die sogenannte malolaktische Gärung (die Verwandlung von Apfelsäure in die mildere Milchsäure). Beim Wein, um den es hier geht, verhinderte er die ganz.

Denn für einmal sei hier nicht gebetsmühlenartig mein Lieblings-Chasselas gefeiert, sondern eine Spezialität, bei der ich mich anfangs fragte: Leyvraz, muss das sein? Auf einem kleinen Bruchteil seines ohnehin beschränkten Terrains baut er Plant du Rhin an, und das ist nichts anderes, als was im Wallis Johannisberg heisst, im Elsass Sylvaner und in Transsilvanien (wo er ursprünglich herkommt) wie in Franken Silvaner. Nicht gerade eine Sorte im Trend. Neigt sie doch zu einer gewissen Breitärtschigkeit, wird leicht etwas pampig-banal und ist somit das Gegenteil eher androgyner Weissweine, die zurzeit jeder Jungbanker «knackig» nennt. Leyvraz' Sylvaner ist es wirklich. In einem heissen Sommer ist die Herstellung eines tollen Sylvaners die *ultimate* Herausforderung. Die Meisterprüfung. Kühl, mit acht bis zehn Grad getrunken, beginnt er mit einer fabelhaften Spritzigkeit, einer juvenilen Frische, um sich dann am Gaumen in ein verästeltes Aromendelta zu verbreitern (der Winzer weist auf feine Mandelnoten hin, also schmecken wir sie), und endet dann in einer diskreten noblen Fruchtsüsse. *Magnifique!*

Pierre-Luc Leyvraz, St.-Saphorin Plant du Rhin 2011. 13,5%. Ab Keller Fr. 17.80. www.leyvraz-vins.ch

Früher Herztod

Radfahrer und Leichtathleten werden weniger alt als Nichtsportler und sterben viel häufiger an Herzproblemen. Das zeigt eine Studie. Als Ursache wird Doping vermutet. *Von Alex Reichmuth*



Erhöhtes Risiko: Radrennfahrer Armstrong an der Tour de France 2010.

Lance Armstrong wehrt sich nicht mehr gegen Dopingvorwürfe. Dem 40-jährigen ehemaligen Rad-Star drohen nun die Aberkennung seiner sieben Tour-de-France-Siege und die Rückforderung von Preisgeldern in Millionenhöhe. So gravierend die Auswirkungen für den Amerikaner sein mögen: Immerhin scheint Armstrong bis jetzt von gesundheitlichen Folgen seines Dopingmissbrauchs verschont, der nun als erwiesen gilt. Andere hatten da weniger Glück. Zum Beispiel Frank Vandenbroucke. Der belgische Radprofi gewann 1999 die Classique Lüttich-Bastogne-Lüttich – mit Hilfe von Epo, wie er später gestand. Fünf Jahre später war er tot. Eine Autopsie bestätigte bei Vandenbroucke eine Lungenembolie, einen Herzfehler und jahrelangen Drogenkonsum. Dass die Einnahme verbotener leistungsfördernder Substanzen Vandenbrouckes Tod mit verursacht hat, gilt zwar nicht als erwiesen. Plausibel aber ist ein Zusammenhang allemal.

Keine Experimente mit Doping

Einen direkten Nachweis, dass ein bestimmter Sportler wegen Dopings gestorben ist, ist auch kaum je zu erbringen. Selbst ein statistischer Beweis, dass jahrelanger Gebrauch von illegalen Mitteln häufig zu gesundheitlichen Problemen oder gar zum Tod führt, ist schwie-

rig zu führen. Denn zum einen sind Sportler, deren Dopingmissbrauch klar erwiesen ist, rar gesät. Zum anderen verbietet es die Ethik, zu Forschungszwecken mit Doping zu experimentieren. So bleibt in der Regel nur eine Art Indizienbeweis, wenn es darum geht, die Spätfolgen von Doping zu belegen: Man sammelt Daten zur Gesundheit von Sportlern, die eine dopingverdächtige Sportart betreiben oder betrieben haben.

Einen solchen Indizienbeweis hat nun die Justus-Liebig-Universität im deutschen Gies-

Deutsche Leistungssportler werden laut der Studie nur 70 Jahre alt.

sen geliefert. In einer Studie, die vor kurzem in der Fachzeitschrift *Clinical Research in Cardiology* publiziert wurde, weist Physiologieprofessor Klaus-Dieter Schlüter nach, dass deutsche Leistungssportler, die früher Rad fuhren, Leichtathletik oder Schwerathletik (Gewichtheben, Ringen, Boxen) betrieben haben, im Schnitt nur 70 Jahre alt werden. Die Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung Deutschlands beträgt 76 Jahre. Die Studie bezieht 54 deutsche Olympiateilnehmer ein, die zwischen 2000 und 2011 starben und deren To-

desursache bekannt ist. Das tiefe Sterbealter in den genannten dopingverdächtigen Sportarten kontrastiert insbesondere zu demjenigen von Ruderern, Kanuten, Schwimmern und Turnern. Diese werden im Schnitt sogar etwas älter als die Durchschnittsbevölkerung. Aufschlussreich ist, dass Radfahrer, Leicht- und Schwerathleten zu fast zwei Dritteln an Herzproblemen sterben, weitaus häufiger als andere Sportler und Nichtsportler.

Dreimal höhere Sterblichkeit

Die Studie bestätigt die Resultate früherer, ähnlicher Untersuchungen – etwa derjenigen von französischen Forschern, die 2363 ehemalige Teilnehmer der Tour de France einbezog. Der Schluss dieser Studie aus dem Jahr 1999 war, dass die Sterblichkeit unter den Radprofis fast dreimal so hoch ist wie in der Normalbevölkerung vergleichbaren Alters – wobei sie bei den Athleten im Alter von 25 bis 34 Jahren sogar fünfmal höher liegt.

Natürlich ist denkbar, dass der frühe Tod vieler Radfahrer und Leichtathleten auch andere Ursachen als Dopingmissbrauch hat. Eine mögliche Erklärung sei, «dass ein Spitzensportler durch die hohe Belastung durch Training und Wettkämpfe den Körper sowie Herz und Kreislauf derart überbelastet, dass Herzprobleme auftreten können», sagt Matthias Kamber, Direktor der Stiftung Antidoping Schweiz. In der Tat tritt der plötzliche Herztod, der auf eine angeborene Herzschwäche zurückzuführen ist, im Leistungssport etwa zweieinhalbmal so oft auf wie bei Nichtsportlern.

In Italien gibt es deswegen seit 1982 eine obligatorische Herzuntersuchung für angehende Spitzensportler. Falls eine potenziell lebensbedrohliche Störung diagnostiziert wird, erhält der Betroffene ein Wettkampferbot. Mit dieser Massnahme haben die Fälle von plötzlichem Herztod unter italienischen Sportlern um fast 90 Prozent abgenommen, wie eine Erhebung von 2006 zeigte. Wer früh stirbt – wie etwa der norwegische Spitzenschwimmer Alexander Dale Oen, der im letzten April tot aufgefunden wurde – muss also nicht zwingend ein Dopingsünder sein.

Dennoch gibt es in einigen Sportarten typische «Todesprofile», die einen Zusammenhang mit Dopingmissbrauch mehr als plausibel erscheinen lassen. Dazu gehören, neben den Bodybuildern, insbesondere die Radfahrer. Als in der Anfangsphase des Radsports Aufputzmittel eingesetzt wurden, häuften sich Fälle von Fahrern, die tot vom Rad fielen. Als später viele Radler Anabolika zum Muskelaufbau verwendeten, litten auffallend viele Fahrer an Leberschäden und lebensbedrohenden Herz- und Stoffwechselerkrankungen. Und als ab 1988 das blutverdickende Epo der grosse Renner wurde, häuften sich plötzlich Todesfälle infolge Thrombosen. ○



Auto

Ein Freund, ein guter Freund

Der Volkswagen CC sorgt sich um seinen Fahrer wie ein Bauer um seine teuren Rassenrinder. *Von David Schnapp*

Ganz egal, in welches Auto der Firma Volkswagen man sich setzt, man denkt: «Das ist jetzt aber gut gemacht.» Das geht mir so, egal ob ich einen Phaeton, einen Amarok, einen Up! oder wie in diesem Fall einen CC fahre. Der CC hiess früher Passat CC und gehört zu den Coupé-haften Limousinen wie der Mercedes CLS, das BMW Gran Coupé oder der Audi A7. Die zweite Generation des CC ist zwar etwas weniger radikal gezeichnet als das Urmodell, bleibt aber ein gutaussehendes Auto. Wer es fährt, beweist gleichzeitig Stil und Bodenständigkeit, am Ende des Tages ist es im-

mer noch ein VW. Der ist zwar auch nicht billig, aber die Preise sind noch einigermaßen demokratisch legitimierbar. Ich fuhr den CC Blue Motion mit einem Vierzylinder-Dieselmotor, 170 PS und 4Motion-Allradantrieb. Ab 58 200 Franken ist dieses Modell zu haben.

Der CC gehört zu den Autos, die man als «guten Freund» bezeichnen kann. Er kann mit allem ausgerüstet werden, was gut und sicher ist (und relativ teuer). Der CC kümmert sich um seinen Fahrer wie ein Bauer um seine teuren Wagyu-Rinder. Von der automatischen Distanzregelung (Fr. 1650.–) über ein System, das den Wagen automatisch seitwärts parkiert (Fr. 1110.–), bis zum «Side Assist» und «Lane Assist» gibt es fast nichts aus dem gutbestückten Technologievorratsraum des Volkswagenkonzerns, was man nicht in den CC bauen könnte. Der «Lane Assist» beispielsweise sorgt dafür, dass man nie von der Spur abkommt. Sollte eine ausgezogene Linie überfahren werden, lenkt das System selbständig und bringt den Fahrer auf den rechten Weg zurück. Das geht so weit, dass man die Hände ganz vom Lenkrad nehmen kann, wobei der Wagen ein

paar Sekunden wie von Geisterhand gesteuert selber fährt.

Fahren, geniessen, schweigen

Solche elektronischen Hilfen machen das Autofahren nicht aufregender. Aber sie machen es angenehm. In der auf Effizienz und Sparsamkeit ausgelegten Blue-Motion-Ausgabe ist der CC aber ohnehin kein Gefährt, das für besonderen Nervenkitzel sorgt, wenn man mit ihm unterwegs ist. Das Ziel ist, entspannt und mit einer gewissen Eleganz anzukommen. Der sparsame Common-Rail-Dieselmotor (Durchschnittsverbrauch 5,9 Liter/100 km) beschleunigt den Wagen in Zusammenarbeit mit dem Doppelkupplungsgetriebe DSG zwar munter, aber wirklicher Fahrspass will sich damit nicht einstellen. Allerdings macht das nichts – wer dieses Auto fährt, muss niemandem etwas beweisen. Er genießt und schweigt, sozusagen.

Fazit: Ich war gerne mit dem VW CC unterwegs. Er ist wie ein guter, dunkler Anzug aus hochwertiger Wolle, mit dem man immer richtig gekleidet ist. Man kann damit zum Einkaufen fahren (der Kofferraum ist grosszügig genug), er sieht vor dem Sternerestaurant gut aus oder begleitet einen in ein langes Wochenende. Im Prinzip taugt der CC sogar als Familienauto, obwohl er irgendwie besser zu allein-stehenden Männern oder kinderlosen Paaren in den Vierzigern passt.

VW CC Blue Motion Technology

Leistung: 170 PS, Hubraum: 2000 ccm

Höchstgeschwindigkeit: 240 km/h

Preis: Fr. 58 200.–

Testwagen: Fr. 77 000.–



Wissende Herzen

Der Koch Marcel Gerber, 29, und der Druckkaufmann Marcus Riedl, 31, sind seit sieben Jahren verheiratet. Vor einem Jahr dräuten dunkle Wolken über der Idylle.

Marcel: Wir chatteten, ohne uns gesehen zu haben, und heute sagt Marcus, ich sei ihm damals auf die Nerven gegangen, weil ich mir erlaubt hatte, ihn anzurufen. Wir verabredeten uns in einer Diskothek, Marcus hatte seinen Lover im Schlepptau: Henry. «Moonlight Shadow» von Groove Coverage ist unser Song, denn dazu tanzten wir zum ersten Mal miteinander. Ein magischer Moment. Wir sprachen über vieles: Rauchen, Coming-out und natürlich über Männer.

Marcus: Unsere Herzen wussten sofort, was sie taten. Es war Liebe auf den ersten Blick. Am darauffolgenden Tag sahen wir uns erneut.

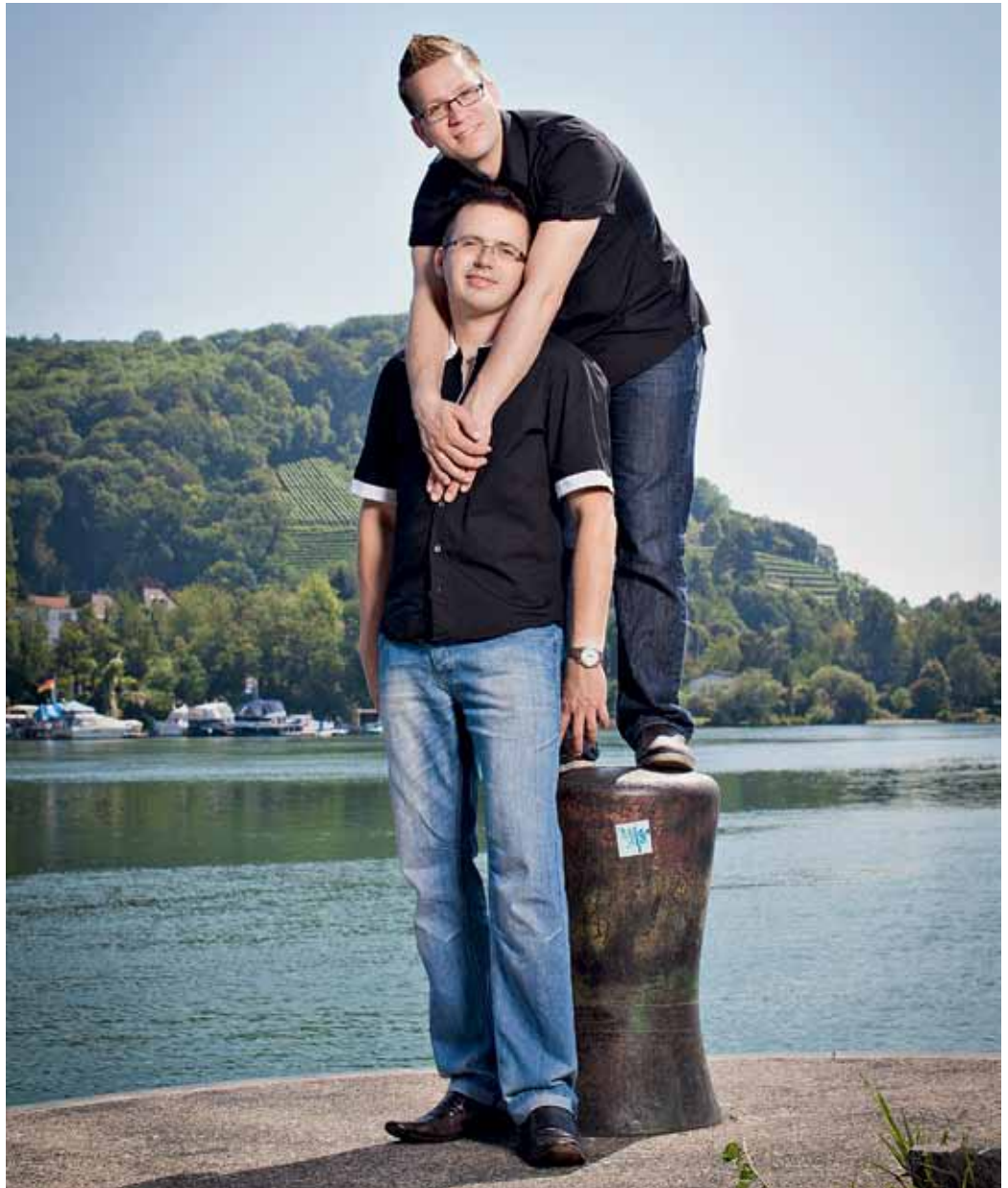
Marcel: Als mir Marcus am Telefon sagte: «Lieber möchte ich bei dir sein, als hier im Dorf zu vereinsamen», schlug mein Herz höher, es war ein wunderschönes Gefühl. Danach besuchten wir zusammen die «Blaue Trude», das ist ein Gay-Nachtlokal in Leipzig. Bei der Verabschiedung fragte ich Marcus: «Darf ich dich küssen?»

Marcus: Meine Antwort lautete: «Nein. Noch nicht.» Sieben Monate später zogen wir zusammen, nach drei Jahren heirateten wir auf dem Standesamt in Leipzig, und seit fünf Jahren leben wir nun in Basel. Die Liebe stand bei der Entscheidung, sich als Partner registrieren zu lassen, im Vordergrund. Wichtig war uns auch, dass wir rechtlich abgesichert sind, zudem wollte ich den gleichen Familiennamen tragen wie mein Partner. Meine Eltern hatten am Anfang Probleme damit, dass ich keine Frau nach Hause brachte. Marcells Mutter sagte zum Umstand, dass ihr Sohn schwul ist: «Wenn du glücklich bist, bin ich es auch.» Ein super Satz. In der Zwischenzeit ist Marcel ein akzeptierter Teil meiner Familie geworden.

Marcel: Wir werden von Freunden mit Vorzeigepaar betitelt, weil wir noch so jung und schon viele Jahre verheiratet sind.

Marcus: Das macht natürlich stolz und glücklich. Vor allem, weil schwere Zeiten hinter uns liegen.

Marcel: Den glücklichen Jahren mit vielen gemeinsamen Hobbys, tollen Reisen und wunder-



Es lief «Moonlight Shadow»: Marcus Riedl (u.), Marcel Gerber.

baren Momenten folgte vor einem Jahr die grosse Zäsur. Wir lernten einen jungen und gutaussehenden Burschen kennen, es dauerte nicht lange, da zog er bei uns ein. Als homosexuelles Paar ist man hinsichtlich der Partnerschaft offener, experimentierfreudiger und sexuell direkter. Wenn wir anderen Männern hinterherschauen, wird nicht gleich rumgezickt. Aber diese Situation wuchs uns beiden sehr schnell über den Kopf. Es gab regelrechte Eifersuchtskrisen, und ich erlitt einen psychischen Zusammenbruch. Dabei spielten auch Schicksalsschläge aus der Vergangenheit eine Rolle. Ich wurde schwer depressiv, erhielt aber glücklicherweise professionelle Unterstützung.

Marcus: Er war in einem regelrechten Gefühlschaos. Wir standen kurz vor der Trennung. Es war eine furchtbare Zeit.

Marcel: Was in dieser Krise half: Wir legten unsere Anliegen immer auf den Tisch und konnten über alles miteinander reden, auch

wenn es geschmerzt hat. Eine Regel hat sich dabei bewährt, und wir befolgen sie bis heute: Den Partner vor anderen blosszustellen oder in einen Streit zu verwickeln, bleibt nicht nur in Krisenzeiten ein Tabu. Ich entschied mich schliesslich für den wichtigsten Menschen in meinem Leben, für Marcus. Heute wissen wir noch mehr als in der Vergangenheit, wie wertvoll wir füreinander sind. Und: Zu einer Partnerschaft gehören zwei Personen. Nicht drei!

Marcus: Man hat versucht, uns auseinanderzubringen, aber die Liebe hat gesiegt. In einer langjährigen Beziehung ist das Verzeihen vielleicht der wichtigste Punkt, damit die Beziehung Bestand hat, man gemeinsam nach vorne blicken kann. So planen wir nun unsere Zukunft: Wir wollen gemeinsam alt werden, eine Finca auf Gran Canaria kaufen, singen und musizieren, und unseren zehnten Hochzeitstag werden wir ganz gross in Leipzig feiern.

Protokoll: Franziska K. Müller

Bis Patrick Magyar und Hansruedi Müller mit dem UBS Kids Cup die Schweizer Jugend für Sport begeistern können, wollen sie nicht ruhen.



Unterstützt Ihre Bank Sie ebenso *tatkräftig* wie Patrick Magyar und Hansruedi Müller die Schweizer Sportjugend?

Patrick Magyar, Direktor von Weltklasse Zürich, und Hansruedi Müller, Präsident von Swiss Athletics, setzen sich voll und ganz für die junge Generation ein.

Engagiert organisieren sie mit ihrem Team den UBS Kids Cup, der Kindern und Jugendlichen die Freude am Sport vermitteln will.

Wir sind der Meinung, dass es sich lohnt, in die Zukunft zu investieren, und unterstützen das Projekt darum aus vollster Überzeugung.

Es ist dieselbe tatkräftige Unterstützung, die auch Sie als Kunde von uns erwarten sollten, wenn es um Ihre finanzielle Zukunft geht.

Bis Sie Ihren Zielen ein Stück näher sind, dürfen Sie sich auf eines verlassen:

150
Jahre

Wir werden nicht ruhen



www.ubs.com/wirwerdennichtruhen